



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Rohstoffpolitik und Entwicklung. Von der Havana
Charta bis zur aktuellen EU-Rohstoffinitiative“

Verfasser

Adnan Muminovic

angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer:

Univ.Prof. Alejandro Cuñat, PhD

Danksagung

Ich möchte allen, die mich beim Schreiben dieser Arbeit sowie während meines gesamten Studiums unterstützt haben, meinen Dank aussprechen.

Mein besonderer Dank gilt:

meiner Familie, die immer für mich da war, wenn ich sie gebraucht habe.

meinem guten Freund Daniel, der mich beim Korrekturlesen unterstützt hat.

meiner Liebsten, Tanja.

meinem Betreuer Dr. Alejandro Cuñat für seine kompetente und ausdauernde Zusammenarbeit.

Hiermit bestätige ich, dass diese eingereichte Diplomarbeit von mir eigenständig verfasst wurde und ich alleinig die hier angegebenen Hilfsmittel und Quellen verwendet habe.

Adnan Muminovic, Oktober 2013

Für Deda Tomo

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Methodik	5
2.1 Text- und Inhaltsanalyse	6
2.2 Dokumentenanalyse	7
3. Theorie	8
3.1 Institutionalismus	9
3.2 Dependenztheorie	13
4. Historischer Hintergrund	18
4.1 Rohstoffabkommen bis zum zweiten Weltkrieg	18
4.2 Abkommen nach WWII	19
4.3 Havana Charta	20
4.4 GATT 1947	21
4.5 UNCTAD	22
4.6 Krise der 1970er Jahre	25
4.7 1980 und -90er Jahre	26
4.8 Global Europe: Competing in the World	27
4.9 Eurometaux und Business Europe	30
4.10 Kritische Rohstoffe	31
5. EU Rohstoffinitiative	33
5.1 Die drei Säulen	35
5.2 Erste Säule	36
5.3 Zweite Säule	39
5.4 Dritte Säule	40
5.5 Ausfuhrzölle	41
5.6 Freihandelsabkommen	42

6. Ziele und Auswirkungen der EU Politik	43
6.1 Ausfuhrsteuern und ihre Vorteile	47
6.2 Ausgewählte Länder und deren Ausfuhrsteuern.....	47
6.3 Schutz junger Industrien durch Zölle	49
6.4 Terms of trade	53
6.5 Die Nachteile von Exportzöllen.....	55
6.6 Freihandelsabkommen als Unterdrückungsmechanismus.....	58
7. Länderbeispiele	62
7.1 Ausfuhrbeschränkungen in Argentinien	62
7.2 Kenias Lederindustrie.....	63
8. Bergbau in Afrika	69
8.1 Geschäfte und Politik	69
8.2 African Mining Vision.....	71
8.3 EU und die AMV.....	74
9. Die Auswirkungen der Rohstoffinitiative auf Lateinamerika.....	77
9.1 FDIs.....	77
9.2 Direktinvestitionen in Zahlen	78
9.3 Neo-Extraktivismus in Lateinamerika	80
9.4 Beispiel: Erdöl in Ecuador	83
9.5 Post-Extraktivismus	84
10. Conclusio.....	87
11. Literatur.....	91
12. Zusammenfassung.....	99
13. Abstract.....	100
14. Lebenslauf.....	101

1. Einleitung

Historisch gesehen waren Rohstoffe immer schon von großer Bedeutung. Nicht erst seit der großen Kolonialzeit, auch in noch früheren Zeiten waren natürliche Ressourcen immens wichtig für den Aufbau und für die Erhaltung großer Reiche und Nationen.

So sieht der Wissenschaftler Jeremy Rifkin den Grund für den Zusammenbruch des Großreiches Rom in einer verfehlten Rohstoffpolitik, da alle eigenen natürlichen Ressourcen verbraucht wurden und keine dauerhafte Versorgung aus dem Ausland geboten werden konnte. (vgl. Rifkin 2009:181) Deswegen sieht man, dass die Bedeutung einer effektiven Rohstoffpolitik stets von Bedeutung war und zunehmend wichtiger geworden ist, da sie häufig der Grund für eine positive Entwicklung junger Nationen oder Regionen war. Die ersten Rohstoffabkommen, als eine Methode, den Verkauf, Kauf und die Reglementierung dieser zu regeln, wurde in Form der Pariser Zuckerkonvention, bereits im Jahr 1864 abgeschlossen, also zur Zeit der Wende zum 20. Jahrhundert. (vgl. Herzfeld 1906:3)

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges kam noch eine weitere wichtige Dimension zum Spektrum der Rohstoffthematik hinzu. Nach der neugewonnenen Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien wollten viele dieser ressourcenreichen Entwicklungsländer ihre neue Souveränität auch auf die Nutzung der eigenen Bodenschätze übertragen und diese nicht durch die westliche Welt kontrolliert und bestimmt wissen. Das war am Anfang aber nicht so leicht, da sich die ehemaligen Kolonialherren im Vorhinein bereits Nutzungsrechte auf Rohstoffe gesichert hatten und so weiterhin Zugriff zu den fremden Schätzen behielten. Dies bedeutete neben dem Kampf um Unabhängigkeit einen lang andauernden Streit um die Nutzungsrechte der eigenen Bodenschätze (vgl. Franke 2009:16). Die Situation heute ist natürlich eine andere und hat sich mit der Zeit gewandelt, was aber nicht automatisch eine Verbesserung für die Entwicklungsländer und ihre Ressourcen-Nutzungsrechte bedeutet. Denn die Rohstoffwirtschaft ist beispielsweise für die Europäische Union heutzutage von eminenter Bedeutung. Um ein Beispiel zu nennen, die EU ist nach Japan weltweit der größte Kupfer-Verbraucher. Der Gesamtwert der europäischen Stahlindustrie betrug im Jahr beispielsweise 220 Milliarden Euro, nur um zu verdeutlichen welchen Wert ein konstanter und zuverlässiger Zugang zu Kupfer für die EU besitzt. Zudem

sieht man, dass der Rohstoffbedarf pro EU-Bürger auf einem sehr hohen Level steht und weiterhin ansteigen wird. Somit ergibt sich für die EU ein großes Ungleichgewicht zwischen Rohstoffvorkommen in der Heimat und deren Verbrauch. Die Rohstoffpreise steigen und die Importabhängigkeit von natürlichen Ressourcen ebenso. Der Zugang zu diesen wird aber immer schwieriger. Einerseits durch protektionistische Politiken der rohstoffreichen Länder, andererseits durch Oligopolstrukturen. Die Lagerstättenverfügbarkeit nimmt in Europa ab. Grund dafür ist vor allem eine bis dahin fehlende Rohstoffplanungspolitik. Eine effektive Rohstoffplanungspolitik ist aber ein elementarer Teil einer funktionierenden Rohstoffpolitik. Die EU-Kommission hat mittlerweile auf diese Entwicklung reagiert und mit der EU-Rohstoffinitiative einen Lösungsvorschlag entwickelt. (vgl. Tiess 2009:39ff.)

Einen Schwerpunkt dieser Arbeit stellt eben diese EU-Rohstoffinitiative dar. Diese wurde im Jahr 2008 durch die EU-Kommission beschlossen, mit dem Ziel, europäischen Unternehmen und Investoren einen sicheren und leichten Zugang zu Rohstoffen in Entwicklungsländern zu ermöglichen und zu garantieren. Dafür sollen Handelsbarrieren abgebaut werden und Investitionsregeln von Seiten der Produzenten flächendeckend zugestimmt werden. (vgl. Kommission 2011/25:16)

Die Frage die sich daraus für mich persönlich ergeben hat ist, welchen Sinn, oder welche entwicklungspolitischen Vorteile die aktuelle EU-Rohstoffinitiative für ressourcenreiche Entwicklungsländer mit sich bringen kann. Ausfuhrzölle, welche bis dahin ein wichtiges Entwicklungsinstrument für die Länder des Südens darstellten, sollen abgeschafft und verboten werden. Dennoch betont die Kommission die entwicklungspolitischen Vorteile, welche durch die Initiative gefördert werden. So soll im Zuge der Wirksamkeit der Rohstoffinitiative der soziale Standard der Entwicklungsländer gehoben werden. Der Umweltschutz soll verbessert werden, Kinderarbeit soll vermehrt bekämpft werden und im besten Fall komplett verschwinden. Ebenso wichtig ist die Einhaltung der Menschenrechte in den ressourcenreichen Ländern, die durch die Initiative verstärkt geschützt werden sollen.

Vor diesem durchaus ambivalenten Hintergrund, sowohl historisch wie auch aktuell, ergibt sich für mich die folgende Fragestellung:

Wie sieht die aktuelle Rohstoffpolitik der EU aus und welchen Einfluss hat diese auf die Entwicklung rohstoffreicher Länder des Südens. Wie funktionieren ausländische Direktinvestitionen und welchen Stellenwert haben Ausfuhrzölle für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung von Entwicklungsländern?

Mein persönliches Forschungs- und Erkenntnisinteresse zur Rohstoffthematik hat sich während meiner Studienzeit entwickelt. Durch den Besuch diverser Vorlesungen und Seminare habe ich mich immer intensiver mit Rohstoffimperialismus und geschichtlichen Entwicklungen in diesem Gebiet beschäftigt. Außerdem waren Rohstoffe wie vorher bereits erwähnt, historisch gesehen immer schon wichtig und ein bedeutender Baustein einer immer mehr miteinander verbundenen, globalisierten Welt. Wie ebenso bereits erwähnt wurde, gab es nicht nur während der Kolonialzeit Konflikte um Ressourcen, sondern schon viel früher. Dieses Thema wird heute aufgrund einer steigenden Knappheit und einer größeren Notwendigkeit immer bedeutender. Aufgrund dieser Tatsachen ist es für mich persönlich interessant zu verfolgen, wie zum Beispiel die EU und andere internationale Institutionen auf diese aktuellen Probleme reagieren und wie diese politischen Entscheidungen, oder aktuellen Beschlüsse, wie eben die EU-Rohstoffinitiative sich auf die Entwicklungsländer auswirken.

Die Herangehensweise an die vorliegende Arbeit sieht folgendermaßen aus, da es sich ja einerseits um eine Analyse von historischen und aktuellen Geschehnissen in einem internationalen institutionellen Kontext handelt, möchte ich mit Hilfe der Institutionalismus-Theorie das Verhalten nationaler und internationaler Akteure, wie zum Beispiel das der EU, analysieren und interpretieren. Eine weitere wichtige theoretische Herangehensweise bildet die Dependenztheorie, da es zum Großteil um die politische und wirtschaftliche Lage verschiedener Entwicklungsländer geht. Diese bietet eine ausgezeichnete Möglichkeit, Abhängigkeiten von Entwicklungsländern im internationalen Geschehen aufzuzeigen und zu analysieren, da sie ja auch für die Situationsanalyse der lateinamerikanischen Länder in den 1960er und -70er Jahren geschaffen wurde.

Um meine Forschungsfragen zu beantworten und mein Erkenntnisinteresse zu stillen werde ich im Rahmen dieser Arbeit die qualitative Inhaltsanalyse und Dokumentenanalyse von relevanten Dokumenten, Positions- und Strategiepapieren,

sowie allen anderen relevanten Daten durchführen. Die Lektüre von Fallbeispielen im internationalen Ressourcenhandel soll mir helfen, zu genügend Wissen zu gelangen, um den Themenkomplex verständlicher zu machen und letzten Endes Antworten, auf jene Fragen zu bekommen, welche Bedeutung Rohstoffe historisch besitzen und wie sich die Situation in unserer heutigen Welt für die ärmsten Länder entwickelt, ob und wie jene Länder selbstbestimmt und autark über ihre Vorkommen verfügen können, um das Beste für ihre Volkswirtschaften und für die eigene Entwicklung zu tun.

2. Methodik

Methoden stellen die wissenschaftstheoretischen und technisch-praktischen Grundlagen für die wissenschaftliche Qualität jeder Arbeit dar.

Unter Methoden versteht man: „Forschungswege, mit denen die ‚Realität‘ jedwelcher Art (Texte, Dokumente, Aussagen usw.) systematisch und nachvollziehbar für alle erhoben wird.“ (Behrens zitiert nach Reitbauer 2011:6)

In dem Feld der Politik- und Sozialwissenschaften gibt es eine Reihe von verschiedenen Methoden. Grob gesagt können diese in qualitative und quantitative Methoden eingeteilt werden. Unter quantitativen Methoden versteht man Verfahren, die ihre Erkenntnisse aus dem Messen und Zählen generieren und diese mittels mathematisch- statistischer Methoden analysieren. Qualitative Methoden hingegen, sind Verfahren die ihre Informationen unstandardisiert erheben und auswerten. Ein wichtiger Unterschied zwischen diesen beiden Methoden ist, dass den qualitativen Methoden eine größere Offenheit zugeschrieben wird. Diese kommen mittels einer Rekonstruktion von Einzelfällen, oder verstehenden Nachvollzug aus den Forschungsobjekten selbst, zu ihren Ergebnissen. (vgl. Westle 2009:39f.)

Ich denke, dass das von mir gewählte Thema, nämlich die Analyse der aktuellen EU-Rohstoffinitiative am besten mit der Methode der qualitativen Forschung bearbeitet werden kann, da sie eine gewisse Offenheit bietet und es ermöglicht, Fälle in ihrer Eigenlogik zu unterscheiden und eine ganzheitliche, beschreibende Betrachtung bietet. (vgl.ebd.:39f.)

2.1 Text- und Inhaltsanalyse

Wenn es um die Textanalyse geht, gibt es mehrere Auswertungsmöglichkeiten. Es lassen sich aber generell die textkodierenden und kategorisierenden, ebenso wie die hermeneutischen und sequenzanalytischen Verfahren unterscheiden. (vgl. Krumm 2009:105)

Für meine Diplomarbeit werde ich überwiegend auf die Methoden der Hermeneutik zurückgreifen. Mit diesem qualitativen Instrument zu arbeiten, bedeutet eine Reihe von Auswertungsmethoden zu haben in denen das Verstehen und das Interpretieren im Mittelpunkt stehen. Um bei einem Text zu dem Ziel des Verstehens zu gelangen, benötigt man den hermeneutischen Zirkel. Denn mit dieser Kreisbewegung wandelt man zwischen einem bereits vorhandenen Vorwissen, dem Text oder Gegenstand, sowie zwischen einem Teil des Ganzen. Es kommt zu einem Zuwachs des eigenen Wissens und das führt schließlich zu einem besseren Verstehen. (vgl. Westle 2009:297f.)

Dazu muss man sagen, dass viele verschiedene Äußerungsformen eine Basis für eine hermeneutische Interpretation bieten, egal ob Film, oder Tonaufnahmen. Jedoch bilden schriftliche Formen, wie zum Beispiel verschiedene Textarten, den Hauptgehalt. (vgl. Westle 2009:300)

Für meine vorliegende Diplomarbeit werde ich einerseits wissenschaftliche Primär- und Sekundärliteratur und andererseits weitere Quellen und Dokumente wie zum Beispiel Texte der Europäischen Kommission, oder verschiedenen multinationalen Organisationen verwenden und diese mittels Dokumentenanalyse untersuchen.

Meistens werden Textanalysen mittels entsprechenden Inhaltsanalysen durchgeführt, was in etwa so viel bedeutet wie eine nachvollziehbare Beschreibung von Kommunikationsinhalten die systematisch und regelgeleitet sind. Im Bereich der Sozialwissenschaften und deren Forschung werden oft Inhaltsanalysen durchgeführt mit dem Ziel, Unbekanntes und versteckte Inhalte zu erkennen und im hermeneutischen Sinn neu zu interpretieren. (vgl. Westle 2009:334f.)

2.2 Dokumentenanalyse

Wie im vorherigen Punkt schon erwähnt, ist die Dokumentenanalyse für diese Arbeit ein wichtiges Instrument, da ich vor allem mit Dokumenten der EU und zum Teil auch der Vereinten Nationen und anderen internationalen Institutionen und Organisationen arbeiten werde.

Dokumente können vielfältig sein. Nicht nur Texte, auch Grafiken, Tabellen und Bilder können Dokumente sein. Ebenso die Kombination aus den eben genannten Medien stellt ein Dokument dar, es geht schlicht darum Informationen von einem Produzenten an einen Empfänger zu übermitteln. Speziell zu erwähnen sind auch noch elektronische Dokumente die aufgrund ihrer Aktualität für meine Arbeit besonders wichtig sind. Des Weiteren unterscheidet man bestimmte Typen von Dokumenten. Beispielsweise deskriptive Dokumente, die einen Sachverhalt beschreiben wie Nachrichten. Präskriptive Dokumente geben Normen und Verhaltensweisen vor, wie zum Beispiel Gesetze, wohingegen logisch-analytische Dokumente Aussagen über Relationen und Gesetzmäßigkeiten machen und daraus Prognosen und Zusammenhänge über zukünftige Ereignisse erstellen. Die Frage bleibt, wer teilt wem etwas mit und mit welcher Absicht tut er das. (vgl. Westle 2009:325f)

Die Dokumentenanalyse wird für mich und meine vorliegende wissenschaftliche Arbeit ein notwendiges Instrument sein, da sie eine wichtige Form der Politikfeld- sowie Implementierungsanalyse darstellt und besonders bei der Untersuchung der vielen EU-Dokumente Anwendung finden wird. Vor allem, weil es zum Teil aufgrund der Aktualität einiger Dokumente keine entsprechende wissenschaftliche Sekundärliteratur dazu gibt. Die diversen EU-Beschlüsse oder Gesetze werden somit in dieser Arbeit zu Primärquellen. Die im Rahmen meiner Diplomarbeit gefundenen Texte und Dokumente, werden inhaltlich analysiert und in weiterer Folge ausgewertet und kontextualisiert.

3. Theorie

Im Bereich der internationalen Politik gibt es ein komplexes Feld an Theorien. Besonders aufgrund dieser Vielfalt, gibt es auch keine von der Mehrheit anerkannte Haupttheorie, sondern ein Palette miteinander konkurrierender Theorien, Ansätze, Modelle und Konzepte, welche verschiedene Realitäten und unterschiedliche Fragestellungen besser oder schlechter reflektieren. Zum einen hat das mit dem enormen Umfang des Gegenstandsbereiches der globalen internationalen Systeme zu tun. Des Weiteren liegt es aber auch an den Einflüssen der historischen und gesellschaftspolitischen Kontexte aus denen die Theorien entstanden sind. Es spiegeln sich in diesen Theorien die unterschiedlichsten kulturellen, ideengeschichtlichen, erfahrungspraktischen und erkenntnistheoretischen Annahmen, Werte und Weltbilder der jeweiligen Autoren wider. (vgl. Filzmaier 2006:67)

Unabhängig von den verschiedenen theoretischen Ansätzen und Konzepten gibt es auch unterschiedliche Definitionsmöglichkeiten dieser.

Für Gärtner zum Beispiel, ist eine Theorie eine Aussage über kausale Zusammenhänge von zwei oder mehreren gleichzeitig stattfindenden Ereignissen. (vgl. Gärtner 1995:226)

Für die Bearbeitung der vorliegenden Fragestellung finde ich obige Definition besonders passend, insbesondere im Kontext der internationalen Rohstoffpolitik und vor dem Hintergrund entwicklungspolitischer Geschehnisse, da diese nicht immer so verlaufen wie diverse Theorien dies vorausgesagt haben.

Denn nach Gaddis ist die Erklärung einer Kausalität zwischen mehreren Analyseeinheiten für eine Theorie unerlässlich. Die von uns gestellten Fragen, also wonach genau gesucht wird und wie das Gefundene interpretiert wird, beantwortet uns die Theorie. Obwohl viele Theoretiker davon ausgehen, dass theoretische Modelle verlässliche Voraussagen ermöglichen, bleibt die Vorhersehbarkeit internationaler Theorien bis zu einem gewissen Grad beschränkt, da die Anzahl der potentiellen Variablen sehr hoch ist. Die Wahrscheinlichkeit zutreffender Voraussagen ist also nicht per se gegeben. (vgl. Gaddis nach Gärtner 2005:146)

3.1 Institutionalismus

Aus der Schule der internationalen Beziehungen entspringt der Institutionalismus. Dieser beruht auf der Annahme, dass es durch Kooperation zwischen internationalen Institutionen, gemeinsamen Prinzipien, Normen und Regeln zu friedlichen Beziehungen, also zu Frieden in einer anarchischen Staatenwelt kommt. (vgl. Gärtner 2005:61)

Daher teilt Gu den Institutionalismus oder auch Neoinstitutionalismus in den Bereich der optimistischen Theorieansätze. Im Gegensatz dazu steht zum Beispiel der klassische Realismus. Diese von Gu als pessimistische Ansätze definierten Theorien kennzeichnen sich dadurch, dass sie davon ausgehen, dass die Anarchie im internationalen Staatensystem nicht zu überwinden ist und der Staat auf Selbsthilfe angewiesen ist, wenn er im internationalen Wettbewerb bestehen will. (vgl. Gu 2000:VIII)

Etabliert wurde der Institutionalismus vor allem von Robert Keohane und Joseph Nye. Das Kernstück des Institutionalismus sieht Keohane in den internationalen Institutionen die er als „persistent and connected sets of rules (formal and informal) that prescribe behavioral roles, constrain activity, and shape expectations“, beschreibt. (Keohane 1989:163)

Demnach sind internationale Institutionen nicht nur eigenständige Akteure, die nicht von Staaten abhängig sind und nach deren Willen handeln, sondern vielmehr selbst in der Lage sind, das Verhalten dieser Staaten zu beeinflussen. (vgl. Gärtner 2005:61)

Der Begriff der Institution ist in diesem Zusammenhang weit gefasst, sie wird als ein System verstanden welches Verhaltensregeln und Prozeduren die sich auf die Interaktion von Staaten in bestimmten Problemfeldern beziehen. Das Ziel der Überwindung von Anarchie im internationalen System und die Zuversicht dieses Ziel zu erreichen, versucht Gu mit seinen fünf Thesen des Neoinstitutionalismus zu zeigen. Diese fünf Thesen sind die konstitutionelle, die interdependenzielle, die transnationale, die funktionalistische und die rationale These. (vgl. Gu 2000: 73ff.)

Die konstitutionelle Annahme besagt, dass internationale Anarchie in jenem Maße vermindert wird, in welchem zwischenstaatliche Integration von politischen Eliten vorangetrieben wird. Das Verständnis einer solchen These beruht darauf, dass es

dafür genügend tragende Personen, wie z.B. Staatsmänner oder gesellschaftliche Eliten gibt, die dazu bereit sind, supranationale Einheiten zu bilden, Integrationsprozesse einzuleiten und diese auch zu fördern. Als Beispiel für diese These dient die Europäische Union. Es gibt nach der konstitutionellen Annahme zwei verschiedene Formen, den Staatenbund und den Bundesstaat. Je nach Organisationsform der Gemeinschaft unterscheidet man diese in völkerrechtliche oder staatsrechtliche. Die angesprochene Europäische Union wird als eine Mischform gesehen, die als eine politisch motivierte Friedensgemeinschaft funktioniert. (vgl. Gu 2000:76)

Die interdependenzielle Annahme besagt im Gegensatz zu vielen anderen Herrschaftstheorien, dass die interdependenzielle Ausprägung internationaler Politik nicht zu einseitigen Abhängigkeitsbeziehungen führt, sondern stattdessen eine gegenseitige Abhängigkeitsbeziehung fördert. Dadurch haben sich politische Konstellationen und Prozesse verändert indem über nationale Grenzen hinweg Strukturen entstanden sind, die Kooperation und Zusammenarbeit quasi erzwingen. Durch internationale oder supranationale Verhandlungsplattformen werden Regelwerke vereinbart um solch komplexen Entwicklungen zu begegnen. Nach der interdependenziellen Annahme schafft der Freihandel und die begrenzten Ressourcen eine Struktur in dem ein Staat vom anderen abhängig ist und das Veränderungen in einem Teil der Welt auch Veränderungen in anderen Teilen auslösen können. Durch diese gegenseitige Abhängigkeit, aber auch Verwundbarkeit, schaffen Staaten Institutionen um Risiken und Kosten zu reduzieren und fördern dadurch Kooperation. (vgl. Gu 2000: 76f.)

Für Gu kennzeichnet sich die transnationale Annahme dadurch, dass nichtstaatliche Akteure wie Parteien, Gewerkschaften oder auch NGOs anerkannt werden in ihrer autonomen Außentätigkeit und dadurch Nationalstaaten durch die Durchdringung ihrer klassischen Handlungsbereiche schwächen. Die Annahme besagt, dass diese Einheiten die nicht unter Kontrolle der Regierung stehen, aber dennoch transnationale organisiert und aktiv sind, zur Überwindung der internationalen Anarchie beitragen können, indem sie gesellschaftliches, ökonomisches, politisches und kulturelles Leben transnational harmonisieren und damit Konfliktpotential nachhaltig abbauen können. (vgl. Gu 2000:78)

Link sieht weiterführend die Globalisierung und die Transnationalisierung als eine Tendenz die den Staat nach und nach entmachtet und das territorialstaatliche Ordnungsprinzip obsolet werden lässt, daraus schließt er, dass auch zwischenstaatliche Konflikte und Kriege obsolet werden. (vgl. Link 1997:268)

Die funktionalistische Annahme kennzeichnet sich dadurch, dass zwischenstaatliche Kooperation und Integration nicht zwingendermaßen als eine gewollte Ideologie stattfindet, sie also von Staaten angestrebt wird, sondern eher als ein unsichtbarer aber wirksamer Mechanismus dafür sorgt, dass Staaten immer aktiver und intensiver an Kooperation und Integration arbeiten, aber unabhängig davon ob sie es subjektiv wollen oder nicht. In der Literatur wird dieser Mechanismus auch als „spill over effect“ bezeichnet. Der Hintergrund dieser Bezeichnung ist die Annahme, dass die Welt in fortschreitender Modernisierung und Entwicklung immer komplexer wird und daher die neu entstandenen Probleme nicht mehr allein von national Staaten gelöst werden können sondern nur noch mit Hilfe von internationalen Organisationen wie z.B. der International Labour Organization, den United Nations oder mithilfe des internationalen Roten Kreuz. (vgl. Gu 2000:79)

Für die rationale Annahme gilt auch die Grundprämisse der Neorealisten, nämlich, dass das internationale System eine Anarchie ist und einzelne Staaten rationale Egoisten sind, aber zugleich auch Akteure der internationalen Politik. Aber genau aus dieser rationalen Annahme nimmt der Neoinstitutionalismus an, dass diese Staaten gerne kooperieren möchten. (vgl. Gu 2000:81) Für Keohane besagt die rational institutionalist theory „begins with the assumption, shared with realism, that states, the principal actors in the world, are rational egoists. Contrary to realists, institutionalists argue that discord does not necessarily result from rational egoism“. (Keohane 1993:273)

Der Neoinstitutionalismus geht also davon aus, dass rationale, egoistische Staaten die Fähigkeit besitzen in Abwesenheit von hegemonialer Macht auf Kooperation zu setzen, auch wenn sie keiner dazu zwingt. Staaten sind also daran interessiert, das Verhalten der anderen stattdessen zu kontrollieren. Wenn also mehrere Staaten diese gegenseitige Kontrolle erfüllen ist Kooperation möglich. Die Angst, dass

Partner Machtgewinne dazu nützen um andere zu erpressen oder sich weitere Vorteile zu verschaffen gibt es für Neoinstitutionalisten im Gegensatz zu den Neorealisten nicht, denn diese wollen eher ihr Verhalten normen und die kooperativen Beziehungen fortsetzen. (vgl. Gu 2000:81)

3.2 Dependenztheorie

Die Dependenztheorie ist eine in den 1960er Jahren entstandene Theorie, die ihren Ursprung in Lateinamerika hatte nachdem eine Reihe von wirtschafts- und sozialwissenschaftlern Studien veröffentlichten, die den Begriff der „dependencia“ ins Zentrum stellten. (vgl. Nohlen 1980:87) Die Konzepte der bis zu diesem Zeitpunkt vorherrschenden Entwicklungstheorien, besonders die der Modernisierungstheorien hatten als Ausgangspunkt das Entwicklungsniveau der Industriestaaten. Folgerichtig war das Ziel eine unabhängige, nachholende Entwicklung in den Ländern des Südens. (vgl. Kolland 2006:92) In den folgenden Jahrzehnten konkurrierten diese zwei Theorien, die man auch als Denkschulen bezeichnen kann, um den Status der besseren und richtigen Entwicklungstheorie. Sie unterscheiden sich auch in ihrer politischen Grundhaltung. Zum einen, eine an der konservativen, positivistischen Soziologie orientierte Richtung, auf der anderen Seite eine progressive, sich an der kritischen Soziologie orientierende Theorie. Knapp gesagt geht die Modernisierungstheorie von einem Stufenmodell der Entwicklung aus. Sie beschreibt dabei mehrere Phasen der Entwicklung, von traditionellen Strukturen, folgt der Schritt in die Moderne. Als Ursachen für das Scheitern der Entwicklung werden allein Gründe im Land selbst gesucht und verortet. Endogene Faktoren entscheiden über Fortschritt, oder Stagnation und Rückschritt. Laut der Modernisierungstheorie muss man das moderne Welt- und Gesellschaftsbild der Industrienationen übernehmen um eine Chance auf Entwicklung zu haben. (vgl. Novy 2007:83f.)

Die Dependenztheorie stellt aber wie vorher erwähnt, den Begriff der Abhängigkeit in den Mittelpunkt ihrer Analyse. Es wird ein doppelter Anspruch erhoben, es soll einerseits auf theoretischer Ebene eine Erklärung für die Unterentwicklung in den lateinamerikanischen Ländern gegeben werden, andererseits will man auf der politischen Ebene Lösungsstrategien und Überwindungsstrategien gegen eine Abhängigkeit vom Westen und gegen Unterentwicklung finden. (vgl. Nohlen 1980:87) Der Begriff der Dependenz zeigt und versucht das ungleichgewichtige Verhältnis zwischen verschiedenen Volkswirtschaften aufzuzeigen. Länder sind abhängig, wenn ihre gesamte soziökonomische Entwicklung durch äußere Einflüsse bestimmt wird, zugleich aber sie selbst keinen derartigen Einfluss auf ihre externen Wirtschaftspartner ausüben und vor allem ausüben können. Ein solches

asymmetrisches Verhältnis bewirkt natürlich eine Begünstigung der hoch entwickelten Ländern, also der Industrienationen und ermöglicht ihnen somit eine Beherrschung der Entwicklungsländer. Es haben zwar beide Beteiligten einen Einfluss auf den jeweils anderen, jedoch ist die Wirkung des Industrielandes ungleich größer als die, die es selbst durch das Entwicklungsland erfährt. Das daraus abgeleitete Zentrum-Peripherie-Modell beschreibt eine fortgeschrittene Produktionsmethode im Zentrum und zeigt gleichzeitig die Länder der Peripherie in der Rolle reiner Rohstofflieferanten. (vgl. Kolland 2006:93)

Im Gegensatz zu den Modernisierungstheoretikern, welche die historischen Einflüsse wie den Kolonialismus nicht berücksichtigen, greifen die dependenztheoretischen Ansätze diese auf, indem sie die größten entwicklungspolitischen Probleme in den internationalen Beziehungen verorten. Sie verstehen Unterentwicklung nicht als reines Zurückbleiben hinter den entwickelten Industrieländern und als Folge einer mangelnden Integration in die moderne Welt. Sie verstehen das Problem eher als eine umgekehrte Konsequenz dieser doch sehr effizienten Einbettung und Integration der Entwicklungsländer in Marktbeziehungen, die von den Industrieländern, also dem Zentrum, geschaffen wurden. Die Unterentwicklung ist somit kein gegebener Zustand, sondern ein historisch gewachsenes Resultat dieses Prozesses. (vgl. Nohlen 1980:88) Innerhalb der Dependenztheorie kann man auch zwischen zwei verschiedenen Strömungen unterscheiden, nämlich zwischen einer marxistischen Position und einer Reformposition. Die Unterscheidung der beiden erfolgt anhand von unterschiedlichen theoretischen Rahmenbedingungen. Bei der einen ist der historische Materialismus die Grundlage, bei der anderen eine modifizierte Version der Modernisierungstheorie.

Für die Reformposition sind Fernando H. Cardoso und Enzo Faletto besonders wichtig. Sie weisen in ihren 1969 veröffentlichten Studien auf den politischen Aspekt von Abhängigkeit hin. Durch die fehlgeschlagene Politik der Importsubstitution kamen in Lateinamerika vermehrt autoritäre Regime an die Macht. Des Weiteren weisen Cardoso und Faletta auf das Wechselverhältnis zwischen externer und interner Abhängigkeit. Die internen Bedingungen erzeugen dabei jeweils eine spezifische Antwort auf die externe Abhängigkeit. Sie unterteilen den Verlauf der Importsubstitution in zwei Phasen. In der ersten werden soziale Gruppen von einem Entwicklungsstaat getragen und unterstützt, daraus resultierte eine den Binnenmarkt

bevorzugende Entwicklungsideologie. Um aber den Industrialisierungsprozess in der zweiten Phase voranzutreiben benötigt man eine verstärkte Kapitalgüterindustrie und Technologie aus den Industriestaaten, was natürlich eine Kooperation mit transnationalen Unternehmen verlangt. Das funktioniert aber nur auf Kosten des Wohlfahrts- und Entwicklungsstaats und führt somit zu dessen Niedergang und außerdem zum Aufstieg von autoritär-korporatistisch agierenden Regierungen. (vgl. Kolland 2006:94f.)

Diese Entwicklung lässt sich nach Cardoso als strukturelle Abhängigkeit erklären. Es entsteht ein weltweites Abhängigkeitsgefüge zu Lasten der schwachen Länder gegenüber den reichen Industrienationen. Den Ländern der Peripherie werden durch ausländisches Kapital und Einflussnahme, Produktionsweisen aufgezwungen, welche für Industrieländer aufgrund von hohen Lohnkosten und immenser Umweltbelastung nicht in Frage kommen. Die Peripherie kann somit nur noch auf das reagieren was extern verlangt wird und beugt sich weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Befehlen. Dies führt weiterhin zu einem Zerfall der Peripherie in moderne und traditionelle Sektoren. Den Zentren kommt so eine Entwicklung eventuell zugute, in den Peripherien der Peripherie findet aber keine Entwicklung statt. Diese strukturelle Abhängigkeit führt also zu struktureller Heterogenität im Landes Inneren und wird dadurch charakterisiert, dass es in solchen Gesellschaften zu einer Zu- oder Unterordnung von Produktionsweisen kommt. (vgl. Filzmaier 2006:132) „Moderne Sektoren benötigen, etwa als Lieferanten für billige Arbeitskräfte, traditionelle Sektoren, um internationale Standards halten zu können. Erfolge sind lediglich partielle Entwicklungsschübe für bestimmte Exportsektoren, [...]. Die Wirtschaft entwickelt sich, im Unterschied zu den relativ homogenen Ökonomien der Industrieländer, inhomogen. Eine [...] nachholende Entwicklung ist unmöglich, es gibt aber eine abhängige Entwicklung in einzelnen Bereichen.“ (ebd.:132)

Für die zweite Strömung der Dependenztheorie, der marxistischen Position bedeutet Abhängigkeit, dass es eine Gruppe von Ländern gibt die einer andere Gruppe von Staaten so untergeordnet ist, „dass die Produktionsweise der untergeordneten Nation so verändert und reproduziert wird, dass eine erweiterte Reproduktion von Abhängigkeit erhalten bleibt.“ (Kolland 2006:97)

Die Abhängigkeit resultiert also aus einer übermäßigen Ausbeutung. Arbeitskraft wird unter ihrem Wert bezahlt und sinkt unter einen Wert der sozial akzeptabel ist. Zusätzlich zum geringen Verdienst kommt es auch zu einer Ausdehnung der Arbeitszeit. Die Produktion beruht also nicht auf dem Ziel einer Steigerung der Produktion durch technischen Fortschritt, sondern auf einer intensiveren Ausbeutung der Arbeiter. (vgl. ebd.:97) Als Ursache für die Abhängigkeit wird der von Frank formulierte ungleiche Tausch gesehen. Dieser offenbart die Ausbeutung durch den Welthandel als entscheidendes Entwicklungshemmnis. Die von den Entwicklungsländern exportierten Rohstoffe stehen im Ausland hergestellten Sekundärgütern, also Fertigprodukten gegenüber. Dieser ungleiche Tausch führt dazu, dass sich die Umtauschrelation mittel- und langfristig zum Nachteil der Rohstoffproduzenten, also der Primärgütern verschlechtert. Immer billigere Nahrungsmittel werden in die Industrieländer geliefert und diese Exportmengen müssen stetig steigen um das Importvolumen an Sekundärgütern halten zu können. (vgl. Filzmaier 2006:133)

Es kommt zu etwas, dass Verelendungswachstum genannt wird, also den wohlstandsmindernden Effekten der realen Austauschverhältnisse, welche die wohlstandssteigernden Effekte überkompensieren. (vgl. Kolland 2006:96)

Natürlich gibt es aber auch an der Dependenztheorie Punkte die man kritisieren kann, sowie es Cristobal Kay zeigt. So weist er zum Beispiel darauf hin, dass man beim ungleichen Tausch und der Verschlechterung der terms of trade die Unterentwicklung nicht nur als externes Problem sehen darf. Denn in so einer Situation in der es nur zu zwischenstaatlicher Ausbeutung kommt, kann die Tatsache übersehen werden, dass Ausbeutung auch ein Klassenphänomen ist, es also auch durch innere Klassen und Produktionskämpfen zu einem Ungleichgewicht kommt. Weiter kann man auch davon sprechen, dass die Dependenztheorie eben eine Markttheorie ist und eine stärkere Berücksichtigung der gesellschaftlichen Mikrostruktur gegeben sein muss. Dies beinhaltet Studien über lokale Märkte. Sie zeigt sich auch in der Tatsache, dass soziale Bewegungen in den Analysen der 1970er Jahre oft ausgespart wurden. Kulturellen und ideologischen Elementen bei der Mobilisierung der Gesellschaft sollte nach dem Muster der

Modernisierungstheorien eine größere Bedeutung zugemessen werden. (vgl. Kay 1989:204ff.)

4. Historischer Hintergrund

4.1 Rohstoffabkommen bis zum zweiten Weltkrieg

Die Entwicklung der ersten Rohstoffabkommen beginnt bereits am Ende des 19. Jahrhunderts in der Zeit der Wende hin zum 20. Jahrhundert. Diese Periode ist geprägt als eine solche des Freihandels. Die in dieser Zeit geschlossenen Abkommen lassen sich vorerst als private Abmachungen bezeichnen, mit dem Ziel einer Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen. Zusätzlich gab es erste völkerrechtliche Abkommen über Rohstoffe. Das erste echte zwischenstaatliche Abkommen das geschlossen wurde, war die Pariser Zuckerkonvention im Jahre 1864. (vgl. Franke 2009:13)

Die Pariser Zuckerkonvention war die Antwort auf die in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts eingeführten Steuern und Ausfuhrsteuern, der Rübenzucker produzierenden Exportländer. So begannen im Jahr 1862 Verhandlungen zwischen Großbritannien, Frankreich, Belgien und Holland die zur Konvention im Jahre 1864 führten, um ein Verbot dieser Ausfuhrzölle zu erwirken. Jedoch blieben diese Bemühungen aufgrund einer schlechten Durchführung ohne Erfolg. (vgl. Herzfeld 1906:1)

Die Antwort auf diesen Fehlversuch sollte die Brüsseler Zuckerkonvention im Jahr 1902 darstellen. Diese gilt als erstes internationales Abkommen welches die Gründung einer internationalen Rohstofforganisation vorsah. Der Sinn und Zweck dieser ersten Abkommen, in einer noch sehr frühen Phase der Entstehung völkerrechtlicher Rohstoffabkommen, war es Märkte und Preise zu stabilisieren und gleichzeitig ein freies Spiel der Marktkräfte zu ermöglichen und dieses dauerhaft aufrechtzuerhalten. Ein wichtiger Punkt dieser Abkommen war, Marktverzerrungen durch alle möglichen, vormals oft gewährten Subventionen zu verhindern. In der Phase nach dem ersten Weltkrieg kam es zu einer Situation die durch ein Überangebot auf den Rohstoffmärkten gekennzeichnet war. Zusätzlich hatten die einzelnen Anbieter der Rohstoffe in dieser Phase nur eine geringe Marktmacht. Dadurch zeigte sich, dass in dieser Phase hauptsächlich Produzentenabsprachen durch Privatkartelle zur Stabilisierung der Preise dienten. Eine Stabilisation der Preise sollte durch Produktions- und Ausfuhrquoten erreicht werden. Dadurch kam

es zu einem Wandel in den Marktstrukturen, denn diese wandelten sich durch die eingeschlagene Politik weg von einer Marktwirtschaft, hin zu einer planwirtschaftlichen, protektionistischen Struktur. Doch wirklich erfolgreich wurde in weiterer Folge auch nicht gearbeitet. Die geschaffenen Kartelle scheiterten aber endgültig erst mit der Weltwirtschaftskrise. Daraufhin begann in den 1930er Jahren eine Phase, die durch eine stärker werdende staatliche Einflussnahme auf den Markt bestimmt war. Es kam zunehmend zu zwischenstaatlichen Abkommen, dieses Mal aber auch mit Beteiligung der Importstaaten. Primäre Ziele dieser neuen Abkommen waren die Bekämpfung der Überschussproduktion und die Sicherung von stabilen Preisen für Rohstoffe. (vgl. Franke 2009:13)

4.2 Abkommen nach WWII

Die Phase nach dem zweiten Weltkrieg war geprägt vom Gedanken eines fairen und freien Welthandels mit Rohstoffen. Die frühere starke Einflussnahme der Staaten auf den Weltmarkt sollte sich nun auf ein Minimum an Interventionen reduzieren. Ebenso sollten außenwirtschaftliche Beschränkungen zunehmend abgebaut werden. Diese bereits früher ausgesprochene Zielsetzung, ist schon in der Atlantik Charta 1941 verankert worden. (vgl. Franke 2009:13f.)

Die Atlantik Charta machte durch ihre Formulierung klar, dass die protektionistischen Strukturen der Weltordnung abgeschafft gehören und zu verurteilen sind. Sie besagt zudem, dass allen Staaten die Beteiligung am Welthandel und am Zugang zu den notwendigen Ressourcen zu gleichen Bedingungen gewährt werden sollen. So lautet beispielsweise der vierte Punkt:

„Sie sind bestrebt, mit Rücksicht auf bestehende Verpflichtungen dahin zu wirken, dass alle Staaten, ob groß oder klein, ob Sieger oder Besiegte, gleichermaßen Zutritt zum Handel und zu den Rohstoffen der Welt erhalten, um zu wirtschaftlichem Wohlstand zu gelangen.“ (Atlantik-Charta 1941)

4.3 Havana Charta

Da man sich aber dessen bewusst war, dass es auch zu Missbrauchsmöglichkeiten durch einseitig abgeschlossene Rohstoffabkommen kommen könnte, wurde in den Verhandlungen für eine Internationale Handelsorganisation, der ITO, eine gleichberechtigte Mitwirkung für Verbraucher- und Erzeugerländer in Fragen der Regulation von Rohstofffragen angestrebt. Den Abschluss dieser Verhandlungen bildete die Havana Charta mit dem Ende des zweiten Weltkrieges. Der wichtigste Punkt war der darin enthaltene Punkt zu Kapitel VI, welcher umfangreiche Regelungen zu Rohstoffen enthielt und wichtige Grundsätze für Rohstoffabkommen festlegte mit dem Ziel zukünftige Missbräuche zu vermeiden. Die Havana Charta lehnte Privatkartelle als ein funktionierendes Mittel zur Preisstabilisierung ab und bekämpfte diese. Die Havana Charta selbst regelte nur zwischenstaatliche Rohstoffabkommen. Zukünftige Abkommen sollten nur eine Ausnahme darstellen, um wirtschaftliche Schwierigkeiten zu verhindern, oder abzuschwächen falls die Marktkräfte in der Zwischenzeit nicht dazu in der Lage waren. Faire Preise für Rohstoffe sollten sich über Angebot und Nachfrage selbst bilden. (vgl. Franke 2009:14)

In den Artikeln 55 und 57 der Havanna Charta erkennt man, dass es das Ziel dieser war, einen Mittelweg zu finden, zwischen totaler Ablehnung marktlenkender und beeinflussender Maßnahmen und eines internationalen Regulierungsmechanismus der eingreifen kann. Artikel 55 HC lautet folgendermaßen:

“The Members recognize that the conditions under which some primary commodities are produced, exchanged and consumed are such that international trade in these commodities may be affected by special difficulties such as the tendency towards persistent disequilibrium between production and consumption, the accumulation of burdensome stocks and pronounced fluctuations in prices. These special difficulties may have serious adverse effects on the interests of producers and consumers, as well as widespread repercussions jeopardizing the general policy of economic expansion. The Members recognize that such difficulties may, at times, necessitate special treatment of the international trade in such commodities through inter-governmental agreement.” (Havanna Charta 1948)

Die Havanna Charta enthielt zudem keine Regulierung die bestimmte Rohstoffabkommen betraf, sondern eher allgemeine Voraussetzungen für den Abschluss selbiger. (vgl. Franke 2009:14)

4.4 GATT 1947

Da die Havanna Charta nicht durch die USA ratifiziert wurde, trat sie nie wirklich in Kraft, war aber trotzdem nicht total wirkungslos, da das GATT 1947, welches zur gleichen Zeit verhandelt wurde, aber keine Rohstoffregulierungen enthielt, durch eine Verweisungskette in Bezug genommen wurde. Dadurch entstand im GATT 1947 ein Kriterienkatalog der beim Abschluss von Rohstoffabkommen verbindlich wurde. (vgl. Franke 2009:15)

Ein wichtiger Punkt darin ist der Artikel XX. Dieser regelt Ausnahmen unter der Voraussetzung, dass diese nicht willkürlich erfolgen, oder es zu verschleierten Beschränkungen am internationalen Markt kommt. Daher dürfen die Vertragspartner verschiedene interventionistische Maßnahmen durchführen. Wie etwa Maßnahmen, die den Schutz des Lebens und der Gesundheit von Tieren, Pflanzen und Menschen gewährleisten. Maßnahmen die nationale Kulturgüter schützen, die einen archäologischen, künstlerischen oder geschichtlichen Wert besitzen. Ebenso Maßnahmen die zur Erhaltung erschöpflicher Naturschätze dienen und auch solche, die Beschränkungen der Ausfuhr inländischer Rohstoffe vorsehen. (vgl. GATT 1947)

Diese Punkte gelten noch bis heute, wenn die entsprechenden Abkommen den Grundsätzen des Artikels 60 der Havanna Charta entsprechen und sind daher nur GATT-Konform wenn diese Voraussetzungen erfüllt werden. Im Allgemeinen müssen Rohstoffabkommen allen Staaten zum Beitritt offen stehen und dazu geeignet sein wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bekämpfen, wenn der Staat selbst dazu nicht in der Lage ist stabile Preise zu gewährleisten und Erträge zu sichern. Artikel XX des GATT 1947 bietet außerdem die Möglichkeit, dass Vertragspartner Kriterien für Rohstoffabkommen formulieren. Dies wurde aber noch nie in Anspruch genommen, daher gab es auch bis jetzt keine Konformitätsprüfung durch das GATT.

Mit dem Ende der kolonialen Phase änderte sich die Lage am internationalen Rohstoffmarkt, die Selbstwahrnehmung der ehemaligen Kolonien hatte sich geändert und sie wollten von diesem Zeitpunkt an selbst über ihre Bodenschätze bestimmen und frei verfügen. (vgl. Franke 2009:15f.)

4.5 UNCTAD

Durch die neu gewonnene Souveränität wurde für viele Länder das Recht auf die Nutzung der eigenen Ressourcen ein neues Ziel, welches es zu erreichen galt. So wurden UN-Resolutionen genutzt um dieses Recht, nämlich das eines Staates über die Nutzung seiner Ressourcen selbst zu verfügen, verankert. (vgl. Franke 2009:16) In der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten von Staaten wird betont, dass jeder Staat die volle und ständige Souveränität, inklusive der Besitz- und Nutzungs- und der Verfügungsrechte über seine Reichtümer, Naturschätze und wirtschaftlichen Betätigungen verfügt und diese souverän und ungehindert ausüben darf. (vgl. UN-Charter Economic Rights and Duties of States 1974:4)

In einer weiteren Erklärung, nämlich der über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung heißt es, dass diese neue Ordnung auf der uneingeschränkten Achtung diverser Grundsätze beruhen soll. Sie statuiert eine volle und ständige Souveränität jedes Staates über seine natürlichen Ressourcen zu garantieren. Um den Schutz dieser natürlichen Hilfsquellen zu gewährleisten, hat jeder Staat das Recht, eine wirksame Kontrolle über sie und ihre Gewinnung auszuüben. (vgl. Vereinte Nationen 3201:2f.) Der internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und der internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte besagen in sehr ähnlicher Weise, dass alle Völker das Recht auf Selbstbestimmung haben, ebenso dass alle Völker für ihre Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen können. (vgl. Vereinte Nationen 19.12.1966; Vereinte Nationen 16.12.1966)

Diese Verankerungen und der Kampf um die Rechte von eigenen Ressourcen und Bodenschätzen ist deswegen so wichtig gewesen, weil sich die ehemaligen Kolonialherren in ihren Kolonien rechtzeitig umfangreiche Nutzungsrechte an den Bodenschätzen und Rohstoffen gesichert hatten. So hatten sie auch nach dem Ende der kolonialen Phase die Möglichkeit zum Zugriff auf die dortigen Ressourcen. Natürlich war diese Situation für die meisten Entwicklungsländer problematisch, da sie nach der hart erkämpften Souveränität nun auch um ihre Bodenschätze kämpfen mussten. Vor dem Hintergrund, dass Rohstoffvorkommen oft die einzige Einnahmequelle darstellten und sie vom Export dieser abhängig waren und auch noch sind, waren diese Zugangsrechte der westlichen Staaten ein großer Einschnitt

in die Souveränität der ehemaligen Kolonien. Deswegen stellten sich die Entwicklungsländer auch gegen die Havanna Charta, da sie mit Hilfe von Rohstoffabkommen höhere Preise durchsetzen wollten. Um dies zu erreichen wurde die Forderung nach höheren Preisen für Rohstoffe durch die UNCTAD unterstützt und hervorgebracht. Ab der Gründung im Jahr 1964 beschäftigte sich die UNCTAD mit Rohstofffragen unter Einbeziehung von entwicklungspolitischen Aspekten. Sie bot eine Plattform an, auf der sich Entwicklungsländer geschlossen für ihre Forderungen nach angemessenen Preisen und Absatzchancen einsetzen konnten. Durch Rohstoffabkommen sollten diese Ziele ermöglicht werden, ebenso wie stabile Erlöse und höhere Preise. Eine Reaktion der westlichen Industrienationen folgte in Form einer Erweiterung des GATT um einen vierten Teil, der günstigere Bedingungen für Entwicklungsländer am Weltmarkt garantieren sollte. (vgl. Franke 2009:16f.)

In Artikel XXXVI:4 GATT wurde festgehalten, dass es bei fortdauernder Abhängigkeit vieler wenig entwickelter Vertragspartner, die von der Ausfuhr einer begrenzten Anzahl von Grundstoffen abhängig sind, notwendig ist, diesen Erzeugnissen wenn möglich, zu günstigeren und annehmbaren Bedingungen einen Zugang am Weltmarkt zu ermöglichen und Maßnahmen zu ergreifen die zur Erzielung stabiler, angemessener Preise beitragen. (vgl. GATT 1947:XXXVI)

Durch diesen Zusatz kam es zu einer Abkehr von der Havanna Charta, welche Rohstoffabkommen nur in Ausnahmefällen zugelassen hätte. Im vierten Teil des GATT wird auch noch auf die Notwendigkeit von Maßnahmen verwiesen, die den Rohstoffmarkt stabilisieren. (vgl. Franke 2009:17) Die Vertragsparteien werden und sollen in den passenden Fällen rechtzeitig handeln und mittels völkerrechtlichen Übereinkünften, den Grundstoffen verbesserte und annehmbare Bedingungen für den Zugang zum Weltmarkt zu verschaffen. (vgl. GATT 1947: XXXVIII:2)

Die Auswirkungen des GATT und auch seine Erweiterungen waren aber ziemlich gering, bis hin zu gar nicht vorhanden. Es wurden einfach keine neuen Rohstoffabkommen geschlossen die an den Maßstäben des GATT zu messen gewesen wären. Diese Phase der Entwicklung von Rohstoffabkommen nach dem Ende des zweiten Weltkrieges war gekennzeichnet dadurch, dass nicht mehr vordergründig marktinterventionistisch gehandelt wurde. Für die westlichen Nationen war klar, dass der Markt fair und frei sein sollte und daher die Abschaffung

protektionistischer Maßnahmen, die bis zu den 1930er Jahren üblich waren, notwendig geworden war. Das primäre Ziel von Rohstoffabkommen war es zunächst gewesen, als Ausnahmen in der Havana Charta, oder dem GATT verankert zu werden und Kriterien zu schaffen denen die Abkommen entsprechen mussten. Diese sollten zuallererst Marktungleichgewichte ausgleichen. Ein weiteres Ziel war die Garantie stabiler Preise. Die Situation änderte sich mit dem Erstarken der Entwicklungsländer nach dem Ende der Kolonialzeit. Für diese war staatliche Souveränität über natürliche Ressourcen ein wichtiger Punkt um Entwicklung und Wohlstand voranzutreiben. Daher betonten Entwicklungsländer die Notwendigkeit von Rohstoffabkommen, die eine gute Möglichkeit boten, angemessene und stabile Erlöse zu garantieren. Mit der anschließenden Verankerung im GATT wurde ein wichtiger Schritt getan und die Rohstofffrage wurde zunehmend zu einer entwicklungspolitischen Agenda. Richtig erfolgreich war sie aber nicht, da nur sehr wenige Abkommen geschlossen wurden. (vgl. Franke 2009:17f.)

4.6 Krise der 1970er Jahre

Die 70er Jahre waren geprägt von dem Glauben an eine neue Weltwirtschaftsordnung, jedoch nur auf Seiten der Entwicklungsländer. Diese strebten eine Systemänderung an, da das vorherrschende System des freien Handels einer gerechten Verteilung des Wohlstands entgegen stand. Ziel war es die Rohstoffmärkte zu regulieren um höhere Gewinne zu erzielen und die Entwicklung voranzutreiben. Das neue System sollte protektionistische und interventionistische Elemente enthalten und diese auch tolerieren. Diese standen aber dem liberalen Markt im Weg. Für die Entwicklungsländer war es aber die einzige Möglichkeit um etwas gegen die sukzessive Verschlechterung der Terms of Trade zu tun, da sich diese zu Lasten derer entwickelten, die Rohstoffe exportierten. Produzentenkartelle und vermehrte Verstaatlichung von Unternehmen sollte als Werkzeug dienen, um diese Trends zu ändern. Jedoch stand den rohstoffreichen Ländern das GATT im Weg, da in diesem Rohstoffabkommen nur als Ausnahmen vorgesehen waren und nicht als anerkanntes Mittel galten. Das GATT zielte eher in Richtung eines Abbaus von Zöllen und Handelsbarrieren ab. Ziel war es den Markt von jeglichen Restriktionen und Diskriminierungen zu befreien. Diese angestrebte neue Weltwirtschaftsordnung war also nur für die Entwicklungsländer ein Ziel, für die Industrienationen war die bis dahin bestehende Ordnung nicht annähernd Besorgnis erregend genug, um einen solchen Wandel vollziehen zu müssen. (vgl. Franke 2009:18)

In der Charta über die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten wurde Bezug genommen auf die Bildung von Rohstoffkartellen als Instrument, welches die Interessen der Entwicklungsländer stützt. In Artikel fünf heite es, „dass alle Staaten das Recht haben sich in Organisationen von Grundstoffherzeugern zusammenzuschließen und damit ihre nationalen Volkswirtschaften zu entwickeln und damit eine stabile Finanzierung ihrer Entwicklung zu erreichen“. Entgegen den Vorstellungen der Industrienationen wird hier das Recht auf Kartellbildung zur Förderung volkswirtschaftlicher Interessen verankert. (vgl. UN-Charter Economic Rights and Duties of States 1974:7)

Das entscheidende Problem bei der Sache war aber, dass diese Dokumente rechtlich nie bindend waren und somit niemanden verpflichten konnten, sich daran zu halten.

4.7 1980 und -90er Jahre

Diese Phase war geprägt durch die vorherigen gescheiterten Versuche der Etablierung eines internationalen Rohstoffregimes. Die unterschiedlichen Versuche von den ersten Rohstoffkartellen bis hin zur Havanna Charta brachten keine Lösung der Rohstofffrage. In den 1980er und 90er Jahren änderte sich die Situation ebenso wenig. Die Haltung gegenüber Rohstoffabkommen wurde von Seiten der westlichen Industrienationen eher noch ablehnender. Spätestens mit dem Zusammenbruch des Zinn-Abkommens im Jahr 1985 kam es zur totalen Ablehnung. Denn das Zinn-Abkommen verfügte über einen buffer-stock um Preisschwankungen durch Rohstoffankäufe und Verkäufe auszugleichen. Zum Zusammenbruch kam es aber aufgrund der Tatsache, dass die Finanzreserven nicht mehr ausreichten um die Marktveränderungen auszugleichen. Insgesamt war die finanzielle Belastung zu hoch. Im Jahr 1989 kam es aber zum Inkrafttreten des Gemeinsamen Rohstofffonds, der die Rohstoffproduktion und den Handel der rohstoffabhängigen Entwicklungsländer verbessern und diversifizieren sollte. Dieser Beschluss hatte aber erneut keine Auswirkungen, da entsprechende Rohstoffabkommen ein weiteres Mal nicht geschlossen wurden. (vgl. Franke 2009: 21f.)

4.8 Global Europe: Competing in the World

Die Global Europe Initiative ist ein wichtiger Vorreiter für die aktuelle EU-Rohstoffinitiative. Sie stammt aus dem Jahr 2006, wird seither stetig überarbeitet und soll einen Wandel in der Europäischen Handelsstrategie einleiten. (vgl. Jäger 2010:10) Mit dieser im Jahre 2006 entwickelten Strategie versucht die EU-Kommission einen Richtungswechsel zu vollziehen. Das Ziel ist ein Wandel der Handelspolitik weg von multilateralen, hin zu bilateralen Abkommen. Die bilateralen Abkommen sollen besonders durch zwei Ziele gekennzeichnet sein. Erstens soll vermehrt über WTO-Verpflichtungen, beziehungsweise über Verpflichtungen aus bereits bestehenden Abkommen hinaus liberalisiert werden. Kriterien die zur Auswahl der zukünftigen Partnerländer geführt haben, sind wirtschaftliches Potential, insbesondere Größe und Wachstum und das Ausmaß bereits bestehender Handelsbarrieren gegenüber der EU. Die ausgewählten Partnerstaaten sind die ASEAN-Staaten, also Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Thailand, Singapur und Vietnam. Des Weiteren, Indien und Südkorea und ebenso die Staaten der Andengemeinschaft und Zentralamerikas. Wie auch später noch folgen wird, sind auch die Abschlüsse mit den AKP-Staaten von großer Bedeutung für die Kommission. Ein weiteres wichtiges Ziel, welches sich auch in der EU-Rohstoffinitiative wieder findet, ist das der nachhaltigen Entwicklung. Der verbesserte Umweltschutz und menschenwürdige Arbeitsbedingungen sind ebenso große Ziele der Global Europe Initiative. Auch die Forderung nach der Einhaltung internationaler Umwelt- und Sozialstandards ist hier verankert. (vgl. Beer 2007:5)

Die Global Europe Initiative macht klar, dass es ohne eine fortschreitende Öffnung der Handelsmärkte nicht zu einem Produktionszuwachs, Wachstum und einer höheren Beschäftigung kommen wird. Ebenso klar ist, dass dies ein essentieller Faktor ist, wenn es darum geht Armut zu vermindern und Entwicklung voranzutreiben. Das beinhaltet natürlich auch die Abschaffung jeglicher protektionistischer Machenschaften um für alle einen fairen Zugang zum Handel zu garantieren. Als Beispiele dafür dienen Brasilien oder Indien, die ihre Märkte geöffnet haben und dadurch jetzt profitieren indem sie Millionen von Menschen aus der Armut herausgeholfen und ihre Wirtschaft nachhaltig gestärkt haben. Deswegen müssen, unter anderem, besonders Entwicklungsländer, wenn sie weiterhin vom Wachstum und der EU-Politik profitieren wollen, ihre Handelsbarrieren speziell für EU-Exporte

einstellen und eine wichtige Rolle im Welthandel einnehmen, die mit großer Verantwortung gegenüber den europäischen Partner einhergeht. (vgl. EU-Kommission 2006:6) Zugangsbeschränkungen für Ressourcen und Rohstoffe müssen auf jeden Fall beseitigt werden, außer sie sind aus Sicherheitsgründen oder aus Gründen des Umweltschutzes unbedingt von Nöten und daher gerechtfertigt. Dazu zählen auch alle Formen von Zöllen und Abgaben ebenso wie Ausfuhrbeschränkungen. Die Kommission wird durch die Global Europe Initiative dazu aufgerufen, für eine weitreichenden Liberalisierung bei Dienstleistungen zu sorgen und Investitionen und strengere Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge zum Schutz geistiger Eigentumsrechte durchzusetzen. Es muss aber auf jeden Fall darauf geachtet werden, dass neue Freihandelsabkommen entwicklungspolitische Zielsetzungen nicht behindern sondern diese berücksichtigen. (vgl. Jäger 2010:10)

Unabhängig von Auswirkungen oder Meinungen der betroffenen Entwicklungsländer, ist die österreichische Meinung vertreten durch die Bundesarbeitskammer nicht 100 prozentig der Meinung der EU-Kommission und der Global Europe Initiative. Die BAK steht dem Vorhaben der Initiative, inklusive dem Wandel hin zu bilateralen Abkommen eher kritisch gegenüber. Für sie gilt es aufgrund von Forschungsergebnissen als bewiesen, dass Marktliberalisierungen und Deregulierungen keineswegs automatisch zu mehr Wohlstand und Wirtschaftswachstum führen, sondern im Gegenteil eher zu strukturellen Problemen und zu einer höheren Arbeitslosigkeit führen können. Das Resultat ist ein Armutsanstieg in der Bevölkerung. Die Alternative dazu ist, dass man beschließt diese Politiken und Veränderungen gemeinsam mit umfassenden Umverteilungspolitiken, die aber auf Seiten der Kommission nicht geplant sind, anzuwenden. Das Beispiel der positiven Entwicklung des Wohlfahrtsstaates europäischer Prägung zeigt, dass der Schlüssel zum Erfolg eine jahrzehntelange protektionistische Investitions- und Wirtschaftspolitik war. Nur mit Hilfe dieser Instrumente war es möglich stabile Wirtschaftsstrukturen im Inland zu schaffen und Wohlstand zu generieren. Daher müsste man eigentlich den heutigen Entwicklungs- und Schwellenländern eine ähnliche Politik zugestehen um selber wachsen zu können. Die Initiative und die Kommission stemmen sich aber, wie vorher schon gezeigt wurde, vehement gegen eine solche protektionistische Politik im Ausland.

Aufgrund der bestehenden Verhältnisse verfügt die EU über eine größere Verhandlungsmacht gegenüber ihren Verhandlungspartnern, den Ländern Asiens, Lateinamerikas oder Afrikas und will daher ihre Position nicht gefährden sondern durch zusätzliche Liberalisierung weiter stärken. Daher spricht sich die österreichische Bundesarbeiterkammer auch gegen ein solches Vorgehen von Seiten der EU aus. (vgl. Beer 2007:5)

4.9 Eurometaux und Business Europe

Als einen weiteren wichtigen Faktor, der die EU-Rohstoffinitiative beeinflusst und gefördert hat, kann die BusinessEurope Initiative und der Verband der europäischen Nichteisen-Metallindustrie, kurz Eurometaux gesehen werden. Bereits im Jahr 2003 hat Eurometaux eine Lobbystrategie entwickelt, um ein Bewusstsein für neue Bündnisse auf der Ebene der EU und deren Mitgliedstaaten zu schaffen, um gegen Verzerrungen beim Zugang zu Ressourcen vorzugehen. Im Jahr 2005 ist Eurometaux eine gezielte Zusammenarbeit mit der Generaldirektion Handel und der Generaldirektion Unternehmen zum Thema Ausfuhrbeschränkungen und anderer Wettbewerbsverzerrungen eingegangen. (vgl. Jäger 2010:10) Schließlich hat der größte Arbeitgeberverband in Europa, BusinessEurope, im Jahr 2006 ein Positionspapier veröffentlicht zum Thema und zum Bedarf einer EU Strategie zur Sicherung des Zugangs zu industriellen Rohstoffen. (vgl. BusinessEurope 2009) Eurometaux hat dazu festgestellt, dass es keine Zukunft für die Wirtschaft der EU und keine Kapazitäten zur Finanzierung anderer politischer Ziele der EU geben werde, falls nicht sichergestellt werde, dass es einen sicheren und wettbewerbsfähigen Zugang zu den dafür notwendigen Rohstoffen gibt, welche für die verarbeitende Industrie der EU benötigt werden. BusinessEurope unterstützt alle Bewegungen welche in die Richtung einer Öffnung des Weltmarktes gehen und fordern daher auch die Kommission dazu auf einen harten Kurs zu verfolgen, wenn es darum geht staatlichen Eingriffen entgegenzuwirken und den Weltmarkt für Rohstoffe zu öffnen. (vgl. Eurometaux 2010)

4.10 Kritische Rohstoffe

Im Zuge der aktuellen EU-Rohstoffinitiative hat die Kommission den Zugang zu 41 wichtigen Rohstoffen analysiert. Da die EU erkannt hat, dass Rohstoffe ein wesentlicher Bestandteil von High-Tech Produkten sind, aber ebenso von alltäglichen Gebrauchsgegenständen wie etwa von Mobiltelefonen, Dünnschichtphotovoltaikmodulen, Lithium-Ionen Batterien, Glasfaserkabeln oder synthetischer Treibstoffen. Daher hat die Kommission anhand durchgeführter Studien gesehen, dass bei der Versorgung mit diesen Rohstoffen zunehmend Engpässe auftreten. 14 Mineralien und Metalle wurden im Zuge dieser Untersuchung als „kritisch“ eingestuft. Ein Grund für die Engpässe ist für die EU die vermehrte Nachfrage und das starke Wachstum der Schwellenländer, deren Nachfrage nach Rohstoffen stetig steigt. Nach der Auffassung der Expertengruppe, die für die Untersuchung zuständig war sind die 14 kritischen, für die Europäische Union entscheidenden Rohstoffe Antimon, Beryllium, Kobalt, Flussspat, Gallium, Germanium, Graphit, Indium, Magnesium, Niob, Metalle der Platingruppe, seltene Erden, Tantal und Wolfram. Die Prognosen der EU besagen, dass sich die Nachfrage nach den ausgewählten Stoffe bis zum Jahr 2030 mehr als verdreifachen wird. Die Probleme und die Gefahr einer Verknappung der „kritischen“ Rohstoffe liegen vor allem darin, dass ein großer Teil der weltweiten Vorkommen und damit auch der Produktion auf einige wenige Länder entfällt. Vor allem China ist reich an kritischen Rohstoffen, besonders an seltenen Erden. Weitere solche Länder sind Russland, die demokratische Republik Kongo und Brasilien. Die EU hat anhand dieser Beispiele erkannt, dass das Problem der geringen Nachhaltigkeit und eines niedrigen Recyclinganteils zunimmt. Das Problem an dieser Entwicklung ist, dass sich viele dieser rohstoffreichen Länder, mittels handelspolitischer und fiskalischer Instrumente die alleinige Nutzung ihrer Ressourcen sichern wollen. Der voranschreitende technologische Fortschritt und Wandel ist aber in diesem Szenario das große Problem, da es voraussichtlich zu einem drastischen Anstieg der Nachfrage nach bestimmten und vermehrt nach den kritischen Rohstoffen kommen wird. (vgl. EU-Kommission 10/263: 2010)

Die folgende Grafik zeigt den gegenwärtigen Verbrauch und den zu erwartenden bis zum Jahr 2030:

Raw material	Production 2006 (t)	Demand from emerging technologies 2006 (t)	Demand from emerging technologies 2030 (t)	Indicator1) 2006	Indicator1)2030
Gallium	152 6)	28	603	0,18	3,97
Indium	581	234	1.911	0,40	3,29
Germanium	100	28	220	0,28	2,20
Neodymium (rare earth)	16.800	4.000	27.900	0,23	1,66
Platinum (PGM)	255	very small	345	0	1,35
Tantalum	1.384	551	1.410	0,40	1,02
Silver	19.051	5.342	15.823	0,28	0,83
Cobalt	62.279	12.820	26.860	0,21	0,43
Palladium (PGM)	267	23	77	0,09	0,29
Titanium	7.211.000 2)	15.397	58.148	0,08	0,29
Copper	15.093.000	1.410.000	3.696.070	0,09	0,24

Quelle: EU-Kommission http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-10-263_en.htm?locale=en (letzter Zugriff 29.10.2013)

5. EU-Rohstoffinitiative

Follath bezeichnete im Jahr 2008 die energiepolitische Entwicklung als einen neuen Kalten Krieg. Einen Krieg gekennzeichnet durch Verteilungskämpfe um immer knapper werdende Ressourcen, bei gleichzeitig immer größeren Mengen derer, die benötigt werden. Die Periode ist nun eine, in der internationale Politik zunehmend von Fragen der Energiesicherheit bestimmt wird. Im Juli 2006 wurde in Baku, Aserbaidshan die bis dahin teuerste Erdölpipeline der Welt eingeweiht. Ein Projekt mit internationaler Beteiligung und Unterstützung. Im selben Jahr schlug die USA am G-8 Gipfel in St. Petersburg ein Abkommen vor, in Sibirien die weltweit größte Endlagerstätte für Atommüll zu errichten, im Gegenzug für 20 Milliarden US Dollar. Diese Beispiele zeigen die weltweite Dringlichkeit in Sachen Energie und Energiesicherheit. Daher rückte auch für die EU das Thema Energiesicherheit ab dem Jahr 2006 vermehrt in den Vordergrund. (vgl. Follath 2008:13ff.)

Im Jahr 2008 hat die Europäische Kommission eine Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat veröffentlicht, mit dem Titel, „Die Rohstoffinitiative- Sicherung und Versorgung Europas mit den für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Gütern“. (Kommission 2008/699: Die Rohstoffinitiative)

In der Rohstoffinitiative wird zunächst hervorgehoben, dass moderne Gesellschaften, wie unsere, heutzutage auf Dauer nicht ohne eine sichere Rohstoffversorgung funktionieren und bestehen können. Die steigenden Energiepreise und die große Abhängigkeit von ausländischen Energieimporten sind ganz weit oben auf der politischen Agenda, im Gegensatz zu den nichtenergetischen Rohstoffen. Die EU unterliegt bei der Erschließung eigener Rohstoffvorkommen strengen Beschränkungen und Landnutzungsbestimmungen, ebenso dem Umweltrecht. Daraus ergibt sich eine starke Abhängigkeit von der Einfuhr strategisch wichtiger Rohstoffe aus dem Ausland, da es oft auch keine Alternativstoffe dazu gibt. Diese Abhängigkeit wird durchaus als kritisch angesehen. Für die EU und für den Erfolg der Lissaboner Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung, ist daher ein unbeeinträchtigter Zugang ohne jegliche Marktverzerrungen zu Rohstoffen, die

Voraussetzung schlecht hin, für ihre Wettbewerbsfähigkeit. (vgl. Kommission 2008/699:2)

Ein weiterer sehr wichtiger Punkt für die Kommission ist das politische Verhalten einiger Schwellenländer. Denn diese verfolgen verstärkt eine Wirtschaftsstrategie die es ihnen erlaubt ihre Rohstoffbasis zu schützen, um den eigenen Industriezweigen einen Vorteil zu verschaffen. Diese staatlichen Maßnahmen verzerren den internationalen Wettbewerb um Rohstoffe. Gemeint sind unter anderem Exportabgaben und Exportquoten, Subventionen, fixe Preise oder auch einschränkende Vorschriften für Investitionen. Die Kommission hat über 450 Exportbeschränkungen auf über 400 Rohstoffe ermittelt. Das zeigt, dass Schwellenländer wie zum Beispiel China, Argentinien oder Südafrika auch eine gewisse Politik gegenüber rohstoffreichen Ländern verfolgen. Denn sie zielen darauf ab, einen privilegierteren Zugang zu deren Rohstoffvorkommen zu erlangen. China, aber auch Indien haben ihre Zusammenarbeit und ihr wirtschaftliches Engagement in Afrika deutlich verstärkt. Große Infrastrukturprojekte werden mit Hilfe dieser zwei Länder ermöglicht, ebenso die Ausbeutung und Förderung von Rohstoffen in Ländern wie Sambia, Zimbabwe oder Kamerun.

Verstärkt wird dieses Dilemma durch die Tatsache der zunehmenden Konzentration der Produktion von Rohstoffen auf einige wenige Länder und daher der Zugang zu ebendiesen Rohstoffen erschwert wird. Es teilen sich nur drei Unternehmen in etwa 75% des weltweiten Seehandels mit Eisenerz. Durch solche Situationen kann der freie Wettbewerb gestört werden und es zu höheren Preisen kommen. Ein anderes Problem welches die Kommission ausgemacht hat, ist die Tatsache, dass 50% der größten Mineralienvorkommen in Ländern liegen die ein Bruttonationaleinkommen von unter zehn USD pro Kopf am Tag haben. Rohstoffreiche Länder, besonders diejenigen in Afrika, haben dadurch die Möglichkeit ihr Nationaleinkommen deutlich zu steigern, was aber nicht immer gut funktioniert, da es in einigen Regionen gewaltsame Konflikte gibt, eben um die Herrschaft über natürliche Ressourcen, oder weil es in Verhandlungen mit ausländischen Bergbauunternehmen aufgrund von fehlendem know-how zu schlechten Geschäftsabschlüssen auf Seiten der rohstoffreichen Ländern kommt. Umweltschutz und Arbeitsrecht werden auf Seiten der Unternehmer auch nicht so ernst genommen wie es sein sollte und dies führt zu großen Schäden in den Erzeugernationen. (vgl. Kommission 2008/699:5f.)

Die zukünftige Ausrichtung der EU basiert nun auf der 2008 erstmals ausgearbeiteten Rohstoffinitiative. Obwohl es bereits zu Verbesserungen gekommen ist, sind weitere Entwicklungen notwendig. Getragen wird die EU-Rohstoffinitiative von drei Säulen, wobei jede dieser Säulen zum Erreichen einer fairen und dauerhaften Versorgung der EU mit Rohstoffen dienen soll. (vgl. Kommission 2011/25:16)

5.1 Die drei Säulen

Für die EU-Kommission ist klar, dass die Versorgung mit Rohstoffen die Aufgabe von Unternehmen ist, sie selbst und andere öffentliche Stellen sollen hingegen lediglich die richtigen Rahmenbedingungen schaffen um dafür zu sorgen, dass Unternehmen effizient arbeiten können. Um diese Rahmenbedingungen zu schaffen, wurden die drei Säulen eingerichtet. (Kommission 2011/25:16)

1.Säule: Faire und dauerhafte Versorgung mit Rohstoffen von den Weltmärkten

2.Säule: Förderung einer nachhaltigen Versorgung in der EU

3.Säule: Steigerung der Ressourceneffizienz und Förderung des Recyclings

Für die vorliegende Arbeit ist besonders die erste Säule wichtig um die Auswirkungen der EU-Politik auf die Rohstoffproduzenten zu erkennen, daher werde ich sie in den folgenden Punkten genauer betrachten und eine detaillierte Beschreibung wiedergeben. Natürlich werde ich auch auf Säule zwei und drei eingehen, da diese die Rohstoffinitiative komplettieren und ein wichtiger Bestandteil dieser sind.

5.2 Erste Säule

Die EU will durch die erste Säule eine aktive Rohstoffdiplomatie initiieren und sich so den Zugang zu Rohstoffen, besonders zu den als kritisch definierten Rohstoffen sichern. Über die genaue Zusammensetzung der kritischen Rohstoffe habe ich bereits in den vorherigen Kapiteln gesprochen.

Ein wichtiges Ziel der EU ist die nachhaltige Rohstoffgewinnung, da diese des Weiteren auch zu einer nachhaltigen Entwicklung der Produktionsländer führen soll. Viele Länder besonders in Afrika, haben es aber aufgrund von diversen Problemen nicht geschafft, aus ihrem Ressourcenreichtum ein nachhaltiges Wachstum zu erlangen. Die EU kritisiert in diesen Fällen ordnungspolitische Konzepte oder das Steuerwesen der betroffenen Länder. Wichtig ist der EU außerdem eine Verbesserung der Staatsführung, der Transparenz und des Handels- und Investitionsklimas im Rohstoffsektor. Die Optimierung dieser Punkte ist notwendig um ressourcenreichen Staaten ein Wachstum zu ermöglichen das Allen von Nutzen ist und somit zu einer nachhaltigen gesamtgesellschaftlichen Entwicklung führt. Das Ziel der EU ist es mit ihrer Rohstoffpolitik und ihren entwicklungspolitischen Konzepten eine Partnerschaft mit ressourcenreichen Ländern einzugehen, um so eine wichtige Rolle für diese einzunehmen, mit dem Ziel Vorteile für alle Beteiligten zu schaffen und Zugang zu einer nachhaltigen Versorgung mit Rohstoffen für entwickelte Länder, sowie auch für Entwicklungsländer zu ermöglichen. (vgl. Kommission 2011/25:16f.)

Es zeigt sich also, dass es ein ausgewiesenes Ziel der EU ist, eine nachhaltige gesamtgesellschaftliche Entwicklung ihrer Partnerländer zu fördern. Es sollen Strukturen geschaffen werden die auf Dauer zu einer Verbesserung für alle Menschen in den betroffenen Entwicklungsländern führen.

Das spiegelt sich auch in der Erklärung wider, dass die EU ihre Partnerregierungen darin bestärken will, umfassende Reformprogramme zu erarbeiten in denen unter anderem die Besteuerungssysteme für den Bergbau verbessert werden sollen. Ebenso soll eine höhere Transparenz von Geldflüssen und Quellen, sowie von Verträgen geschaffen werden. Die Partnerländer sollen in die Lage gebracht werden die Fähigkeit zu erlangen, ihre Einnahmen zur Unterstützung von Entwicklungszielen

effektiver und gezielter einsetzen zu können. Durch eine größere Transparenz soll es den Regierungen auch leichter fallen, Betrug und Korruption zu verhindern und zu bekämpfen, da alle Zahlungen und Geldflüsse offengelegt werden. (Kommission 2011/25:17)

Den Ausbau der Infrastruktur im Bereich Verkehrs-, Energie und Umweltwesens will die EU-Kommission fördern indem sie die Durchführbarkeit einer erhöhten Kreditvergabe für Rohstoffgewinnungs- und Aufarbeitungsprojekte, insbesondere für weiterverarbeitende Wirtschaftszweige bewertet. Dabei will die Kommission ermitteln ob es eine Möglichkeit gibt, Finanzvergaben zu fördern und dabei das Risiko für die Betreiber zu begrenzen, auf Basis der von EU ausgestellten Garantien. Außerdem ist geplant die jeweiligen Entwicklungsländer bei der Vermehrung ihres geologischen Wissens zu unterstützen, um selbstständig eine bessere Einschätzung über die eigenen natürlichen Ressourcen machen zu können, mit dem Ziel die zu erwartenden Einnahmen aus den Vorkommen besser verplanen zu können, um in Verhandlungssituationen im Vorteil gegenüber Bergbauunternehmen zu sein. (vgl. Kommission 2011/25:18f.)

Ein wesentlicher Teil der ersten Säule der Rohstoffinitiative ist der Ausbau der Strategie für den Rohstoffhandel. Diese umfasst einige wichtige Punkte um die von der EU angestrebten Ziele, der Entwicklung und der verantwortungsbewussten Staatenführung zu erreichen.

Um diesen wichtigen Punkt zu erreichen will die EU in Verhandlungen auf pluri- und multinationaler Ebene die Rohstoffthematik vorantreiben und diskutieren, welche Rolle Ausfuhrzölle als politisches Instrument auf den Rohstoffmärkten spielen. Genau diese Ausfuhrbeschränkungen und Investitionsaspekte will die Kommission in zukünftigen EU-Verhandlungen über den bilateralen, plurilateralen und multilateralen Handel stärker miteinbeziehen. Weiterführend möchte die Kommission einen Mechanismus schaffen der Ausfuhrbeschränkungen überwacht und zwar in Hinsicht auf die eventuelle Behinderung einer dauerhaften Versorgung mit Rohstoffen. Dies soll verhindern, dass es auf den Rohstoffmärkten zu Verzerrungen und Behinderungen kommt. Außerdem soll es in solchen Fällen die Möglichkeit eines Streitbeilegungsverfahrens geben, falls ein solcher notwendig sein sollte. Die Kommission möchte zudem, dass wichtige Nichtmitglieder der OECD in Arbeiten selbiger zum Thema Rohstoffe miteinbezogen werden. Zudem soll verhindert

werden, dass im Wettbewerb um Rohstoffe, die Versorgung mit diesen nicht durch wettbewerbsbehindernde Vereinbarungen, Fusionen oder einseitige Maßnahmen der betroffenen Unternehmen verzerrt wird. Alles in allem ist es ein Ziel die angeführten Punkte voranzutreiben, genauso wie die Rohstoffpolitiken der Drittländer durch autonome Maßnahmen im bilateralen und multilateralen Rahmen und Gespräche gründlich zu analysieren, um die Rohstoffpolitik der EU im Hinblick auf ihre Prioritäten und Vorgaben weiterführen zu können. (vgl. Kommission 2011/25:19)

Die erste Säule der EU-Rohstoffinitiative kennzeichnet sich durch das Vorhaben, der aktiven Zusammenarbeit mit den jeweiligen Partnerländern, die über große Rohstoffvorkommen verfügen. Infrastruktur und geologisches, sowie technisches know-how soll durch europäische Unternehmen vermittelt werden. Als Voraussetzung gilt auch in den Partnerländern eine gute und stabile Regierungsführung. Korruption, sowie uneinsichtige Geschäfte und Kapitalflüsse sollen mit Hilfe der Rohstoffinitiative verringert werden und im besten Fall vollkommen von der politischen Agenda verschwinden.

Um diese Ziele zu erreichen, ist es von Nöten, die Thematik der Ausfuhrzölle und -beschränkungen aufseiten der EU gründlich zu analysieren. Diese dürfen laut EU-Kommission nicht dazu führen, dass es zu Engpässen oder anderen Verzerrungen in der Rohstoffversorgung der EU-Mitgliedsstaaten kommt.

5.3 Zweite Säule

Die zweite Säule hat das Ziel einer nachhaltigen Versorgung der EU mit den notwendigen Rohstoffen. Dies bedeutet, dass es notwendig ist in Technologien zu investieren, die zu stärkeren Investitionen in die natürlichen Ressourcen führen. Eine konstante und sichere Versorgung und Rohstoffgewinnung hat daher Priorität. Erreichen will die Kommission dieses Vorhaben durch verschiedene Maßnahmen.

Erstens ist geplant, eine nationale Mineralienpolitik mit dem Ziel einer wirtschaftlich vertretbaren Rohstoffgewinnung festzulegen. Dieses Vorhaben soll mit anderen nationalen Politiken und Zielen harmonisiert werden und auf der Grundlage einer nachhaltigen Entwicklung entstehen.

Ebenso soll eine Raumordnungspolitik festgelegt werden, die eine digitale geologische Wissensdatenbank umfasst. Eine transparente Methodik soll die Erforschung mineralischer Rohstoffe vereinfachen und langfristige Schätzungen ermöglichen.

Um dies zu ermöglichen, ist die Schaffung klarer und vor allem verständlicher Verfahren vonnöten, die bei Verfahren zur Genehmigung von Exploration und Gewinnung mineralischer Rohstoffe eine gewisse Rechtssicherheit bieten.

Ein ganz wichtiger Punkt in der zweiten Säule bietet die vorher schon angesprochene Wissensdatenbank über geologische Begebenheiten und Rohstoffvorkommen. Denn für eine erfolgreiche und wirksame Rohstoffstrategie, ist es erforderlich diese angesprochene Datenbank weiter auszubauen. Die Kommission will in diesem Fall verstärkt mit den Mitgliedstaaten Synergien zwischen nationalen geologischen Gutachten prüfen, um Größenvorteile, eine Kostenreduzierung und ein größeres Potenzial für gemeinsame Projekte zu schaffen. (vgl. Kommission 2011/25:20)

5.4 Dritte Säule

Die dritte Säule geht auch in die Richtung der nachhaltigen Ressourcen Verwendung. Angesichts des steigenden weltweiten Verbrauchs ist es wichtig, die Recycling Anstrengungen zu intensivieren. Durch die Wiederverwertung von Wertstoffen die ansonsten keine Verwendung mehr gefunden hätten, lässt sich eine höhere Rückgewinnungsquote erreichen und dies führt somit zu einem Rückgang der Nachfrage nach Primärstoffen. Durch eine effektive Recyclingpolitik kann es dazu kommen, dass der Energieverbrauch, ebenso wie die Treibhausgasemission sinkt. Solch ein Wandel ist für die Kommission aber nur möglich, wenn politische Konzepte entwickelt werden die in der EU zum Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich der Energieversorgungssicherheit führen.

Die Rückgewinnung aus Abfällen des „urban mining“ ist eine der wichtigsten Quellen für die erneute Nutzung mineralischer Stoffe. Das Potenzial wird aber bei weitem nicht ausgeschöpft und vieles geht ungenutzt verloren. Es gibt in diesem Fall eine große Divergenz zwischen den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. Trotz steigender Recyclingzahlen, in den letzten zehn Jahren haben sich die Zahlen in der EU verdoppelt, gilt es der Frage nachzugehen, wie man effektiver und effizienter recyceln kann um Umwelt und Menschen vor schädlichen Emissionen zu schützen. Die Kommission schlägt daher vor, Forschungs- und Pilotmaßnahmen zu fördern, um die Ressourceneffizienz zu steigern und um wirtschaftliche Anreize für ein Recycling- und Pfandsystem zu schaffen. Ebenso soll das Problem des Umweltdumpings welches durch die Verschiffung des Mülls in Drittländer entsteht, bekämpft werden. Für eine strengere Durchsetzung der Abfallverbringungsverordnung hat die Kommission auch Vorschläge. So soll erforscht werden, ob eine Verbesserung der Technologie zur Aufdeckung, Identifizierung, Weiterverfolgung und Ortung illegaler Verunreinigungen möglich ist. Die Gewährleistung von präzisen und praktikablen Inspektionsnormen für Abfall in der gesamten EU soll mit Hilfe von Kontrollen durch Zollbehörden ermöglicht werden. (vgl. Kommission 2011/25:21f.)

5.5 Ausfuhrzölle

Ein sehr wichtiger Punkt in der EU-Rohstoffinitiative ist der, dass die Kommission sehr darauf bedacht ist, über Ausfuhrzölle auf Rohstoffe neu zu verhandeln. Wie bereits im Punkt „1.Säule“ gezeigt wurde (vgl. Kommission 2011/25:19), will die Kommission dringend über mögliche negative Auswirkungen von Ausfuhrzöllen auf europäische Unternehmen verhandeln. Denn um das Ziel zu erreichen, Rohstoffe zu gleichen Bedingungen wie ein Konkurrent beziehen zu können, will die EU einen intensiveren Dialog mit Staaten wie China oder Russland führen um eben diese marktverzerrenden Maßnahmen wie Ausfuhrzölle einzudämmen oder komplett abzuschaffen. Das Ziel der EU-Handels und Regulierungspolitik soll sein, auf bilateraler und multilateraler Ebene dafür zu sorgen, dass internationale Verpflichtungen eingehalten werden, die zum Beispiel von der WTO beschlossen wurden. Das soll so früh wie möglich geschehen, am besten schon im Zuge von Verhandlungen über WTO-Beitritte. Von Seiten der WTO erhofft sich die EU auch den verstärkten Einsatz gegen Exportbeschränkungen und für verbesserte Regelungen gegen staatliche Subventionen. Wiederholt bemüht man sich auch wieder bei wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen, die gegen bilaterale- oder WTO-Abkommen verstoßen, einzuschreiten, um einen freien Zugang zu Rohstoffen zu erhalten. Präferenzielle Handelsabkommen sollen zu einer Öffnung der Märkte rohstoffreicher Länder führen, im Gegenzug dazu soll ihnen Zugriff auf den EU-Markt nur in jenem Maß gestattet werden wie sie ihre Märkte öffnen. Weiter sollen alle von den Exportländern verursachten Formen von Preisdiskriminierung bei Rohstoffen, mittels Antidumpingverfahren behandelt und dadurch verhindert werden. Als weiteren Schritt gegen Ausfuhrzölle und andere Beschränkungen gibt es Schutz- und Antisubventionsverfahren, um diese Verzerrungen zu verhindern. Da sich aber viele Rohstoffvorkommen in Entwicklungsländern in Afrika befinden, sieht die EU die Notwendigkeit einer Entwicklungspolitik, welche alle vorher angesprochenen Punkte umfasst, da ein diskriminierungsfreier Zugang zu Rohstoffen nicht nur der EU sondern auch den afrikanischen Partnerländern Vorteile verschafft und deren Entwicklung in jeglicher Hinsicht fördert. (vgl. Kommission 2008/699:7f.)

5.6 Freihandelsabkommen

Neben den Ausfuhrzöllen stellen Freihandelsabkommen noch einen wichtigen Punkt in der Rohstoffstrategie der EU-Kommission dar.

Seit mehreren Jahren strebt die EU-Kommission Freihandelsabkommen mit verschiedenen Ländern an, beziehungsweise ist schon länger in Verhandlungen mit ihnen. Verhandlungen gibt es viele, wie zum Beispiel mit den Ländern und Regionen Korea, Indien, Mittelamerika oder der Andengemeinschaft, der Mercosur, ASEAN, Euromed, Libyen, der Ukraine oder Kanada. (vgl. Jäger 2010:12)

Zusätzlich gibt es seit längerem Verhandlungen mit der ärmsten Ländergruppe der Welt, den AKP-Staaten, also den Afrika-, Karibik- und Pazifik Staaten. Mit diesen Regionen besteht bereits seit dem Jahr 2000 das Abkommen von Cotonou, auf der Grundlage des Lome-Abkommens aus dem Jahr 1989. Dieses stellt den allgemeinen Rahmen für die Beziehungen zwischen der EU und den 79 AKP-Staaten dar. Jedoch sieht das Cotonou-Abkommen neue Handelsregelungen vor, aus diesem Grund gibt es, wie vorher schon erwähnt seit dem Jahr 2003 neue Verhandlungen mit den AKP-Staaten über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, oder kurz EPA (Economic partnership Agreement). Die EPAs sollen bei der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und des Wachstums behilflich sein. Wie vorher in der Beschreibung der drei Säulen bereits erwähnt, zeigen sich hier noch einmal die Ziele der Kommission in der Form des Strebens nach Armutsbekämpfung, Verbesserung der Regierungsführung und der Heranführung der AKP-Länder an den Weltmarkt. (vgl. Stowasser 2013)

Die Kommission ist bemüht, mit den Verhandlungen um EPAs neue, weitreichende Freihandelsabkommen abzuschließen, mit dem Ziel der umfassenden Marktöffnung für den Güterhandel einerseits, aber andererseits auch der Liberalisierung von Dienstleistungen, Investitionen, der Wettbewerbspolitik und des Schutzes geistigen Eigentums. (vgl. Jäger 2010:12)

6. Ziele und Auswirkungen der EU Politik

Vor dem Hintergrund der Institutionalismus-Theorie mit ihrer konstitutionellen Annahme, die besagt, dass zwischenstaatliche Integration durch politisch motivierte Friedensgemeinschaften wie der EU vorangetrieben wird und dass dadurch internationale Anarchie vermindert wird, spiegelt sich auch in der offiziellen Politik der EU-Kommission und den Zielen gegenüber Entwicklungsländern wider. Denn wie vorher bereits erwähnt, ist es ein ausgesprochenes Ziel der EU, bei der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und des Wachstums behilflich zu sein. Die europäische Politik ist nach außen hin geprägt durch die Vorgabe, gemeinsam Armutsbekämpfung, die Verbesserung der Regierungsführung und eine Heranführung der AKP-Länder an den Weltmarkt zu fördern. (vgl. Gu 2000:76)

Ob die kommunizierte Politik aber tatsächlich Gemeinschaften und Zusammenarbeit fördert, muss man auch aus der Sicht der Entwicklungsländer betrachten, denn diese sind ein wichtiger Faktor in diesem internationalen Zusammenspiel. Ob die Theorie sich bewahrheitet, sieht man bei näherer Betrachtung diverser Beispiele.

Entwicklungsländer sind, trotz aller Euphorie auf Seiten der Kommission, wenig begeistert von den Plänen der EU, eine Begrenzung oder gar Abschaffung von Ausfuhrsteuern durchzusetzen. Daher bildet dieser Punkt ein kontroverses Thema in Verhandlungen zu Freihandelsabkommen sowie allen Diskussionen über EPAs. EPAs die bereits abgeschlossen sind, aber Großteils noch nicht durch die jeweiligen Entwicklungsländer unterzeichnet worden sind, beinhalten eine Einschränkung von Ausfuhrsteuern, welche die Kommission verlangt. Mit der finalen Unterschrift der betroffenen Entwicklungsländer wäre somit klar, dass diese nur noch nach Zustimmung durch die EU und auch nur noch auf eine begrenzte Anzahl von Gütern Ausfuhrsteuern verlangen könnten, oder besser gesagt dürften. Das bedeutet natürlich für die Länder des Südens und darunter auch für die ärmsten Länder der Welt, den Verlust eines Instruments welches über ein immenses entwicklungstechnisches Potenzial verfügt. Dieser Verzicht, oder die Abschaffung von Ausfuhrzöllen wird rein von der EU-Kommission vorangetrieben. Die in der WTO verankerten Regeln erlauben im Gegensatz zu den EU-Bestrebungen den Einsatz von Ausfuhrzöllen. (vgl. Jäger 2010:5)

Da aber Ausfuhrzölle ein wichtiges Instrument für Entwicklungsländer sind, haben die Handelsminister der least developed countries bei einem ministerialen WTO-Treffen eine Beibehaltung des Rechts, Ausfuhrzölle verlangen zu dürfen, eingefordert, da diese ein legitimes und wichtiges Entwicklungsinstrument darstellen würden. (WTO 2009:5)

Diese Forderung ist gestützt durch die Tatsache, dass es für viele Entwicklungsländer eine Notwendigkeit ist, Steuern und andere Beschränkungen auf ihre Rohstoffexporte zu verlangen, weil es eine gute Möglichkeit bietet die öffentlichen Haushaltseinnahmen zu erhöhen. Genau so ergibt sich die Möglichkeit die lokalen verarbeitenden Industrien aufzubauen und die eigene Umwelt effektiver zu schützen. Die Ziele der EU bedrohen diese Pläne der Entwicklungsländer, weil sie Ausfuhrzölle komplett verbieten wollen oder andererseits bereits bestehende oder neu entstehende Zölle einschränken wollen, indem man Erhöhungen verbietet und weitreichende Einschränkungen einführt. Für die EU ist dies ein wichtiger Schritt um für die eigenen Unternehmen einen besseren und günstigeren Zugang zu den dort vorhandenen Ressourcen zu sichern. (vgl. Jäger 2010:14) Natürlich stellen Ausfuhrsteuern kein allgemein gültiges Mittel dar, mit dem Entwicklung garantiert wird. Jedoch können sie einen großen Einfluss haben und eine entscheidende Rolle dabei spielen, junge Industrien wettbewerbsfähiger zu machen und einen Schutz für die Umwelt und die natürlichen Ressourcen zu bieten. Ein wichtiger Nebeneffekt der Besteuerung beim Export von unverarbeiteten Ressourcen ist, dass junge weiterverarbeitende Industrien vor Ort geschützt werden können und ihnen ein komparativer Wettbewerbsvorteil gegeben wird um sich so am Weltmarkt Vorteile zu verschaffen. Denn eine Weiterentwicklung vom reinen Rohstofflieferanten hin zu einer Weiterverarbeitung und Fertigung von Waren, inklusive der damit verbundenen Dienstleistungen ist für Entwicklungsländer ein enormer Schritt um sich von der alleinigen Abhängigkeit von Rohstoffexporten zu lösen. (vgl. Jäger 2010:5)

Exportbeschränkungen können unterschiedlich definiert werden und verschiedene Formen annehmen. So gibt es einerseits Ausfuhrbeschränkungen, andererseits auch Ausfuhrverbote und die Regulierung von Exporten. Aber egal welche Formen diese auch annehmen, sie verringern in den meisten Fällen das Exportvolumen. Bei Fischereierzeugnissen und bei lebenden Tieren gibt es oft absolute Ausfuhrverbote. Bei Exporten, die reguliert werden, gibt es auch immer bestimmte Quoten und

Lizenzpflichten die erfüllt werden müssen. Ein wichtiger Punkt ist aber, wie vorher bereits erwähnt, dass Ausfuhrbeschränkungen ein anerkanntes und legitimes Werkzeug im Rahmen multilateraler Handelsabkommen der WTO darstellen. Im Gegensatz dazu gibt es aber auch die absoluten Exportverbote, die fast immer untersagt sind. (vgl. Jäger 2010:14)

Historisch betrachtet hatten Ausfuhrbeschränkungen und Zölle besonders für den europäischen Kontinent eine große Bedeutung. Exportzölle waren seit dem elften Jahrhundert ein Instrument um die eigenen Industrien zu schützen, denn dafür war es notwendig eigene Ressourcen im Land zu behalten. Ein gutes Beispiel bietet hierfür England, welches vom Jahr 1275 bis 1660 seine Staatseinkünfte mittels Ausfuhrzöllen erhöhen wollte und dafür die Wollindustrie der britischen Kolonien gefördert hat. Somit war es in der Zeit nicht möglich Rohstoffe zollfrei in nicht britisches Kolonialgebiet zu verschiffen, sondern nur in britisches Hoheitsgebiet. Somit wurde sichergestellt, dass Konkurrenten und Produzenten von Textilien höhere Kosten tragen mussten um an die notwendigen Ressourcen zu gelangen als vergleichsweise ihre britischen Gegenspieler. England war aber zu dieser Zeit nicht das einzige Reich das Ausfuhrbeschränkungen als Instrument nutzte, ebenso agierten Holland und die damalige wichtige Handelsstadt Venedig, sie schafften es einen starken Industrie Sektor zu bilden, hatten ein Ressourcen Monopol und weitreichenden Übersee Handel. Bis zum 19. Jahrhundert verschwanden Ausfuhrzölle langsam und waren nicht mehr das Hauptinstrument zum Schutz der eigenen Industrie, wurden aber dennoch, wenn nötig angewendet. (vgl. Third World Network 2009:2f.)

Heutzutage wird aber oft mit Ausfuhrzöllen gearbeitet. Wenn man sich die Berichte der WTO Trade Policy Reviews, kurz TPRs, ansieht, sieht man ein häufigeres Auftreten von Export-Zöllen bei natürlichen Ressourcen im Vergleich zu anderen Export Sektoren. Laut den WTO Berichten treten Ausfuhrbeschränkungen jeglicher Art bei Rohstoffen doppelt so oft auf als Exportzölle bei anderen Sektoren. Genauer gesagt sind Ausfuhrzölle auf natürliche Ressourcen für ein Drittel der gesamten Exportzölle verantwortlich und das, obwohl sie weniger als ein Viertel aller relevanten Handels Sektoren ausmachen. (vgl. WTO 2010:116)

In Zahlen ausgedrückt ergibt sich daraus, dass etwa 24 Prozent des Handels aus Rohstoffen besteht und am häufigsten treten diese Zölle beim Handel mit

forstwirtschaftlichen Erzeugnissen und dem Handel mit Fisch auf. Mit ungefähr 15 bis 25 Prozent steht dieser zu Buche, der Welthandel mit Brennstoffen und Bergbauprodukten mit fünf bis zehn Prozent. In Summe sind elf Prozent des Welthandels mit natürlichen Ressourcen von Ausfuhrsteuern betroffen. (vgl. ebd.: 11) Des Weiteren sieht man bei den Ergebnissen der TPRs, dass seit dem Jahr 1994 131 Länder untersucht wurden, 72 dieser Länder, also 55 Prozent arbeiten mit dem Instrument der Ausfuhrzölle. Unter den 72 Nationen befinden sich elf Prozent welche als „high income economies“ bezeichnet werden, 18 Prozent als „middle income“, 35 Prozent als „lower middle income“ und 36 Prozent der untersuchten Länder als „low income economies“. 32 der 72 untersuchten Nationen erheben Ausfuhrsteuern auf Rohstoffe, die meisten davon betreffen Zucker, Kaffee, Kakao, forstwirtschaftliche Erzeugnisse, Fischereiprodukte, Mineralien, Metalle und auch Leder, Felle und Tierhäute. (vgl. Bonarriva 2009:11)

Die Theorie bestätigt sich bis hier hin noch nicht. Wenn man die interdependenzielle Annahme des Institutionalismus betrachtet, besagt diese, dass internationale Politik nicht zu einseitigen Abhängigkeitsbeziehungen führt, sondern eine gegenseitige Abhängigkeit fördert. (vgl. Gu 2000: 76f.)

Diese ist vielleicht gegeben, wie man daran gesehen hat, dass Industrieländer von Rohstoffen der unterentwickelten Welt abhängig sind und diese Entwicklungsländer umgekehrt von der westlichen Welt. Jedoch ist die Abhängigkeit der Entwicklungsländer ungleich größer als umgekehrt. Das wird sich später bei expliziteren Beispielen noch verdeutlichen.

6.1 Ausfuhrsteuern und ihre Vorteile

Der Handel von Staaten und ihre damit verbundenen Rechte und Pflichten sind durch den Artikel XVII des GATT 1994 geregelt. Die WTO akzeptiert ebenso in ihrer Politik und Regelung, dass im Rahmen aller möglichen Exportbeschränkungen, Ausfuhrsteuern den besten und am wenigsten schädlichen Exportkontrollmechanismus darstellen, wenn man sie mit allen anderen möglichen Kontrollmechanismen vergleicht. Sie sind transparent, sie sind einfach zu handhaben, bürokratisch unkompliziert und was vielleicht für die betroffenen Länder am wichtigsten ist, sie generieren Einnahmen für den Staat. (vgl. Bonarriva 2009:16)

6.2 Ausgewählte Länder und deren Ausfuhrsteuern

In Ghana erhebt man zum Beispiel auf Kakao und Kohlenwasserstoff Ausfuhrsteuern, diese werden durch das Finanzministerium bestimmt. So beträgt die Rate für beispielsweise Kohlenwasserstoff US\$ 0.09 pro Liter für Kerosin und Flugzeugkraftstoff und US\$ 0.03 pro Liter für Gasöl. Zölle auf Holz sind seit dem Jahr 2005 verboten, so kommt es auch, dass die staatlichen Steuereinnahmen auf Exporte im Zeitraum von 1998 bis 2005 von 11,4 Prozent auf 2,3 Prozent gesunken sind. Für eine weitere Reihe von Produkten werden Ausfuhrgenehmigungen und Bescheinigungen benötigt. (vgl. WTO-TPR 2008:33f.)

In Namibia muss man eine zehnprozentige Steuer auf Exporte von unverarbeiteten Diamanten zahlen. 60 Prozent kommen auf unverarbeitete Felle und Häute, wohingegen für bereits verarbeitete Felle und Häute nur noch 15 Prozent fällig sind. Des Weiteren wird auf Vieh wie Schafe, Rinder und Ziegen eine Steuer pro Stück erhoben. In Zahlen muss man in etwa für schlachtfertiges Rind N\$ 39,50 pro Kopf zahlen, worin bereits die jeweiligen Steuern enthalten sind. (vgl. WTO-TPR 2009:229f.)

Mozambique erhebt eine Ausfuhrsteuer zwischen 18 und 22 Prozent auf rohe Cashewnüsse, diese wird vom Cashew Institut INCAJU bestimmt und beträgt seit dem Jahr 2003 18 Prozent. Obwohl es außerdem keine weiteren spezifischen Exportsteuern gibt, unterliegen einige Güter, welche ausschließlich für den Export gedacht sind, gewissen Gebühren. Solche sind beispielsweise Baumwolle,

Fischereiprodukte, forstwirtschaftliche Erzeugnisse und Bergbauprodukte. Um diese Produktgruppen exportieren zu können ist eine Lizenz erforderlich, so verlangt man etwa auf unverarbeitetes Holz eine Gebühr, welche jedoch um 25 Prozent gesenkt wird, wenn das Holz bereits im Land verarbeitet wurde. Es gibt auch gewisse Holzprodukte die vom Export ausgeschlossen sind, da sie der örtlichen Industrie vorbehalten sind, dies gilt aber nicht für unverarbeitete Tropenhölzer wie Eben- und Rosenholz. Abschließend kann man sagen, dass es in Mozambique seit dem Jahr 2001 keine großen Veränderungen im Bereich der Ausfuhrzölle oder quantitativen Beschränkungen gegeben hat. (vgl. WTO-TPR 2009:41)

Interessant ist auch ein Einblick in die gesamten Einkünfte, die manche Länder aus Ausfuhrsteuern generieren. Wenn man sich Brasilien ansieht, sieht man für das Jahr 2006 eine totale Einnahme von 42 Millionen Real, umgerechnet US\$ 25,3. Im Jahr darauf gibt es einen Anstieg auf US\$ 36,3 Millionen. (vgl. WTO-TPR 2009:59f.) Die Dominikanische Republik hat beispielsweise im Jahr 2004 eine Steuer von fünf Prozent auf Bruttoeinkünfte für alle Exporte aus jeglichen Waren oder Dienstleistungen eingefordert und zwar für den kurzen Zeitraum von sechs Monaten, trotz kurzer Dauer führte die Maßnahme zu umgerechnet US\$ 31 Millionen. (vgl. WTO-TPR 2008:50f.)

Wie im vorherigen Teil schon erwähnt, hat auch Ghana Ausfuhrsteuern auf den Export einiger Produkte eingeführt, die gesamten Einkünfte aus dem Kakao Export führten im Jahr 2005/06 zu Einkünften in Höhe von US\$ 65 Millionen. Allerdings verringerte sich der Anteil der Ausfuhrsteuern an den totalen Haushaltseinnahmen vom Jahr 1998 von 11,4 Prozent auf 2,3 Prozent im Jahr 2005. (vgl. WTO-TPR 2008:33f.)

Guyana hat Durchschnittseinnahmen in den Jahren zwischen 2003 und 2008 von US\$ 9,3 Millionen. (vgl. WTO-TPR 2009:39)

Für den Inselstaat der Salomonen bedeuten die Einnahmen aus Ausfuhrsteuern rund 18 Prozent der gesamten Staatseinnahmen und werden daher von der Regierung als besonders wichtig angesehen, wenn es darum geht die Einkünfte zu steigern um die heimische Wirtschaft anzukurbeln und die Umwelt zu schützen. (vgl. WTO-TPR 2009:34)

6.3 Schutz junger Industrien durch Zölle

Man erkennt anhand der Zahlen der bis hierhin aufgelisteten Beispiele schon, dass es für viele Länder, besonders für die der am wenigsten entwickelten, besonders wichtig ist, über das Instrument der Ausfuhrsteuern zu verfügen.

Sie stellen nämlich eine wichtige Einnahmequelle dar, da sie einerseits leichter zu verwalten und einzutreiben sind, als andere kompliziertere Formen der Besteuerung wie Einkommens-, oder Grundsteuern. Für Entwicklungsländer gibt es verschiedene Gründe, warum Exportsteuern verlangt werden. (vgl. Bonarriva 2009:3f.) Wenn man sich die Daten und Fakten aus der Perspektive der Dependenztheoretiker ansieht, erkennt man, welch großen Einfluss Ausfuhrzölle haben können. Für solch junge Industrien, wie in den vorangegangenen Beispielen gezeigt, offenbart sich in der Theorie, dass es durch den Wegfall dieser zusätzlichen Einnahmen zu einem großen Entwicklungseinbruch kommen kann. Es würde sich nur die Theorie bestätigen, dass die westlichen Industrienationen die historisch gewachsenen Asymmetrien beibehalten wollen und die Rohstoffproduzenten daran hindern aus diesem Kreislauf auszubrechen(vgl. Nohlen 1980:88) Viele Nationen haben aber erkannt, dass man als reiner Rohstoffproduzent und Lieferant dieser, weniger oder langsameren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel und Entwicklung schafft. Von daher ist es wichtig, die eigene Ökonomie zu diversifizieren, um konkurrenzfähiger zu werden. Somit benötigt man die zusätzlichen Einnahmen aus den Ausfuhrsteuern um neue Anreize für die einheimische Industrie schaffen zu können, anstatt die Zahl der Exporte einfach nur zu vergrößern. Der Nutzen, den Ausfuhrsteuern mit sich bringen, ist daher enorm wichtig für neu entstehende verarbeitende oder nachgelagerte Industrien. Die Steuern haben nämlich den Effekt, den Preis von Vorprodukten auf dem Binnenmarkt zu verringern. Es entsteht daher ein wirtschaftlicher Anreiz in lokale, einheimische Industrien zu investieren, diese aufzubauen um dann später wertvollere Exporte und neue Arbeitsplätze zu schaffen und damit eine neue nachhaltige Quelle für Staatseinkünfte zu schaffen. (vgl. Bonarriva 2009:3f.) Durch diese Instrumente wäre es also für die Entwicklungsländer möglich, langsam aus der, wie sie Cardoso benennt, strukturellen Abhängigkeit herauszukommen. Denn die bestehende Abhängigkeit zu Lasten der schwachen Länder würde so vermindert werden. Man kann sich durch das stärken der eigenen Wirtschaft und Diversifizierung dieser, emanzipieren. Die, aufgrund der Notwendigkeit

ausländischen Kapitals, aufgezwungenen Produktionsweisen können abgeschafft und neu gestaltet werden, da man durch zusätzliche Einnahmen selbst agieren kann und nicht mehr auf Forderungen der Industrienationen reagieren muss. (vgl. Filzmaier 2006:132) Ein WTO Bericht besagt, dass Ausfuhrsteuern eine gute Methode sind um junge Industrien aufzubauen, da die verarbeitende Industrie von niedrigen Preisen der Vorprodukte profitiere, aber gleichzeitig auf dem internationalen Markt an Wettbewerbsfähigkeit gewinnt und daher größer wird. Um ein Beispiel anzuführen, wenn man Ausfuhrsteuern auf Kaffee erhebt, bedeutet das, dass sein Preis am heimischen Markt sinkt, was gleichzeitig seine Nachfrage im Inland steigen lässt. Gleichzeitig kann es auch bedeuten, dass Kaffeemaschinen Hersteller und die daran beteiligte Industrie ebenso mehr Gewinn erzielen und wachsen können. Schließlich bedeutet das, dass die produzierende Industrie Gewinne aus den niedrigen Preisen erzielt, dadurch wettbewerbsfähiger wird und am Weltmarkt seine Position stärken und daraus profitieren kann. Im besten Fall schaffen Ausfuhrsteuern in diesem Beispiel eine Situation, in der Regierungsprogramme gefördert und finanziert werden können und die Gewinne an die Konsumenten und die einheimische Wirtschaft weitergegeben werden können. (vgl. Piermartini 2004:4f.) Die nachfolgenden Beispiele zeigen wie wichtig es ist, aus der strukturellen Abhängigkeit auszubrechen, denn ansonsten kommt es zusätzlich zur externen Abhängigkeit noch zu struktureller Heterogenität und Abhängigkeit im Landesinneren. Die Zentren können vom Export profitieren, doch die Peripherie verfällt in traditionelle, schwächere Sektoren und es findet keine Entwicklung mehr statt. Einen Ausweg aus dieser Situation können Ausfuhrzölle bieten. (vgl. Filzmaier 2006:132)

Als ein gutes Beispiel für solch eine Politik kann man Botsuana nennen, das durch Bergbau den größten Beitrag zur Entwicklung des Landes geschaffen haben, indem die Regierung den Export von nichtverarbeiteten Halbedelsteinen verboten hat, um sicherzugehen, dass der Prozess der Verarbeitung von einheimischen Industrien erbracht wird. (vgl. WTO-TPR 2009: 92)

Botsuana ist jedoch nicht das einzige Land das so seine Industrie schützt und fördert. Südafrika erhebt ebenso eine Ausfuhrsteuer auf Rohdiamanten, um somit die Verarbeitung im eigenen Land zu ermöglichen und dadurch die Wirtschaft zu fördern, Arbeitsplätze zu schaffen und diese auch zu halten. (vgl. WTO-TPR 2009: 316)

Der temporäre Schutz der noch jungen rohstoffverarbeitenden Industrien verschafft den betroffenen Ländern einen komparativen Wettbewerbsvorteil. In diesem Fall bedeutet das, dass Ausfuhrsteuern auf Primärprodukte als indirekte Subvention für die Industrie dienen und ihnen ermöglichen, während des Prozesses der Verarbeitung und Schaffung der Produkte, einen höheren Mehrwert zu schaffen. Für Entwicklungsländer die bis dahin stark abhängig vom Export diverser Rohstoffe waren, ist es ein wichtiger Schritt in diese Richtung zu gehen, wenn sie von ihrer Rohstoff-Exportabhängigkeit loskommen wollen. Denn als klassischer Rohstoffexporteur wird man immer hinter Ländern bleiben, die verarbeitete, hochwertigere Produkte am Weltmarkt anbieten, da man so in seiner Produktionsstruktur gefangen bleibt, in der hohe Wachstumsraten auf Dauer kaum, oder gar nicht möglich sind. Das Problem in diesem Fall ist aber, dass nur die wenigsten Entwicklungsländer es schaffen sich aus diesem Kreislauf und dem reinen Rohstofflieferantendasein zu befreien. Wenn man sich die Daten und Fakten anhand des Beispiels Kakao ansieht, erkennt man, dass etwa 70 Prozent des am Weltmarkt gehandelten Kakaos in afrikanischen Ländern angebaut wird. Andererseits werden aber nur in etwa 15 Prozent des dort angebauten Produkts, vor Ort von der lokalen Industrie weiterverarbeitet. Dem gegenüber stehen 52 Prozent, die in den USA und in Europa weiterveredelt werden. (vgl. Jäger 2010:16f.)

Wenn also den rohstoffreichen Entwicklungsländern die Möglichkeit genommen wird, unter anderem Ausfuhrzölle einzuheben, um die eigene Wirtschaft zu fördern und davon wegzukommen, ein reiner Rohstofflieferant zu sein der von Abnehmern und den Weltmarktpreisen abhängig ist, spiegelt das die dependenztheoretischen Ansätze wider. Denn die Dependenz zeigt das ungleiche Verhältnis zwischen verschiedenen Volkswirtschaften. Die einen, wie in diesem Beispiel die Rohstoffproduzenten, sind abhängig wenn ihre gesamte sozioökonomische Entwicklung durch äußere Einflüsse bestimmt wird, sie aber gleichzeitig keinen solchen Einfluss auf externe Partner ausüben können. Durch das Verbot von Ausfuhrzöllen nimmt man ihnen die Möglichkeit die eigene Wirtschaft zu diversifizieren und ermöglicht gleichzeitig hoch entwickelten Ländern, eine Beherrschung der Entwicklungsländer. (vgl. Kolland 2006:93)

Es gibt also nur einige wenige afrikanische Länder wie zum Beispiel Südafrika, die es geschafft haben, selbst Rohstoffe weiterzuverarbeiten und somit Produkte mit einem höheren Wertschöpfungsgrad zu produzieren. Im Fall von Südafrika ist die Palette an Produkten breit, von Kühlschränken bis zu Fruchtsäften oder Wein. Es zeigt sich auch, dass die Abhängigkeit von Rohstoffexporten oft eng mit großer Armut und Staatsverschuldung verknüpft ist. Hoch verschuldete Länder haben daher einen 83 Prozentigen Anteil bei Exporten, der rein aus unverarbeiteten Rohstoffen besteht. Dazu kommt, dass es für unverarbeitete Güter am Weltmarkt eine stetig wachsende Preisvolatilität gibt. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe und Ursachen, ebenso Unterschiede zwischen Ländern und Produktgruppen, dennoch gibt es immer auch starke Schwankungen. (vgl. UNCTAD 2008:38f.)

6.4 Terms of trade

Wenn man sich die Frage stellt, ob Ausfuhrsteuern ein gutes Mittel sind um die heimischen Preise zu stabilisieren, eine Verbesserung der Ressourcenvergabe zu schaffen, das Einkommen gerecht zu verteilen und um die Staatssteuerkasse zu füllen, lohnt es sich, einen Blick auf die Terms of Trade zu werfen und sich die Frage zu stellen, ob Exportzölle und Steuern einen positiven Einfluss auf die Entwicklung der Terms of Trade von Entwicklungsländern haben? Für diese Betrachtung gibt es zwei Möglichkeiten. Die eine ist, wenn ein Land am internationalen Markt die Vorherrschaft, also das Monopol auf eine bestimmte Ressource besitzt, kann eine Ausfuhrsteuer auf das betreffende Produkt die terms of trade zu Gunsten des exportierenden Landes verbessern. Denn durch dieses Vorgehen verringert sich der inländische Preis, da es durch die Ausfuhrsteuern zu einem größeren Angebot bei gleichzeitig kleiner werdenden Ausfuhren kommt. Das bedeutet also, dass ein großes Land durch Zölle auf Exporte den Weltmarktpreis des zu steuernden Produkts erhöht und durch dieses Vorgehen erhöht sich gleichzeitig der relative Preis von Exporten im Vergleich zu den Importen des Landes. So sieht man, dass man für jede Einheit die exportiert wird, für das Entwicklungsland die Möglichkeit schafft, mehr zu importieren und dadurch Wohlstand zu generieren. Aber dieses Beispiel zeigt auch, dass es nur einem großen, am Weltmarkt relevanten Land hilft, seine terms of trade mittels Ausfuhrsteuern zu verbessern. Für den Fall einer kleinen Nation, wie für die meisten rohstoffexportierenden Entwicklungsländer, sieht es schon anders aus. Denn das Exportvolumen der meisten armen Länder macht nur einen geringen Teil des gesamten Welthandels eines spezifischen Produktes aus. In diesem Fall wird der Weltmarktpreis fast überhaupt nicht beeinflusst oder positiv verändert, daher kann sich auch deren Handelsbilanz nicht deutlich nach oben bewegen, hin zu einem größeren Plus. Um also für kleine Exportnationen einen entscheidenden Vorteil durch Exportzölle zu erzielen, im Hinblick auf eine Verbesserung der terms of trade, ist es notwendig sich mit anderen Nationen zusammenzuschließen, um den Preis eines Guts am Weltmarkt so zu beeinflussen, dass er konstant bleibt. Damit ist aber noch nicht genug getan, denn in den letzten Dekaden gab es öfters diesen Versuch auf Seiten der Entwicklungsländer, die sich genau deswegen zusammengeschlossen haben, um positive Entwicklungen zu fördern. Jedoch sind viele von diesen Bündern daran gescheitert, dass sie es nicht geschafft haben über eine längere Zeitperiode

zusammenzubleiben und ihr Vorhaben geschlossen und konsequent weiterzuführen. Das heißt, dass ein solcher Zusammenschluss verschiedener Entwicklungsländer gut organisiert und dauerhaft angelegt werden muss, um jedem der Teilnehmer Vorteile zu verschaffen. Ein weiteres wichtiges Faktum die gescheiterten Zusammenschlüssen betreffend ist, dass sie sich keine Verbesserung der terms of trade durch Ausfuhrsteuern verschaffen wollten, sondern durch Exporteinschränkungen eine künstliche Knappheit schaffen wollten. Also kann die Alternative der Ausfuhrsteuern, wenn man effizient zusammenarbeitet eine Verbesserung der Außenhandelsbilanz selbst für kleinere Länder ermöglichen. (vgl. Piermartini 2004:7)

Man kann Ausfuhrsteuer aber andererseits auch als eine Reaktion der rohstoffproduzierenden Entwicklungsländer auf die Finanzpolitiken der westlichen Welt sehen. So sind sie eine Antwort auf durch Industrieländer durchgeführte Tarifeskalationen. Tarifeskalation bedeutet, dass weiterverarbeitete Produkte deutlich höher verzollt werden als reine Rohstoffe. Diese Vorgangsweise vieler Industrieländer führt dazu, dass sich für viele Entwicklungsländer eine Weiterverarbeitung der abgebauten Rohstoffe im eigenen Land nicht mehr auszahlt. Dadurch wird die Gründung einer dortigen, gut funktionierenden und vielfältigen Industrie verhindert, ebenso wie die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dadurch sind sie gezwungen, weiterhin nur Rohstoffe zu exportieren und daher nur kleine Exporterlöse zu erwirtschaften. In diesen Fällen ist eine Abschaffung von Tarifeskalationen durch Industrieländer ein erster und wichtiger Schritt um eine Entwicklung der Ökonomien der Entwicklungsländer zu ermöglichen. Diese Abschaffung in Kombination mit Ausfuhrzöllen auf Rohstoffe ermöglicht eine Diversifizierung der lokalen Industrie und eine Entwicklung der weiterverarbeitenden Unternehmen. (vgl. ebd.:12f.)

6.5 Die Nachteile von Exportzöllen

Man sieht anhand dieser Beispiele aber auch, dass es nicht automatisch zu einer gesamtgesellschaftlichen, positiven Entwicklung kommt, wenn man Ausfuhrsteuern anwendet. Sie sind daher kein allgemeingültiges Patentrezept. Es zeigen sich meist beide Seiten einer Medaille. Ausfuhrsteuern können positive Auswirkungen haben, aber auch negative ökologische Folgewirkungen entfalten. Für den Fall eines nicht nachhaltigen Vorhabens, welches schon im Kern nicht richtig funktioniert und daher der Wirtschaft schadet, werden Exportzölle negative Auswirkungen haben. Als weiteres Beispiel können Ausfuhrsteuern die lokalen Preise von Rohstoffen wie Holzstämmen, oder Mineralien verringern. Das kann dazu führen, dass es zu einer vermehrten Nachfrage und Verwendung dieser Stoffe kommt, da sie einerseits billig sind, andererseits können die geringen Preise dazu führen, dass die Erlöse plötzlich deutlich geringer ausfallen und dadurch eine verringerte Nutzung bewirken. Ein anderes Beispiel für negative Folgen kann im forstwirtschaftlichen Sektor dazu führen, dass die Holzverarbeitung so weit geht, dass es zu einer verstärkten und vielleicht zu intensiven Abholzung der Wälder beiträgt, was auf lange Sicht für Flora und Fauna, aber auch für den Mensch schlimme Folgen mit sich bringen kann. (vgl. Piermartini 2004:12) Diese negativen Auswirkungen müssten vor dem Hintergrund der interdependenziellen Annahme des Institutionalismus leicht zu verhindern sein, denn wenn sich die Annahme bestätigt, dass durch gegenseitige Abhängigkeiten Probleme einiger Nationen gemeinsam gelöst werden, muss es für diesen Fall auch gemeinschaftliche Lösungen geben. Denn wenn wie in diesem Fall Ausfuhrsteuern gewisse Risiken mit sich bringen, besagt die Theorie, dass die aus diesen Sektoren entstehenden Kosten und Risiken durch die gemeinsame Kooperation vermindert werden würden. In Wirklichkeit zeigt sich jedoch genau das Gegenteil. Denn die gemeinsame Abhängigkeit voneinander ist inhomogen. Schon aufgrund der Tatsache, dass Ausfuhrsteuern ein nicht zu akzeptierendes Instrument für die Industrienationen darstellen, entsteht keine solche kooperative Politik und daher führt dies zu weiteren Problemen auf Seiten der Entwicklungsländer. (vgl. Gu 2000: 76f.) Das angesprochene Problem in solchen Fällen ist, dass es neben der fehlenden Unterstützung aus dem Westen auch eine klare Leitlinie und Politik in den produzierenden Rohstoffnationen geben muss um die eigene Umwelt vor nachhaltigen Schäden zu schützen. Wenn Ausfuhrsteuern als Nebenprodukt zu

gesteigerten Einnahmen auch noch die Umwelt schützen sollen, muss man dies klar reglementieren. Denn Einschränkungen im Export haben natürlich Auswirkungen auf das Exportvolumen und der Erfolg solcher Maßnahmen hängt dann auch davon ab, ob diese Beschränkungen auch tatsächlich zu einem niedrigeren Produktions- und Abbauvolumen führen. Daher sollte man, um die Ziele des Umweltschutzes zu erreichen, auch die Produktionspolitik verändern und nicht nur darauf setzen dass Ausfuhrbeschränkungen alleine alles zum Guten wenden werden. Man kann also, wenn man diese Tatsachen berücksichtigt, nicht einfach so davon sprechen, dass Ausfuhrsteuern automatisch zu einer gesamtgesellschaftlichen Verbesserung führen. Um eine wirkliche Entwicklung in Entwicklungsländern voranzutreiben, ist es wichtig, mit dem Instrument der Ausfuhrsteuern eine Strategie zu finden, die zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung beiträgt, im industriellen Bereich aber ebenso gleichzeitig die Umwelt schützt. (vgl. World Trade Report 2010:127,164) Es ist aber nicht so, dass Staaten zur Gänze allein dastehen, denn wie es in der funktionalistischen Annahme bereits heißt, werden internationale Beziehungen mit fortschreitender Modernisierung immer komplexer und lösen sich zum Teil auch von staatlichen Organisationen ab. So gibt es eben viele internationale und nationale Nichtregierungs-Organisationen, die sich beim Auftreten der angeführten Probleme im Rahmen ihrer Möglichkeiten für eine Verbesserung der kritischen Zustände einsetzen. So gibt es viele Umwelt Ngo's die sich für den Schutz eben dieser einsetzen und Lösungsstrategien mitentwickeln. Genau so setzt sich unter anderem die ILO (International Labour Organization) im Kampf gegen Kinderarbeit oder andere arbeitsrechtlichen Missstände ein. (vgl. Gu 2000:79)

Es gibt auch noch andere Möglichkeiten wie sich Ausfuhrsteuern negativ auf die Entwicklung eines Landes auswirken können. So kann es dazu führen, dass Exportbeschränkungen und Zölle in manchen Nationen zu korruptem Verhalten führen und sich dieses darin äußert, dass Politiker und sonstige mächtige Persönlichkeiten zum Beispiel gewisse Unternehmen und Sektoren schützen um diesen einen unfairen Vorteil gegenüber der Konkurrenz zu verschaffen. Die Theorie des Institutionalismus bestätigt sich in diesem Fall, (vgl. Gärtner 2005:61) da es ein ausgesprochenes Ziel der europäischen Handelspolitik ist, in ihren Partnerländern Strukturen zu schaffen, die frei von Korruption und Intransparenz sind, da sie nicht

nur das Handels- und Investitionsklima behindern, sondern auch einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung im Weg stehen. (vgl. Kommission 2011/25:16f.) Ebenso könnten rohstoffproduzierende Unternehmen durch eine Exportpolitik, die durch Ausfuhrsteuern geregelt ist, möglicherweise benachteiligt werden, wenn Zölle den Preis eines Produktes auf dem Binnenmarkt verringern und gleichzeitig jene inländischen Produzenten subventionieren, die dieses Gut als Rohstoff verwenden. Das hat natürlich zur Folge, dass es gleichzeitig bei Vorteilen für die weiterverarbeitende Industrie, Nachteile für die rohstoffgewinnenden Unternehmen gibt. Es kommt zu einem Einkommensverlust auf deren Seite, da sie von den geringeren Preisen bei gleichem, oder sogar geringerem Absatz nicht mehr profitieren können, außer es kommt durch die Regierung zu Subventionen und Maßnahmen die ihre Verluste ausgleichen oder kompensieren können. Man sieht also, dass es durch Ausfuhrsteuern auch starke Tendenzen geben kann, eine Asymmetrie im eigenen Land zu schaffen und die Verteilung von Einkommen einseitig zu gestalten. (vgl. Piermartini 2004:12)

Die weiteren Auswirkungen von Ausfuhrsteuern auf die Gesellschaft hängen also von den politischen Ideen und Strategien ab. Die Frage wie Gewinne der verarbeitenden Industrie sich zu den niedrigeren Einnahmen der Rohstoffproduzenten entwickeln, ist ebenso entscheidend wie die Frage danach, wie die Regierung die neu entstanden Einnahmen aus den Steuern investiert. Denn wie in den vorherigen Punkten schon angesprochen reichen Ausfuhrzölle allein nicht aus um eine Diversifizierung der einheimischen Ökonomie zu fördern. Entscheidend ist das Zusammenspiel dieser mit den andern politischen Maßnahmen, die getätigt werden. Trotzdem muss festgehalten werden, dass Ausfuhrsteuern ein sehr wichtiges Instrument sein können und, dass Entwicklungsländern nicht ihr Recht darauf genommen werden darf diese Exportzölle als Mittel für Entwicklung zu benutzen, denn es zeigt sich in der Literatur und auch in praktischen Beispielen welche positiven Entwicklungen durch solche Maßnahmen möglich sind. (vgl. Jäger 2010:19)

6.6 Freihandelsabkommen als Unterdrückungsmechanismus

Für viele Organisationen, ob Regierungs- oder Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaftlerinnen oder internationalen Organisationen sind Economic Partnership Agreements ein fragwürdiges Instrument. Doch besonders die Regierungen der betroffenen Entwicklungsländer und die UN-Wirtschaftskommission für Afrika, kurz UNECA, sind der Meinung, dass EPAs und andere Freihandelsabkommen kritisch zu betrachten sind, da sie einige schwerwiegende Probleme enthalten. (vgl. Jäger 2010:12)

Wie in den vorherigen Kapiteln bereits erwähnt, bildet das Cotonou-Abkommen im Zusammenspiel mit dem WTO-Regelwerk die Basis der neuen Wirtschaftsabkommen. Jedoch sollen EPAs keine reinen Freihandelsabkommen sein, sondern vielmehr eine starke Entwicklungskomponente beinhalten und sich nach den besonderen Bedürfnissen der, in diesem Fall, AKP-Staaten und der Least Developed Countries richten. Seit dem Jahr 2007 sind AKP-Staaten aber gezwungen gewesen, vorläufige Interimsabkommen zu unterzeichnen um den Zugang zum europäischen Markt nicht zu verlieren. Das langfristige Ziel aber ist es, diese vorläufigen Dokumente durch EPAs zu ersetzen. Die ersten mit denen ein solches Abkommen beschlossen wurde, waren die Länder der Karibik-Region. (vgl. Wildner 2011:5) (Dieser Zwang, die EPA's zu unterzeichnen bestätigt erneut den theoretischen Dependenzansatz. Es wird durch die ökonomisch überlegenen Industrienationen verlangt, dass die am wenigsten entwickelten Länder Strukturen beibehalten, die den wirtschaftlichen Erfolg des Westens garantierten. Die geschaffenen Strukturen sollen auf jeden Fall beibehalten und das ökonomische Ungleichgewicht zwischen diesen Partnern noch verstärkt werden. Die durch den Westen geschaffenen Marktbeziehungen sollen erhalten bleiben, als Gegenleistung bekommen Entwicklungsländer jedoch nicht annähernd das, was von ihnen verlangt wird. (vgl. Nohlen 1980:88)

Denn die Forderungen, die die EU an die Entwicklungsländer stellt, sind immens. So verlangt die Kommission, dass die Staaten sich dazu verpflichten, mindestens 80 Prozent ihres Handels mit der EU in den nächsten 15 Jahren zu liberalisieren. Die Auswirkungen einer solchen Verpflichtung können zu Verlusten an Arbeitsplätzen innerhalb des weiterverarbeitenden Industriesektors führen. Ebenso kann die Nahrungsmittelsicherheit gefährdet werden, wenn die lokalen Produzenten nicht

mehr mit den Importen aus dem Ausland konkurrieren können. Die zu unterzeichnenden Abkommen enthalten zwar einige wenige Schutzklauseln, welche eventuelle finanzielle Verluste wiedergut machen würde, jedoch die Unterzeichnung bedeuten, dass es zu einer gravierenden Zollsenkung käme, was auch einer der Hauptgründe ist, warum die am wenigsten entwickelten Länder, die EPAs, bisher zum Großteil noch nicht unterzeichnen wollten. Es zeigt sich wiederum, dass die least developed countries in eine weitere Abhängigkeit gegenüber dem Westen gedrängt werden, da ihnen die Instrumente um daraus auszubrechen, genommen werden. Wie es bereits in der Theorie heißt, wird ihre sozioökonomische Entwicklung zum Großteil von außen bestimmt, ohne dass sie selbst einen ähnlichen Einfluss auf ihre Partner ausüben können. (vgl. Kolland 2006:93)

Die Forderungen, die von Seiten der EU an die Entwicklungsländer gestellt werden und die Liberalisierungsverpflichtungen gehen weit über das hinaus was in der WTO vereinbart wurde und verlangt wird. EU-Handelskommissar Karel de Gucht verweist in einer Rede aus dem Jahr 2010 darauf, dass Europa an der Spitze stehe, wenn es darum geht Handelsliberalisierungen zuzulassen, die weit über das hinaus gehen was im Regelwerk der WTO möglich ist und fordere dies daher auch von den Partnerländern. Die Auswirkungen der EPAs auf Entwicklungsländer würden eine Integration von Dienstleistungen und den sogenannten Singapurthemen bedeuten. Diese beinhalten Investitionen, öffentliches Auftragswesen, Wettbewerbspolitik und Handelserleichterungen. Die Folgen dieser umfassenden Liberalisierung würden aber nur zu einem Profit der ausländischen Investoren führen. Daher wehren sich die Entwicklungsländer auch vehement dagegen, die Singapurthemen in den WTO Verhandlungen zu diskutieren und sie schließlich in die EPAs miteinzubeziehen.

Es lastet zum Teil immenser Druck auf den Regierungen der Entwicklungsländer, der durch die EU-Verhandlungsführer ausgeübt wird, um die eigenen Ziele zu erreichen. Es ist nicht so, dass es keine Alternativvorschläge von Seiten der Länder des Südens gäbe, diese werden aber in regelmäßigen Abständen von der EU abgelehnt. Der Wunsch eine Alternative zu den EPAs zu finden wird ebenso nicht berücksichtigt und schon gar nicht ernst genommen, obwohl dies eine völkerrechtliche Verpflichtung darstellt die in den Cotonou-Abkommen festgehalten wurde, welche eine Suche nach äquivalenten Alternativen fordern. Für einige Staatsoberhäupter wie zum Beispiel Ecuadors Präsident Correa, sind die Verhandlungen mit der EU über

Freihandelsabkommen mehr als nur einseitig. Aus diesen Gründen und auch aufgrund der Haltung der EU zu geistigem Eigentum und zur Privatisierung von Dienstleistungen, hat sich Boliviens Präsident Evo Morales erst gar nicht an den Verhandlungstisch mit der EU gesetzt. (vgl. Jäger 2010:12f.)

Das Problem ist, dass es, auch wenn es von der EU geplant ist, nicht automatisch zu einer wirtschaftlichen Entwicklung kommen kann, sobald die Tinte auf den Verträgen getrocknet ist. Eine solche Marktöffnung bedeutet für beispielsweise, die AKP Staaten ein weitaus größeres Risiko, während die EU kaum negative Effekte zu erwarten hätte. Die größten finanziellen Verluste entstehen durch die fehlenden Einnahmen durch Zölle, da ja der Güterhandel liberalisiert wird. Dieser Wegfall ist natürlich besonders dramatisch für Länder deren Staatshaushalt sehr stark von Importzöllen abhängig ist. Um es mit ein paar Zahlen zu veranschaulichen, sieht man bei den westafrikanischen Ländern wie zum Beispiel bei Gambia, dass 34 Prozent der Staatseinnahmen aus Importzöllen stammen, bei den Kapverden 25 Prozent, bei Senegal 18, bei Togo 17 und bei Ghana 16 Prozent. Falls diese Länder EPAs abschließen sollten, hätten sie einen Verlust von Staatseinnahmen, in Höhe von 22 Prozent im Fall von Gambia und 20 Prozent beispielsweise für die Kapverden.

Um diese Verluste einzuschränken hat die Gruppe Westafrika ein gemeinsames Entwicklungsprogramm PAPED geschaffen, welches mit EU-Hilfe finanziell aushelfen und fehlende Einnahmen kompensieren soll. Natürlich ist diese Methode nicht auf längere Sicht finanzierbar und so müssen die weggefallenen Zolleinnahmen durch Steuerreformen in den betroffenen Ländern ausgeglichen werden. Ein Mittel dafür ist zum Beispiel die Erhöhung der innerstaatlichen indirekten Besteuerung. Voraussetzung für das Gelingen solcher Pläne sind aber gut funktionierende Institutionen, die in Entwicklungsländern aber nicht immer vorhanden sind. (vgl. Wildner 2011:29)

Die Annahme der Institutionalsimustheorie besagt, dass rationale, egoistische Staaten die Fähigkeit besitzen, bei Abwesenheit von hegemonialer Macht auf Kooperation zu setzen, auch ohne äußeren Druck. Staaten sind laut Theorie daran interessiert, sich gegenseitig zu kontrollieren. Die Situation, dass ein Staat den anderen Staat mit Hilfe von Machtvorteilen erpresst, stellt sich nicht für Institutionalist, im Gegensatz zu Neorealisten, die einen weit negativeren Ansatz verfolgen. (vgl. Gu 2000:81)

Jedoch zeigen die Beispiele rund um die Verhandlungen um EPAs und die Verbote von Ausfuhrzöllen, dass sich die Theorie nicht bewahrheitet, da die Industrienationen, oder auch die EU ihre Vormachtstellung gegenüber den Entwicklungsländer ausnützen und sie quasi dazu zwingen, Maßnahmen nach ihren eigenen Vorstellungen zu treffen.

7. Länderbeispiele

7.1 Ausfuhrbeschränkungen in Argentinien

Da es in den letzten Jahren einen leichten Anstieg der Preise für Rohstoffe, wie Metalle oder Mineralien, auf dem Weltmarkt gab und gleichzeitig auch Beschränkungen auf Exporte dieser Produkte eingeführt wurden die deren Erwerb zusätzlich erschweren, stellt die Idee eines freien Handels mit Rohstoffen für viele Politiker und Wirtschaftspersönlichkeiten die Lösung dieses Problems dar. Warum aber beispielsweise Exportzölle und Ausfuhrsteuern sehr wichtig sind, hat die Regierung Argentiniens im Jahr 2009 auf einer Konferenz zum Thema Rohstoffe gezeigt. Die Gründe und Auslöser für Argentinien Ausfuhrzölle einzuführen sind vielfältig. Doch ausschlaggebend waren das Jahr 2002 und die Wirtschaftskrise, welche das Land damals erfasst hatte. Daraus lassen sich drei politische Ziele für Ausfuhrsteuern in Argentiniens Exportpolitik ableiten. Der erste wichtige Punkt ist die Konsolidierung des Haushaltes. Wie schon erwähnt wurde das Land am Anfang der 2000er Jahre von einer der schlimmsten Wirtschaftskrisen in der Geschichte des Landes erfasst, was zu einer dramatischen Abwertung der nationalen Währung führte. Nachdem also die Staatseinnahmen aus der Besteuerung von nationalen Einkommen und der Mehrwertsteuer aufgrund der Rezession deutlich zurückgingen, wurden Ausfuhrsteuern auf Exporte verwendet. Ein weiteres Ziel war es, die Folgen der Währungsabwertung auf die lokalen Lebensmittelpreise und damit auch gleichermaßen die realen Löhne aufzufangen und irgendwie auszugleichen, um eine wachsende Armut zu verhindern. Schließlich war es auch das Ziel, mittels Ausfuhrsteuern eine Möglichkeit zu schaffen, das Einkommen gerechter zu verteilen. Somit wurden zum Teil die Gewinne, die mittels Export und den damit verbundenen Einkünften aus Steuern eingenommen wurden, teilweise einbehalten und verteilt, was auch letzten Endes zu einer positiven Entwicklung geführt hat. (Es zeigt sich also, dass es für Argentinien durch den Einsatz diverser protektionistischer Mittel möglich war, aus einer schlimmen finanziellen Situation herauszukommen ohne in eine Abhängigkeit von den westlichen Industrienationen zu geraten. Es wurden keine Produktionsweisen initialisiert die nur zu einer Reproduktion der Abhängigkeit führen und rein auf der intensiven Ausbeutung der ArbeitnehmerInnen basieren. (vgl.

Filzmaier 2006:133) Es werden aber heute immer noch Ausfuhrsteuern durch die argentinische Regierung eingesetzt, die jedoch vielfältig sind. So gibt es zum Beispiel unterschiedliche Steuersätze. Es wird unterschieden zwischen Produkten, die bereits verarbeitet wurden und zwischen solchen, die noch als Vorprodukte gelten. Diese Vorprodukte werden höher besteuert um die lokalen, weiterverarbeitenden Produzenten vor Zolleskalationen auf den Exportmärkten zu schützen und Ausfälle zu kompensieren. Andererseits wird durch die niedrigeren einheimischen Preise der unverarbeiteten Produkte die Entwicklung eben dieser Industrie gefördert und sie dadurch konkurrenzfähiger gemacht. Die argentinische Regierung sieht Ausfuhrzölle aber nicht als optimales Werkzeug an, wenn es darum geht auf dem internationalen Markt mit Rohstoffen Vorteile zu erwirtschaften. Eine bessere Methode wäre, andere Nationen davon zu überzeugen, auf Zolleskalationen zu verzichten, oder diese zumindest zu verringern. (vgl. OECD 2010:2,6)

7.2 Kenias Lederindustrie

Die Fell- und Hautindustrie ist für Kenias Wirtschaft besonders wichtig. Mitte der 1980er Jahre gab es noch ungefähr 140 000 Beschäftigte Personen in diesem Wirtschaftszweig. Es gab außerdem circa 24 registrierte Gerbereien vom Ausmaß eines Mittel- bis Großunternehmens. Im Jahr 2005 sah die Situation schon beträchtlich anders aus. In der Zwischenzeit hatte sich die Zahl der Gerbereien auf nur mehr vier verringert. Das Arbeitsausmaß hatte sich ebenso stark vermindert und sank auf 30 Prozent der früheren Kapazität mit nur mehr 60 000 Angestellten. Bis zu den 1990er Jahren wurde bereits verarbeitetes Leder meistens an die heimische Lederindustrie geliefert. Die Situation jetzt ist aber ebenso anders, denn anstatt selbst verarbeitete Produkte zu exportieren, konzentriert sich der Export allein darauf unfertiges Leder, also unbehandelte Haut, nach Indien und Pakistan zu exportieren. Der traditionsreiche Schuhfabrikant Bata shoe factory musste nach über 50 Jahren im Geschäft seine Produktion erheblich drosseln und überlebt seit dem nur noch mit Unterstützung. Es ist zu befürchten, dass aufgrund fehlenden Schutzes in diesem Sektor die Situation noch dramatischer wird. (vgl. Eco News Africa 2005:32f.)

Das Problem ist, dass die Wertschöpfung aufgrund der Tatsache, dass die meisten Produkte unverarbeitet exportiert werden, sehr gering ist. Trotzdem produziert Kenia

mehr als zwei Millionen Felle die hauptsächlich von Rindern stammen und ungefähr vier Millionen Häute von vornehmlich Ziegen und Schafen. Dass sich die Situation seit den 1980er Jahren so negativ verändert hat, liegt an verschiedenen Entwicklungen. (vgl. Jäger 2010:19)

Ein wichtiger Grund war aber die Liberalisierung des Marktes. Mit dieser Öffnung der Märkte im Jahr 1993 kam es neben der Reduzierung des Einfuhrzolls auf Lederprodukte und Schuhe, auch zu einer riesigen Flut an billigen Importen, hauptsächlich aus Europa, die den kenianischen Markt überfluteten. So kam es auch, dass Kenias Zollsatz für Leder und Schuhe von 47,7 Prozent im Jahr 1994 auf nur noch 29,3 Prozent im Jahr 2001 gesunken ist. Zusammen mit den zehntausenden abgebauten Jobs ergibt sich daraus ein negativer Trend für die kenianische Industrie. Denn die Verluste betragen in Zahlen ungefähr 1,14 Milliarden Kenia Schilling, also umgerechnet US\$ 15,2 Millionen pro Jahr. (vgl. Eco News Africa 2005:33)

Um diese festgefahrene Situation und den negativen Trend der kenianischen Haut und Lederindustrie zu stoppen, hat die gegenwärtige kenianische Regierung einen Plan die Lederbranche zu entwickeln und konkurrenzfähiger zu gestalten. Diese Initiative entspringt dem kenianischen Programm „Vision 2030“ und soll eine nachhaltige Industrialisierung und Wertschöpfung in den für Kenia wichtigsten Sektoren, wie dem bereits angesprochenen Sektor der Lederindustrie, bringen. (vgl. Jäger 2010:19)

So kam es dazu, dass die kenianische Regierung im Jahr 2006 eine Ausfuhrsteuer auf unverarbeitete Häute und Felle in Höhe von 20 Prozent, oder zehn kenianische Schilling per Kilo, eingeführt hat, mit dem Ziel, die lokale Industrie aufzubauen, zu schützen und auch um sicherzustellen, dass unverarbeitetes Material im Land bleibt um hier in den lokalen Gerbereien die Beschäftigungszahlen wieder steigen zu lassen, wodurch die Nachfrage nach lokalen Produkten wieder steigt. Im Jahr darauf beschloss die Regierung den Steuersatz der Exportzölle sogar auf 40 Prozent, oder 20 kenianische Schilling per Kilo anzuheben. Gleichzeitig hat die Regierung für sich festgestellt, dass es von größter Notwendigkeit ist, die Umwelt und Nachhaltigkeit zu fördern und zu schützen, so hat man als einen kleinen Schritt beschlossen Plastiktaschen höher zu versteuern und dadurch den Verbrauch zu senken. (vgl. Kimunya 2007:31)

Diese verschiedenen Maßnahmen haben aber schon bald sichtbare Ergebnisse geliefert, die für die Nutzung von Ausfuhrsteuern als ein Entwicklung förderndes Instrument sprechen. So zeigt sich beispielsweise ein drastischer Rückgang des Exports von unverarbeiteten Fellen und Häuten und gleichermaßen ein drastischer Anstieg der inländischen Produktion und Weiterverarbeitung von Lederprodukten. Die von der kenianischen Regierung veröffentlichten Zahlen zeigen, dass seit der Einfuhr der Ausfuhrsteuern fast 98 Prozent der im eigenen Land produzierten Häute chromgegerbt sind, was so viel bedeutet wie, dass es Felle und Häute sind, die mit Gerbstoffen behandelt wurden, oder zu gebrauchsfertigem Leder verarbeitet wurden. Die Vergleichszahlen aus dem Jahr 2004 zeigen einen Anstieg von über 40 Prozent. Von der Gesamtzahl der produzierten Felle werden rund 96 Prozent bereits im Land chromgegerbt. Man sieht die positive Entwicklung trotz eines Produktionsrückganges. Denn die Zahlen zeigen, dass sich die Produktion von Häuten und Fellen im Jahr 2007 auf nur einem Sechstel des Niveaus des Jahres 2003 befindet. Gleichzeitig zeigen die Zahlen aber, dass sich die Produktion im eigenen Land in der Herstellung von gebrauchsfertigem Leder im selben Zeitraum von 2004 bis 2007 vervierfachte. Während in Kenia noch im Jahr 2003 nicht mehr als 5000 Tonnen und zwei Jahre danach 10 000 Tonnen produziert wurden, hat sich die Zahl im Jahr 2007 auf 20 000 Tonnen produziertes Leder erhöht. Man sieht also die Wichtigkeit die die Leder- Haut- und Fellindustrie in Kenias Gesamtnationaleinkommen einnimmt. Die Gesamteinkünfte belaufen sich laut von der Regierung veröffentlichten Zahlen, im Jahr 2005 auf 3,15 Milliarden kenianische Schilling, während im Jahr 2008 sogar bereits 4,02 Milliarden eingenommen wurden. Dies entspricht also einem Zuwachs von 870 Millionen KES, umgerechnet einem Zuwachs von acht Millionen Euro, beziehungsweise 21 Prozent. (vgl. Jäger 2010:20) Es kam insgesamt auch zu einer quantitativen Vergrößerung der Produktionsstätten. So stieg zum Beispiel die Zahl der in Kenia ansässigen Gerbereien von lediglich neun im Jahr 2005 auf zwölf im Jahr 2008. Doch nicht nur die Anzahl hat sich erhöht, die Auftragslage und Arbeitsintensität ist auch gestiegen. So erhöhte sich die Auslastung von circa 30 Prozent in den Jahren 2003/2004 auf insgesamt 70 Prozent in den Jahren 2007 und 2008. Zusätzlich erhöhte sich auch die Zahl jener Betriebe welche Schuhe, Lederwaren und ähnliche Produkte in Heimarbeit produzieren ebenfalls von 17 im Jahr 2005 auf 24 im Jahr 2008. Diesen Heimbetrieben

verdanken auch tausende von Arbeitern ihren Arbeitsplatz. Nach Schätzungen von Oxfam, die auf Grund von eigenen Untersuchungen zu den Auswirkungen der Ausfuhrzölle in Kenia zu diesem Ergebnis gekommen sind, wurden eben seit dieser Exportzoll-Einführung ungefähr 1000 direkte und circa 6000 indirekte Arbeitsplätze geschaffen. Aber damit ist es noch nicht genug, denn zusätzlich zu diesen neu geschaffenen Jobs stiegen die Einkommen für etwa weitere 40 000 ArbeiterInnen in den benachbarten Industrien, die durch den Aufschwung der Leder- Haut- und Fellindustrie ebenso profitieren konnten. Wenn man den gesamten Einkommenszuwachs grob schätzen müsste, der durch die direkt und indirekt beschäftigten ArbeiterInnen der Lederindustrie entstanden ist, so belaufen sich die Zahlen auf ungefähr 195 Millionen kenianische Schilling pro Monat, also auf einen Gesamtjahreszuwachs von 2,34 Milliarden KES und umgerechnet 22 Millionen Euro pro Jahr.(vgl. ebd.:20)

Dieser wirtschaftliche und finanzielle Aufschwung ermöglicht es Kenia, eingenommenes Geld wieder zu investieren. So hat es in den letzten Jahren Investitionen in Höhe von 1,6 Millionen Euro gegeben, um in ländlicheren Gegenden zwischen fünf und sieben mittelgroße Gerbereien zu errichten. Die Idee, die dahinter steckt ist, dass diese Betriebe von dort ansässigen lokalen Unternehmen oder Gruppen organisiert und geführt werden, um ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Unternehmen weg von einer reinen Rohproduktion hin zu einer Leder verarbeitenden Industrie zu entwickeln. Das Ziel ist außerdem, dass mit Hilfe und Unterstützung des Leather Development Council diese Betriebe dazu beitragen sollen, Arbeitsplätze zu schaffen, Einkommen zu garantieren und die Lederindustrie zu fördern. Es sind zwar relativ kleine Geldbeträge die investiert werden, aber es ist eines der ersten Male überhaupt, dass Kenias Regierung erwirtschaftetes Geld wieder in einen Sektor reinvestiert. Eine weitere positive Entwicklung in der Lederbranche ist, dass der Wettbewerb zwischen den verschiedenen Gerbereien im Land zugenommen hat und daher die Qualität der verarbeiteten Waren ebenso höher geworden ist und das bedeutet, dass der Preis dafür nicht gefallen ist. Gleichzeitig hat dieser Trend auch einen positiven Effekt auf Viehzüchter, die durch das große regionale Aufgebot an Gerbereien stets einen Abnehmer für ihre Häute und Felle finden. Außerdem ergibt sich die Möglichkeit am internationalen Markt ernst genommen zu werden und zu einer ernsthaften Konkurrenz für andere Anbieter zu werden. (vgl. Curtis 2010:5f.)

Das Potential für weiteres Wachstum in Kenias Lederindustrie ist eindeutig vorhanden. Die Regierung gibt an, dass eine Wertsteigerung die Haushaltseinnahmen mehr als verdoppeln könnte. Wenn man es schaffen würde das komplette Rohmaterial weiterzuverarbeiten und keine unverarbeiteten Rohstoffe mehr zu exportieren, könnten die Einkünfte bis zu 144 Millionen Euro betragen und eine Direktbeschäftigung für rund 10 000 Menschen schaffen. Anstatt auf billige Importe zu setzen, könnte man die eigene Schuhproduktionsindustrie vorantreiben um sie so konkurrenzfähig zu gestalten und lokale Strukturen zu fördern. Zumindest werden kleinere Sektoren bereits unterstützt. Zum Beispiel vergrößern sich die Betriebe die mit Hasenfell, Straußenhaut oder Krokodilleder produzieren, da es dafür auch genügend Nachfrage auf dem internationalen Markt gibt. (vgl. Curtis 2010:5ff.) Das Beispiel der kenianischen Leder-, Haut- und Fellindustrie dient auch als Vorbild für andere ostafrikanische Länder. So könnten diese ebenso von einer Expansion ihrer Lederindustrie profitieren, ähnlich wie Kenia. Kenias dafür zuständiger Minister vom Livestock Development gibt an, dass die Industrie in Ostafrika 870 Millionen Euro verdienen könnte. Seinen Berechnungen zu Folge verliert die Region jährlich 4,5 Millionen Rinder und 14 Millionen Ziegen und Schafe in Anbetracht des Wertverlustes den man durch den Export von unverarbeiteten Fellen und Häuten hat. Uganda, als Beispiel, verliert mit jedem exportierten Kilo Fellen und Häuten, welche dann als im Ausland weiterverarbeitetes Produkt enden, umgerechnet neun Euro. Deswegen hat auch die dortige Regierung schließlich eine 40-prozentige Ausfuhrsteuer auf Exporte beschlossen. Die Verschiebung der Produktion von unverarbeiteten Fellen und Häuten hin zu einer verarbeitenden Industrie könnte im ostafrikanischen Raum 10 000 direkte Jobs und über 55 000 indirekte Jobs in davon betroffenen Bereichen schaffen. Ebenso könnte es Investments in Höhe von 145 Millionen Euro bringen, welche neue Strukturen schaffen und alte aufwerten könnten. Man sieht also, dass viel ungenutztes Potential vorhanden ist, wenn man bedenkt, dass Afrika über rund 15 Prozent der weltweiten Rinder- und 25 Prozent der Schaf- und Ziegenpopulation verfügt. Dass, das Potential aber bisher zum größten Teil ungenutzt geblieben ist, sieht man daran, dass nur circa zwei Prozent der weltweiten Lederproduktion aus Afrika stammt. Damit aber Ausfuhrsteuern funktionieren und tatsächlich einen wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Aufschwung bewirken, braucht es mehr als nur eine Einführung dieser. So hat auch Kenia lange

Zeit daran gelitten, dass Unternehmen Steuern hinterzogen haben. Im Jahr 2006 haben kenianische Medien herausgefunden, dass 14 der führenden exportierenden Unternehmen ein gut funktionierendes Kartell aufgebaut hatten und gemeinsam mit Regierungsmitgliedern in den Jahren 2002 und 2006 Steuern hinterzogen und Bestechungsgelder gezahlt haben. Ein weiterer wichtiger Punkt ohne den Fortschritt nicht möglich ist, betrifft die Tierhaltung und Viehzucht. Diese muss von allen Seiten unterstützt und gefördert werden um die Qualität der Felle und Häute zu erhöhen und um somit den Wert der Endprodukte zu steigern. Schätzungen der Regierung zufolge, ergeben sich nämlich jährlich Verluste in Höhe von 4,5 Milliarden kenianische Schilling, also umgerechnet 40,5 Millionen Euro, aufgrund von beschädigten Stoffen. Diese kommen zustande durch beispielsweise schlechte Häutungen, Brandzeichen und durch Bisse. Außerdem wird der Sektor nicht ausreichend mit Energie und Brennstoffen versorgt um effizient und flächendeckend arbeiten zu können. (vgl. ebd.:5ff.)

Anhand der angeführten Beispiele Argentiniens und am Beispiel der kenianischen Lederindustrie bestätigt sich das Zentrum-Peripherie-Modell der Dependenztheorie. Das Ziel der Industrieländer ist es, selber über fortgeschrittene Produktionsmethoden zu verfügen und die Entwicklungsländer als Rohstofflieferanten zu benutzen. Mittels den in der Kolonialzeit gewachsenen, historischen Vorteilen über die der Westen verfügt, versucht man weiterhin die Integration der Entwicklungsländer in Marktbeziehungen, die durch das Zentrum, die westlichen Industrienationen, geschaffen wurden, beizubehalten. (vgl. Nohlen 1980:88)

Ausfuhrsteuern können also einen Ausweg aus dieser historisch gewachsenen Abhängigkeit vom Westen bedeuten, sofern es den rohstoffreichen Ländern gelingt diese gegenüber Partnern wie der EU durchzusetzen.

8. Bergbau in Afrika

8.1 Geschäfte und Politik

Bergbau und Investitionen in diesem Bereich gelten als risikoreiche Unternehmen. Meistens sind es längerfristige Unternehmungen die finanziell nie wirklich 100-prozentig vorhersehbar und kalkulierbar sind, weder für Unternehmen, noch für Regierungen. Man kann nie wissen wie hoch die Explorationskosten sein werden und wie hoch der Gewinn und die zukünftigen Preise der gewonnenen Rohstoffe sein könnten. Für Afrika kommt noch ein weiteres Problem hinzu, nämlich das der schwachen Institutionen. Solche sind auch besonders beliebt bei rohstoffabbauenden Unternehmen. Denn geheime Absprachen zwischen schwachen Institutionen und Regierungsstrukturen in einigen afrikanischen Ländern, zusammen mit dem Druck der Bergbauunternehmen auf jeden Fall Profit erwirtschaften zu müssen, erhöht die Anfälligkeit für Misswirtschaft und Korruption in diesem Sektor. Korruption ist zwar schwer zu erfassen, sie spielt aber eine entscheidende Rolle in der Vergabe von Abbaulizenzen die durch Intransparenz bei Verhandlungen erleichtert wird. Eine solche Absprache ist auf jeder Ebene möglich. Angefangen bei der Bestimmung von Rohstoffvorkommen, über die Lizenzvergabe, den Vertragsverhandlungen und Umweltverträglichkeitsprüfungen, bis hin zu Steuerzahlungen und Minenauflassungen. Eigentlich müsste es gemäß der Institutionalismustheorie in solchen Situationen zum Einschreiten von Seiten der internationalen Partner kommen um Korruption und Misswirtschaft zu verhindern. Die rationale These besagt, dass es in Abwesenheit von hegemonialer Macht zu Kooperation kommt und dass kein Druck durch den einen Partner auf den anderen ausgeübt wird. Doch trotz der Annahme, dass Partner Machtgewinne nicht dazu nützen um andere zu erpressen und sich somit Vorteile zu verschaffen, geschieht in diesem Beispiel genau das. Die westlichen Partner nutzen die strukturelle Schwäche der Entwicklungsländer schonungslos aus um ihren persönlichen Profit um ein Vielfaches zu vergrößern. (vgl. Gu 2000:81) Daher haben viele Länder, wie zum Beispiel die Demokratische Republik Kongo, Liberia oder die Republik Guinea ihre Bergbauverträge neu verhandelt und haben dadurch andere Nationen inspiriert, es ihnen gleich zu tun. Das Problem ist aber, dass sich viele Bergbaukonzerne dagegen

wehren, ihre Verträge neu auszuverhandeln, auch wenn es nach dem Prinzip der unrechtmäßigen Schulden geht, das besagt, dass internationale Verträge, die mit einem autokratischen Regime unterzeichnet wurden, keine rechtmäßige Zusage darstellen. Schließlich soll das dazu führen, dass Rohstoffverträge, die nicht dem Wohle des Volkes dienen, aufgekündigt und neu verhandelt werden müssen. Investorenschutz- und Streitbeilegungsklauseln, die in Freihandelsabkommen der EU und in Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, den EPAs, enthalten sind, erschweren diese Durchsetzung und machen neue Vertragsabschlüsse für Entwicklungsländer ungemein schwieriger. Dabei stellen Rohstoffverträge für Entwicklungsländer mehr als nur eine Einkommensquelle dar. Sie sind nämlich ein Instrument der öffentlichen Politik, mit dem sich langfristige wirtschaftliche Entwicklungen erzielen lassen sollen und daher müssen diese Verträge transparent sein um die Regierung zur Rechenschaft ziehen zu können, wenn dies erforderlich ist. Diese fehlende Transparenz stellt also ein großes Problem dar und sorgt dafür, dass die Bevölkerung keine Möglichkeit besitzt die Machenschaften der Konzerne mit der Regierung zu hinterfragen und zu durchleuchten. Regierungen werden häufig von Unternehmen unter Druck gesetzt Geheimklauseln zu unterzeichnen, da sie ihnen ansonsten die Zahlung von Direktinvestitionen aufkündigen. Steuervergünstigungen werden verlangt, Umweltschutzforderungen sollen missachtet werden und eine Beteiligung an Ressourcenprojekten wird den Entwicklungsländern versagt. (vgl. Kabemba 2012:9ff.)

Es entsteht durch eine solche Politik eine riesige Kluft zwischen den Einnahmen der Bergbauunternehmen und den sehr begrenzten Einnahmen der Entwicklungsländer für die öffentliche Hand. Vorteile für die Bevölkerung in unmittelbarer Minennähe bleiben Großteils aus. Es läuft also bei gleichbleibenden Strukturen darauf hinaus, dass entwicklungspolitische Fortschritte auf der Strecke bleiben und westliche multinationale Unternehmen immer reicher werden und mehr Gewinn erwirtschaften. Als Beispiel sieht man in Sambia, dass im Jahr 2006 drei Milliarden US Dollar durch Bergbauunternehmen erwirtschaftet wurden, jedoch die einheimische Regierung lediglich US\$70 Millionen davon behalten konnte. Das Revenue Watch Institute gibt Schätzungen an, wonach Afrika im Jahr 2008 natürliche Ressourcen im Wert von 400 Milliarden US-Dollar exportiert hatte, aber kaum davon profitiert haben soll. Ein Senatsbericht aus der Demokratischen Republik Kongo zeigt, dass dem Land allein

im Bergbausektor circa fünf Milliarden US-Dollar durch Korruption und Steuerhinterziehung entgehen.

Es bleiben aber nicht nur die Verluste in wirtschaftlicher Hinsicht, Menschenrechte werden ebenso missachtet. Die soziale Gerechtigkeit wird nicht beachtet. Die Umweltfolgen durch die rücksichtslose Bergbauindustrie sind ebenso verheerend. Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen im Umfeld schwacher Regierungsstrukturen erfolgt mit Gewalt und Menschenrechtsverletzungen. Die Zivilgesellschaft hat wenige Möglichkeiten einzugreifen und die mächtigen Konzerne zu bekämpfen. (vgl. ebd.:9ff.)

8.2 African Mining Vision

Um diese Situation für die rohstoffexportierenden Länder Afrikas nachhaltig zu verbessern wurde 2009 die Africa Mining Vision durch die Afrikanische Union beschlossen.

Nach Verhandlungen der Afrikanischen Union (AU) und den restlichen Mitgliedsstaaten wurde die AMV im Jahr 2009 verabschiedet. Weitere Institutionen die am Entstehen der AMV beteiligt waren sind die VN-Wirtschaftskommission für Afrika (UNECA), die African Mining Partnership, AfDB, UNCTAD, UNIDO und die westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion. Es handelt sich bei dieser Initiative um eine regionale Strategie mit nationalen Perspektiven. Die AMV als jüngere Strategie im Vergleich zu anderen, nationalen Strategien, setzt einen Fokus auf die Aspekte afrikanischer Governance und Selbstverantwortung und erweitert außerdem frühere, vielleicht verengte Zielhorizonte afrikanischer und internationaler Bergbauentwicklungsstrategien um das Ziel einer gesellschaftlichen Entwicklung und es geht nicht mehr nur um die Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas für internationale Investoren. Es geht also darum eine Situation zu schaffen, in der sich die Rohstoffvorkommen positiv auf den Entwicklungspfad afrikanischer Produzenten auswirken. Der Schlüssel dazu ist eine höhere Qualität der Governance und das Existieren von leistungsfähigen und vor allem robusten staatlichen Institutionen. Dafür soll eben die African Mining Vision als Basis fungieren um eine kontinentale best practice für die Anpassung nationaler Strategien und nachfolgend der

nationalen Bergbauregime in den Bereichen Gesetzgebung, Ausfuhrbestimmungen und Verwaltung zu etablieren. (vgl. Neumann 2012:1ff.)

Die Gründe für den bisherigen schlechten Entwicklungsfortschritt der Rohstoffproduzentenländer sieht die AMV in verschiedenen Bereichen.

Einerseits gab es eine stetig zu geringe entwicklungsorientierte Nutzung der Rohstoffeinnahmen, vor allem auf Grund von schwachen Regierungen die durch nicht existierende oder ineffektive Institutionen gestützt wurden.

Die Sektoren die nichts mit Rohstoffproduktion zu tun haben, mussten stets darunter leiden, dass Investitionen in eben diese öffentlichen Bereiche vernachlässigt wurden. Es wurde keine wirtschaftliche Vernetzung mit der Rohstoffinfrastruktur herbeigeführt. Auch gab es keine wirklichen Downstream- oder Upstream Wertschöpfungen und eine ungenügende Strategie zur Bildung von Humankapital und Technologien. Außerdem wurden keine grundlegenden und umfassenden Kosten-Nutzen Analysen des Potentials des Rohstoffsektors unter Einbeziehung der externalisierten Kosten durchgeführt, auf deren Grundlage Entscheidungen hätten getroffen werden können.

Die Kernelemente der African Mining Vision bestehen aus drei Punkten.

Erstens aus der Resource-based African Industrialisation & Development Strategy, kurz RAIDS: Komparativen Ressourcenvorteil Afrikas zur Schaffung eines nachhaltigen

komparativen Wettbewerbsvorteils der Volkswirtschaften nutzen.

Außerdem steht die AMV sowohl zu einer großen staatlichen Rolle, als auch einer zu großen Liberalisierung im Bergbausektor kritisch gegenüber. Abschließend sollen „herkömmliche bipolare Abkommen zwischen Staat und Privatsektor unter Ausschluss von Bürgern und Zivilgesellschaft nun überarbeitet werden, um den Bergbausektor zum Katalysator einer nachhaltigen Entwicklung zu machen.“(Neumann 2012:2)

Das weiterführende Ziel der African Mining Vision ist zudem, die Bedeutung des Rohstoffsektors im Nationalen Rahmen, aber auch im kontinentalen globalen Kapital- und Rohstoffmärkten weiter auszubauen und zu stärken.

Durch eine progressive Diversifikation des afrikanischen Bergbausektors soll es zu einer verbesserten Situation und Lebensgrundlage der afrikanischen

Rohstoffproduzenten kommen. Besonders die ländlichen Sozial- und Wirtschaftsentwicklungen sollen gefördert werden und durch diese Stimulierung lokale und nationale Unternehmen unterstützen und die Schaffung sozialer und wirtschaftlicher Verflechtungen mit der Dynamik des Rohstoffsektors verbinden.

Das Potential von Klein- und Kleinstbergbauunternehmen soll nutzbar gemacht werden und gleichzeitig soll bestehendes Konfliktpotential sofort vermindert und abgebaut werden. (vgl. Neumann 2012:1ff.)

8.3 EU und die AMV

Wenn man nun die europäische Antwort oder politische Maßnahmen auf die Ziele und Vorhaben der African Mining Vision vor dem theoretischen Hintergrund des Institutionalismus betrachtet, zeigt sich ein eher negatives Bild der EU-Politik.

Nach der interdependenziellen Annahme des Institutionalismus zeigt sich eben, dass internationale Politik nicht zu einseitigen Abhängigkeitsbeziehungen führt, sondern gegenseitige Abhängigkeitsbeziehungen fördert und dadurch Kooperation und Zusammenarbeit erzwingt. Sie besagt außerdem, dass der Freihandel um begrenzte Ressourcen, Abhängigkeiten von einem Staat zum anderen aufzeigt und ein Bewusstsein schafft, dass Veränderungen auf der einen Seite, Folgen für die andere Seite haben können. Dieses Bewusstsein der gegenseitigen Abhängigkeit führt zu Kooperation und senkt Risiken und Kosten. (vgl. Gu 2000: 76f.)

Man sieht aber in diesem Fall, dass die EU-Rohstoffinitiative im klaren Widerspruch zu dieser theoretischen Herangehensweise und vor allem zur AMV steht. Denn anstatt auf gemeinsame Ziele zu setzen und eine Basis dafür zu schaffen, dass sich rohstoffreiche afrikanische Länder nachhaltig entwickeln können, behindert die Handels- und Investitionspolitik der EU diese Vorhaben. Denn mit der Forderung und dem Ziel eines liberalisierten und uneingeschränkten freien Marktes und der gleichzeitigen Beseitigung des Instruments der Ausfuhrsteuern, endet die Kooperation mit Afrika. Das vorrangige Ziel der EU und der Rohstoffinitiative im Zusammenspiel mit den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, den EPAs, ist es, sich den Zugang zu Ressourcen auf jeden Fall zu sichern. Der protektionistische Ansatz der mittels AMV einen Mehrwert für die Ressourcen verleihen soll, um damit die industrielle Entwicklung der jeweiligen Länder zu fördern, wird also rigoros durch die Rohstoffinitiative verhindert. Ein sicherer Zugang für die EU zu kritischen Rohstoffen soll auch trotz der dadurch schwindenden Transparenz und Rechenschaftspflicht in Afrikas Bergbaubranche durchgesetzt werden. (vgl. Kabemba 2012:12)

Umso mehr lässt sich die Vorgehensweise der EU und deren Rohstoffinitiative aus der Sicht der Dependenztheoretiker analysieren. Denn die Missachtung der African

Mining Vision und das Bestreben, die eigenen Wünsche nach Rohstoffsicherheit zu befriedigen, bestätigten dies.

Denn die dependenztheoretischen Ansätze zeigen, dass fehlende Entwicklung, oder Unterentwicklung, nicht nur aufgrund eines Zurückbleibens hinter den entwickelten Industrieländern, oder einer mangelnden Integration in die moderne Welt besteht, sondern eher dadurch entsteht, dass Entwicklungsländer in einem System eingebettet und integriert sind, indem die Marktbeziehungen von Industrieländern, welche das Zentrum dieser Marktbeziehungen darstellen, geschaffen und geführt werden. Die Unterentwicklung ist also kein gegebener Zustand, sondern einer der historisch gewachsen ist und durch Industrieländer geschaffen wurde. (vgl. Nohlen 1980:88)

Das zeigt sich in diesem Beispiel zwischen den zwei unterschiedlichen internationalen Akteuren, also einerseits der EU, die bestrebt ist einen sicheren und umfangreichen Zugang zu den Ressourcen zu erreichen, andererseits den rohstoffreichen Entwicklungsländern, die durch Praktiken wie der AMV, oder mittels Ausfuhrsteuern ihre gesamtgesellschaftliche Situation zu verbessern versuchen, um ihre Industrie zu diversifizieren und aufzuwerten, und um in weiterer Folge damit am internationalen Markt ein ernstzunehmender Konkurrent zu werden.

Die EU versucht durch ihre Rohstoffpolitik den wirtschaftlichen Abschwung zu verhindern und die rohstoffreichen Länder Afrikas wollen Armut bekämpfen und Wachstum beschleunigen. Die historisch gewachsene Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern soll, wie in der Dependenztheorie gezeigt, erhalten bleiben. Die EU will Zugangsbeschränkungen verhindern, da sie befürchtet, dass diese Auswirkungen auf die Entwicklung und Beschäftigung in Europa haben könnten. Aber diese Behinderung der Ausfuhrbeschränkungen, oder jeder weiteren Beschränkung die den politischen Spielraum Afrikas, seine Rohstoffpolitik selbst zu gestalten, erschwert, verhindert seine Entwicklungschancen. Die EU will aber auch verhindern, dass neue starke Akteure am Weltmarkt eingreifen und so etwa am Ressourcenmarkt ihre historischen und neokolonialen Privilegien am afrikanischen Markt untergraben. (vgl. Kabemba 2012:12f.)

Wie es in der marxistischen Strömung der Dependenztheorie bereits heißt, gibt es eine Gruppe von Staaten die einer anderen Gruppe von Staaten untergeordnet ist. Die Abhängigkeit der einen von der anderen resultiert aus einer übermäßigen Ausbeutung der Arbeitskraft, die unter ihrem Wert bezahlt wird und dadurch sinkt der Wert weiter bis er sozial nicht mehr akzeptabel ist. Die Produktion basiert also nicht auf dem Ziel, eine Steigerung durch technischen Fortschritt zu erreichen, sondern indem man Arbeiter durch intensivere Arbeitszeiten ausbeutet. (vgl. Kolland 2006:97)

Vor diesem Hintergrund setzt die EU auch Direktinvestitionen, FDIs, als Druckmittel ein, um weiterhin freien Zugang zu den afrikanischen Bodenschätzen zu haben. Dies davon betroffenen Entwicklungsländer werden dazu gedrängt ihre Märkte zu öffnen um FDIs anzuziehen, während diese aber gleichzeitig genutzt werden ihnen das Recht zu nehmen Ein- und Ausfuhrzölle einzusetzen. Afrikanische Länder gewähren ausländischen Investoren oft immer noch Steuerbefreiungen oder sonstige Vergünstigungen, um an deren FDIs zu gelangen. Doch die steuerlichen Vorteile sind meistens nicht hoch genug und in den meisten Fällen überwiegen die Kosten dieser Anreize die Vorteile. Dies zeigt sich anhand von Praktiken, wie beispielsweise, dass afrikanische Regierungen manchmal auf Millionen von Steuereinnahmen aus der Bergbauindustrie verzichten, weil sie Unternehmen üppige Steuervergünstigungen, meist in geheimen Bergbauverträgen, anbieten. Zu diesen Geheimverträgen werden sie weiterhin durch die EU gedrängt. Diese Situation wird sich auch durch die EU-Rohstoffinitiative nicht großartig verbessern, sondern wird sich eher zum Gegenteil weiterhin dramatisch verschlimmern. (vgl. Kabemba 2012:13)

9. Die Auswirkungen der Rohstoffinitiative auf Lateinamerika

In den Ländern Lateinamerikas hat der Rohstoffabbau schon eine lange Tradition. Sie geht zurück bis zur ersten Eroberung und Kolonisation durch europäische Seemächte am Ende des 15. Jahrhunderts. Schon damals gab es Kämpfe um natürliche Ressourcen, besonders um Edelmetalle wie beispielsweise Gold. Diese Geschichte hat den Kontinent bis heute geprägt und drastisch verändert. Die Folgen waren, unter anderem, schwerwiegende nachhaltige ökologische Schäden, die jedoch bis heute durch die Verursacher nicht anerkannt werden, obwohl der damaligen Suche nach Rohstoffen ein Großteil der ursprünglichen Bevölkerung zum Opfer fiel. Von geschätzten 70 Millionen Bewohnern waren nur anderthalb Jahrhunderte später nur noch ca. 3,5 Millionen übrig. Trotz dieses historischen Hintergrunds wurde in den letzten Jahren der Abbau von lateinamerikanischen Rohstoffen weiter intensiviert und gefördert. Grund dafür ist die wachsende globale Nachfrage nach Rohstoffen und ebenso der steigende Preis für Mineralien und Kohlenwasserstoffe, die das Geschäft zu einem lukrativen Business machten. Aufgrund dessen hat sich eine Vielzahl lateinamerikanischer Länder auf die Rohstoffausfuhr spezialisiert, was sich in den steigenden Rohstoffexporten zeigt und am hohen Anteil ausländischer Direktinvestitionen. (vgl. Aguilar 2012:44)

9.1 FDI's

Direktinvestitionen, oder kurz FDI's, sind aber ein ambivalentes Instrument. Einerseits können Arbeitsplätze geschaffen und Gewinne erzielt, Wissen und technisches Know How der lokalen Industrien können erhöht werden und ein Mehrwert kann gebildet werden. So können sie einerseits als Instrument gesehen werden, welches gemäß der konstitutionellen Annahme Integrationsprozesse zwischen internationalen Partnern schafft und fördert. Sie sind laut dieser Annahme in der Lage Organisationsformen und Arbeitspartnerschaften zu bilden, die als kooperative Friedensgemeinschaft bezeichnet werden können. (vgl. Gu 2000:76) Andererseits haben FDI's aber dramatische Folgen. Ausbeutung, Umweltverschmutzung und Menschenrechtsverletzungen, um nur einige zu nennen.

Heimische Investoren und Produzenten werden durch ausländische Produkte vom Markt gedrängt. Außerdem sind Sondersteuerabkommen im Rohstoffsektor, wie Bergbau, oder in der Öl- und Gasindustrie die Regel. Dadurch vermindern sich die Staatseinkünfte, während gleichzeitig wenig bis gar kein Technologietransfer stattfindet und wenige Einheimische beschäftigt werden. Ausländische Investoren gehen so vor, dass sie lediglich lokale Unternehmen übernehmen statt neue Firmen zu gründen. Das zeigt sich darin, dass rund ein Viertel der Gesamtinvestitionen im Jahr 2008 in Afrika auf Fusionen und Übernahmen entfiel. (vgl. UNCTAD 2009:46,276)

9.2 Direktinvestitionen in Zahlen

Die Zahlen, die die ausländischen Direktinvestitionen widerspiegeln, sind beachtlich. Allein im Jahr 2010 war der brasilianische Öl- und Gassektor für 22 Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen verantwortlich. Der Bereich der Metallförderung kam auf vierzehn Prozent. Insgesamt beliefen sich die brasilianischen FDIs im Jahr 2010 auf über US\$ 48 Milliarden, was einen Anstieg um 87 Prozent im Vergleich zum Jahr 2009 bedeutet. Die meisten dieser Zahlungen flossen natürlich in den Bereich des Bergbaus und in den Rohstoffabbau. In Chile war im selben Jahr der Bergbau für rund 41 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen verantwortlich. Insgesamt ist der Anteil der FDIs in Chile im Jahr 2010 um 17 Prozent angewachsen und hat US\$ 15,095 Milliarden eingebracht. Hauptinvestoren waren die USA, Kanada und Spanien. In Bolivien zeigt sich für die Jahre 2004 bis 2008 ein Anteil des Rohstoffsektors an FDIs von 56 Prozent, davon entfallen 34 Prozent allein auf den Bergbau. Weitere 22 Prozent wurden investiert um die Suche nach Öl- und Gasfeldern zu finanzieren. Der Anstieg an FDIs vom Jahr 2009 zum Jahr 2010 beträgt 53 Prozent in US\$ 651 Millionen. Als letztes Beispiel sieht man in Kolumbien, dass der extraktive Sektor 74 Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen ausmacht, wobei auf die Ölindustrie 42 und auf den Bergbau 30 Prozent entfallen. Kolumbien bleibt also der viertgrößte Empfänger ausländischer Direktinvestitionen in dieser Region. Obwohl es einen fünfprozentigen Rückgang zum Vorjahr aufweist, hat aber trotzdem US\$ 6,76 Milliarden erhalten. (vgl. ECLAC 2010:44,46)

Aufgrund der Tatsache, dass europäische Unternehmen eine starke Präsenz im lateinamerikanischen Öl-, Energie- und Dienstleistungssektor haben, dient die Rohstoffinitiative als Werkzeug für diese Unternehmen um Wirtschaftswachstum am europäischen Markt beizubehalten und um global wettbewerbsfähig zu bleiben. Die EU-Kommission ist daher auch sehr besorgt darüber, dass mehr als die Hälfte des weltweiten Mineralienvorkommens in Ländern liegt, die über eine mangelhafte Infrastruktur verfügen und wo die Bevölkerung unter extremer Gewalt, oder in Armut lebt. (vgl. Aguilar 2012:44f.)

Die Theorie des Institutionalismus aber beruht auf der Annahme, dass es durch Kooperation zwischen internationalen Institutionen, gemeinsamen Prinzipien, Normen und Regeln zu friedlichen Beziehungen, also zu Frieden, in einer anarchischen Staatenwelt kommt. (vgl. Gärtner 2005:61)

Es zeigt sich also, dass es ein ausgewiesenes Ziel der EU ist, eine nachhaltige gesamtgesellschaftliche Entwicklung ihrer Partnerländer zu fördern. Es sollen Strukturen geschaffen werden die auf Dauer zu einer Verbesserung für alle Menschen in den betroffenen Entwicklungsländern führen. (Kommission 2011/25:16f.) So betrachtet bestätigt sich in diesem Fall die Theorie, da sich die Politik der EU und insbesondere die Rohstoffinitiative auch als eine Möglichkeit für die Partnerländer der EU versteht, Entwicklung zu fördern und ihre Strukturen zu stärken. Näher betrachtet bewahrheitet sich die Theorie aber weniger, denn die europäische Rohstoffdiplomatie ist vorrangig darauf ausgelegt die eigenen Bedürfnisse nach Rohstoffen zu befriedigen, ohne dabei soziale oder ökologische Kosten in den ressourcenreichen Ländern zu berücksichtigen. Durch die Definition der 14 kritischen, strategischen Rohstoffe ist unter anderem besonders der lateinamerikanische Markt wichtig geworden, da die EU Brasilien, Peru, Bolivien und Mexiko als die zukünftigen Schlüsselgebiete auserkoren hat, wenn es darum geht Zugriff auf kritische Rohstoffe zu haben. Brasilien gilt als das größte Ziel von Auslandsdirektinvestitionen in Lateinamerika. Spätestens seit dem Fund der Pre- Sal Ölfelder an der südöstlichen Küste, eines der größten Ölfelder, das in den letzten Jahrzehnten erschlossen wurde, intensivieren ausländische Unternehmen ihre Geschäfte in Brasilien. Mit 43 Prozent und US\$48 Milliarden erhält Brasilien die

höchsten Direktinvestitionen der Region. Durch diese Zunahme und der wachsenden Bedeutung der Rohstoffindustrie, insbesondere den Sektoren Bergbau, Öl und Gas definieren sich die Staaten Lateinamerikas neu. Neuverhandlungen von Erdölverträgen werden vorangetrieben und Förderkontrakte werden an Auflagen gebunden. Viele Länder wie Chile oder Kolumbien diskutieren über die Verteilung der Einnahmen aus dem Rohstoffsektor. Venezuela und Bolivien haben bereits ein Programm zum Gewinntransfer, welches dem Staat mehr Mitsprache beim Abbau gewährt, eingeführt. Das Ziel der ressourcenreichen Länder ist es, einen größeren Anteil der Gewinne zu erhalten, da man mit einer Situation konfrontiert ist, in der eine große Ungleichheit herrscht. Viele Menschen sind arbeitslos und hungern und es gibt zu wenig Geld um diese Probleme zu lösen, daher sollen höhere Gewinne für eine gesamtgesellschaftliche Verbesserung sorgen. (vgl. Aguilar 2012:45)

9.3 Neo-Extraktivismus in Lateinamerika

Regierungen haben in Lateinamerika unterschiedliche Methoden für sich gefunden wie ihre extraktivistischen Sektoren arbeiten sollen. Einige, wie Peru oder Kolumbien, agieren nach dem bekannten Muster multinationaler Unternehmen und vergeben Konzessionen, die die Nutzung ihrer Ressourcen regeln. Dadurch erhoffen sie sich eine deutliche Einkommenssteigerung.

Dieser so genannte Neo-Extraktivismus soll aber eine neue Politik definieren, die es möglich macht, die Eigentumsrechte des Staates, wenn um Ressourcen und deren Ausbeutung geht, zu stärken. Gleichzeitig sollen aber auch staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Ungleichheit und Armut ergriffen werden. (vgl. Aguilar 2012:46)

Einerseits besagt die transnationale These, dass nichtstaatliche Akteure wie Parteien, Gewerkschaften oder auch NGOs in ihrer autonomen Außentätigkeit anerkannt werden und dadurch Nationalstaaten durch die Durchdringung ihrer klassischen Handlungsbereiche schwächen. Die Annahme besagt, dass diese Einheiten, die nicht unter Kontrolle der Regierung stehen, aber dennoch transnational organisiert und aktiv sind, zur Überwindung der internationalen Anarchie beitragen können, indem sie gesellschaftliches, ökonomisches, politisches

und kulturelles Leben transnational harmonisieren und damit Konfliktpotential nachhaltig abbauen können. (vgl. Gu 2000:78)

Andererseits zeigt die Politik des Neo-Extraktivismus, dass es nicht zu einer Harmonisierung in der Bevölkerung kommt, da es im Zuge der verstärkten Abschöpfung der natürlichen Ressourcen dazu kommt, dass es eine zunehmende Anzahl an Konflikten mit lokalen Gemeinden, besonders mit denen der indigenen Bevölkerung gibt. Diese wehren sich gegen die Zerstörung ihres Lebensraumes durch ausländische und einheimische Unternehmen. Selbst die ILO, mit ihrer Konvention 176 zu Gesundheit und Sicherheit im Bergbau, welche durch viele Staaten ratifiziert wurde, stellt fest, dass rund ein Prozent der globalen Arbeitnehmerschaft im Bergbau tätig ist, aber gleichzeitig acht Prozent der Todesfälle während der Arbeit, auf den Bergbau entfallen und ihn so zum gefährlichsten Sektor der Welt machen. (vgl. Aguilar 2012:46)

Die Merkmale des lateinamerikanischen Neo-Extraktivismus zeigen, dass:

„Er verstärkt die Bedeutung des extraktivistischen Sektors der Ökonomie und macht ihn zur Basis eines räuberischen Entwicklungsmodells, das auf dem Export natürlicher Rohstoffe beruht. Er kombiniert Elemente eines intensiven und multinationalen Extraktivismus-Modells, das auf die Anziehung ausländischer Investitionen zum Zwecke der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zielt.

In einigen Fällen beinhaltet er die Verstaatlichung von Ressourcen und den Erlass spezifischer (Finanz-) Gesetze, um den Einfluss des Staates in extraktivistischen Unternehmen zu stärken, zumeist über die Bildung von Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures). Er ist Teil eines Wachstums- und Entwicklungsmodells, das auf der Vorstellung einer unbegrenzten Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen basiert. Er bearbeitet Konflikte, indem er soziale Bewegungen und Bevölkerungsgruppen kriminalisiert. Er integriert hochgradig abhängige Ökonomien in den Weltmarkt und schwächt darüber autonome Projekte regionaler Integration.“ (Aguilar 2012:46)

Die Entwicklungen der letzten Jahre haben aber gezeigt, dass der lateinamerikanische Extraktivismus kein Zukunftsmodell sein kann. Allein durch Exporte und ausländische Investitionen ist es nicht möglich die historisch gewachsenen strukturellen Probleme der Ungleichheit, Ungerechtigkeit und der Umweltzerstörung zu vermindern. Vielmehr intensivieren sich gesellschaftliche und ökologische Konflikte. Der Versuch einiger Regierungen durch eine Politik der Verstaatlichung von Investitionsprojekten, Unternehmen oder Branchen hatte zur Folge, dass Abhängigkeit nur verstärkt wurde und zu einer repressiven Politik

gegenüber der eigenen Bevölkerung führte. Teile der Bevölkerung wurden zwangsumgesiedelt, Wasservorkommen wurden verschmutzt und zerstört. Diese Entwicklungsstrategie ist also eine instabile Methode, welche die traditionellen Konflikte nicht beseitigen kann, es werden eher neue Konflikte geschaffen. Lokale Gemeinschaften sind die Opfer der ökologischen Nachwirkungen einer auf massiven Ressourcenabbau ausgelegten Strategie. (vgl. Aguilar 2012:47)

9.4 Beispiel: Erdöl in Ecuador

Das Beispiel Ecuador zeigt deutlich, dass eine Politik die rein auf die Förderung von Erdöl und den Export ausgelegt ist, nicht zwangsläufig zu nachhaltigem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg führt. Vielmehr ist das Land nach über 30 Jahren der exzessiven Erdölförderung immer noch stark von seinem Export abhängig. Ecuadors Wachstumsparadigma ist untrennbar mit der Ausweitung der Erdölproduktion verbunden und wird als unverzichtbar angesehen. Jedoch ist die Situation seit der Jahrtausendwende so, dass mit dem erwirtschafteten Geld gerade einmal die enormen Auslandsschulden gezahlt werden können. Wenn man sich die Zahlen ansieht und feststellt, dass Ecuador bereits über 40 Milliarden Dollar mit dem Export von Erdöl aus seiner östlichen Landesregion erwirtschaftet hat, müsste die Situation eigentlich besser sein. Trotzdem hat dieser enorme Gewinn nicht dazu beigetragen eine dynamische und selbstbestimmte Entwicklung voranzutreiben. Die Lage ist vielmehr kritischer, die Auslandsverschuldung hat sich erhöht, Verarmung, Ungerechtigkeit und die Zerstörung der Umwelt und Kultur haben indes zugenommen. Aufgrund dieser Entwicklungen und vor allem aufgrund der negativen Beispiele welche der Erdölabbau mit sich bringt, ist es dringend notwendig ein Alternativmodell zu erarbeiten und wegzukommen von einer totalen Erdölabhängigkeit. Wenn man sich am westlichen Industrialisierungsmodell von Fortschritt und Wohlstand orientiert, kann man nur scheitern, da Produktion oder der westliche Lebensstil nicht übertragbar sind, weder generations- noch länderübergreifend. Daher erscheinen die industrialisierten Nationen, aus rein ökologischer Sicht, als fehlentwickelte Länder, da sie die Nachhaltigkeit der zukünftigen Entwicklung stark gefährden. Daher müssen Länder wie Ecuador über einen Wandel nachdenken und schnell handeln. Es muss eine Lösung gefunden werden da es sonst zu schweren ökologischen Schäden für Ecuador und das Amazonasgebiet kommen könnte. Die Situation ist aber relativ komplex, da multilaterale Kreditgeber, wie der Internationale Währungsfond oder die Weltbank, das Land stark unter Druck setzen und ihre Unterstützung an eine Erhöhung und Fortführung der Erdölproduktion koppeln. (vgl. Acosta 2004:220ff.)

9.5 Post-Extraktivismus

In einigen Ländern Lateinamerikas sucht man nach einem Ausweg aus dem Extraktivismus, der durch seine auf Export ausgerichtete Rohstoffpolitik gravierende negative Auswirkungen auf Mensch und Natur hat. Verschiedene TheoretikerInnen erforschen einen Weg, der als Transitionen zum Post-Extraktivismus bezeichnet werden kann. In Ländern wie Peru, Bolivien oder Ecuador ist die Debatte bereits fortgeschritten. Ein wichtiger Punkt ist, dass es jetzt um Alternativen zur Entwicklung geht und nicht mehr um alternative Entwicklungen, die lediglich einen anderen Weg für Fortschritt, Linearität der Geschichte und Aneignung der Natur meinen. Alternativen zu Entwicklung geben den Glauben an einen notwendigen materiellen Fortschritt auf und zweifeln die klassische Fortschrittsidee als solche an. Es wird nach Alternativen gesucht, die anderen Vorstellungen von Wohlstand und gutem Leben entsprechen. Es ist eine tiefergehende Veränderung notwendig, als lediglich ein neues Entwicklungskonzept zu finden. Im südamerikanischen Kontext bedeutet das, dass Armut beseitigt werden muss, gleichzeitig Wohlstand für die Menschen gewährleistet und die Vielfalt der Natur erhalten werden muss. Die obersten zwei Ziele sind also, keine Armut und keine Umweltzerstörung. (vgl. Gudyanas 2012: 144ff.)

Dieser Übergang zum Post-Extraktivismus steht in Lateinamerika vor dem Hintergrund dreier miteinander verwobener extraktivistischer Modelle. Die erste Form ist die des räuberischen Extraktivismus. Dieser kennzeichnet sich durch groß angelegte Projekte, welche die Länder von umweltschädigenden, riskanten und zerstörerischen Methoden abhängig machen. Es ist eine Kombination aus der Zerstörung der Umwelt und einer Intensivierung gesellschaftlicher Probleme, wie zum Beispiel Umsiedelungen und Verletzungen sozialer oder wirtschaftlicher Rechte. Die zweite Form, ist die des moderaten Extraktivismus. Dieser kennzeichnet sich durch eine effektivere Beteiligung der Einwohner bei Entscheidungsfindungen und den Versuch moderne Technologien dazu zu nützen, ökologische Folgeschäden zu vermindern. Die dritte Form ist eine die die lokalen und regionalen Ressourcenbedürfnisse bedient und eine geringe Ausbeutungsintensität besitzt. Es bedeutet also nicht, dass alle extraktivistischen Prozesse verschwinden müssen, sondern, dass es zu einer Reduktion der Intensität und dem Ausbeutungs-Grad kommt. Gleichzeitig sollen Steuerungsmechanismen gefunden werden die

unabhängig von der globalen Nachfrage nach Rohstoffen funktionieren. Ziel ist die Schaffung einer diversifizierten Ökonomie die alternative Arbeitsplätze schafft, den Gewinntransfer zur Beseitigung der Armut lenkt und aus dem Kreislauf der Rohstoff-Spezialisierung ausbricht. (vgl. Aguilar 2012:49)

Gudynas gibt in seinem Werk einen Überblick über die aktuellen Extraktions-Modelle und zeigt damit Wege für einen Übergang in Lateinamerika.

Kasten 6: Extraktive Modelle, Vorschläge für einen Übergang in Lateinamerika			
Modell	Merkmale	Folgen	Beispiele
Räuberischer Extraktivismus	-Ausgiebig angewandt, groß angelegt -Schaffung von Enklaven-Ökonomien -Große Abhängigkeit von Auslands-Investitionen -keine gesellschaftliche Kontrolle/Transparenz	- Zerstörung und Vergiftung von Wasser und Wäldern -Umsiedlung von Gemeinden -Verletzung von Konventionen (169 und 176 ILO) -Sklaverei-ähnliche Arbeitsbedingungen	- Tagebau, - Sojabohnen-Monokultur
Moderater Extraktivismus*	-kleiner oder mittelgroßer Umfang -Existenz von sozialer, ökologischer oder finanzpolitischer Regulierung -angemessenerer Einsatz von Technologie -Mechanismen zur Beteiligung der Bevölkerung	-Moratorium für die Expansion extraktiver Vorhaben -Verknüpfung mit lokalen und regionalen Branchen im Prozess der Weiterverarbeitung -Transparenz der Investitionen und des erzielten Einkommens.	- Gesetz zum Verbot des Tagebaus in Costa Rica
Basis-Extraktivismus	-klein angelegte extraktive Projekte, beruhend auf regionaler und lokaler Nachfrage -Besondere Regulation hinsichtlich Gesundheit und Beschäftigung - Strenge Umwelt- und Steuergesetze - Beteiligung der lokalen Bevölkerung und soziale Kontrolle - Diversifizierung der Wirtschaft und Stärkung lokaler und regionaler Märkte	-Schutz des Ökosystems -Reduktion von Arbeitsunfällen und Armut -Diversifizierte Exporte und Investitionen	- Initiative zum Verbot der Erdölförderung in ITT-Yasuni
Quelle: Gudynas (2011)			

Quelle: Gudynas zitiert nach Aguilar, Carlos (2012): Übergänge zum Post-Extraktivismus in Lateinamerika. Eine Antwort auf die Rohstoffinitiative der EU.

Das Ziel, um eine Entwicklung hin zu einer Post-Extraktivistischen Gesellschaft zu erreichen muss sein neue effektive Gesetze zu schaffen, um die Rechte auf

Konsultation und Information für alle Bürger durchzusetzen. Ein neues Machtgefüge welches die Produktion in Rohstoffregionen umstellt, ist ebenso erstrebenswert. Ein Bewusstsein muss geschaffen werden, dass Ressourcen nicht endlos verfügbar sind und daher eine solche Politik oder Entwicklungsstrategie nicht nachhaltig ist.

„Hauptanliegen der Regierungen sollte es sein, gegen die Vorherrschaft der multinationalen Konzerne und die daraus resultierenden Ungleichgewichte anzugehen und zudem die Gemeinden und Länder vor den sozialen und ökologischen Folgen extraktiver Industrien zu schützen. Hierbei kann es keine sinnvollen Vorschläge zur sozialen Inklusion geben ohne eine stärkere Einbeziehung und Beteiligung der organisierten Gemeinden. Angesichts der herrschenden globalen Logik der Aneignung von Gemeingütern bedarf es einer Stärkung der Mechanismen, mit denen diese Gemeinden ihren Zusammenhalt und ihre Interessenvertretung organisieren.“ (Aguilar 2012:49)

10. Conclusio

Im Zuge dieser Diplomarbeit hat sich unter anderem herausgestellt, dass die Frage nach der Bedeutung die die EU-Rohstoffinitiative auf die Entwicklung der Entwicklungsländer hat, nicht so einfach zu beantworten ist. Denn ebenso wie die Geschichte der Rohstoffpolitik vielfältig ist, so ambivalent präsentieren sich die verschiedenen Situationen der rohstoffexportierenden Entwicklungsländer. So hat man einerseits gesehen, dass ein Verbot von Ausfuhrbeschränkungen bei Rohstoffexporten für die europäische Industrie immens wichtig ist, wenn sie ihren Bedarf an diesen Ressourcen in der Zukunft decken will, da dadurch ein einfacher und kostengünstiger Zugang durch die Rohstoffinitiative ermöglicht wird. Einen ebenso wichtigen Part in der europäischen Versorgung mit Rohstoffen nehmen Freihandelsabkommen ein, da diese zusätzlich den Güterhandel regeln sollen. Die ausländischen, besonders wichtigen Märkte sollen mit Hilfe der Abkommen geöffnet und liberalisiert werden. Zusammen mit dem Verbot der Ausfuhrzölle hat sich die EU-Kommission somit einen Weg geschaffen wie sie einfach und sicher auf Rohstoffe zugreifen kann, ohne Angst haben zu müssen, aufgrund von protektionistischen Politiken höhere, oder in ihren Augen unfaire Preise bezahlen zu müssen. (vgl. Jäger 2010:12) Trotzdem, oder besser gesagt, vor allem wegen dieser internationalen Handelspolitik der EU zeigt sich, dass sich die Theorie des Institutionalismus nicht bestätigt hat. Denn die fünf von Gu verfassten Thesen zum Institutionalismus, unter anderem die interdependenzielle Annahme die besagt, dass internationale Politik nicht zu einer einseitigen Abhängigkeitsbeziehung führt, sondern vielmehr gegenseitige Abhängigkeitsbeziehungen fördert und sich dadurch neue Konstellationen ergeben und Prozesse entstehen die über Grenzen hinweg Strukturen bilden die auf Kooperation und Zusammenarbeit beruhen und eine ausgeglichene, faire Verhandlungsplattform für Verhandlungspartner bilden, wird nicht bestätigt. (vgl. Gu 2000: 76f.) Das Streben nach Freihandelsabkommen und nach Verboten von Ausfuhrzöllen widerstrebt der Theorie, da man anhand der gezeigten Beispiele gesehen hat, welche Bedeutung diese für junge, rohstoffexportierende Nationen haben können. Man hat zudem gesehen, dass viele Rohstoffproduzenten erkannt haben, dass unter anderem Ausfuhrzölle, ein wichtiges Instrument sind, wenn es darum geht zusätzliche Einnahmen zu generieren, da man

langfristig gesehen als reiner Rohstoffexporteur die eigenen Ökonomie nie diversifizieren wird können. Protektionistische Maßnahmen, wie eben Ausfuhrzölle und das freie Verfügen über die eigenen Ressourcen sind also wichtige Punkte um neue Anreize für die eigenen Industrien zu schaffen, um über den Status eines reinen Rohstofflieferanten hinweg zu kommen. (vgl. Bonarriva 2009:3f.) Gute Beispiele für eine positive Entwicklung, die dadurch gefördert wurde, haben beispielsweise Südafrika oder Argentinien geliefert. (vgl. WTO-TPR 2009: 316) Die Ambivalenz der Thematik zeigt sich aber auch darin, dass sich die Frage nach dem positiven oder negativen Einfluss der Rohstoffinitiative nicht einfach mit Ja, oder Nein beantworten lässt. Denn man konnte ebenso sehen, dass es zu negativen ökologischen Auswirkungen kommen kann, wenn man verstärkt auf Ausfuhrzölle setzt und einen Sektor so intensiv nutzt, dass er nachhaltige Schäden davon trägt. (vgl. Piermartini 2004:12) Trotzdem überwiegen die negativen Auswirkungen, die durch das Inkrafttreten der EU-Rohstoffinitiative für die betroffenen Entwicklungsländer entstehen. Man hat ebenso aufgezeigt bekommen, dass sich die Theorie der Dependecia zum Teil bestätigt hat. So hat man unter anderem anhand der kenianischen Lederindustrie ein gutes Beispiel für das Zentrum-Peripherie-Modell der Dependenztheorie erkennen können. Die Industrienationen die seit Jahrzehnten über vergleichsweise fortgeschrittene Produktionsmethoden verfügen sind weiterhin bestrebt ihre aus der Kolonialzeit gewachsenen historischen Vorteile gegenüber den Entwicklungsländern auszunutzen und versuchen mit Hilfe der EU-Rohstoffinitiative die exportierenden Entwicklungsländer in Marktbeziehungen zu integrieren, um die Abhängigkeit gegenüber dem Westen aufrechtzuerhalten und um sie daran zu hindern sich aus dieser Situation zu befreien. (vgl. Nohlen 1980:88) Verstärkt wird das durch den intensiven Einsatz von Direktinvestitionen. Diese dienen oft als Mittel zum Zweck, besser gesagt als Druckmittel um Zugang zu Ressourcen zu erhalten, meist zu eigenen Konditionen, so dass es dadurch zu Ausbeutung, Umweltverschmutzung und Menschenrechtsverletzungen kommt. (vgl. UNCTAD 2009:46,276) Man konnte sehen, dass die Rohstoffinitiative dazu dienen soll die starke Präsenz der europäischen Unternehmen, beispielsweise im lateinamerikanischen Öl-, Energie- und Dienstleistungssektor beizubehalten, um den starken Einfluss und Zugriff auf deren Rohstoffe, den man bereits hat, zu behalten. Die etwaigen schwachen Regierungsstrukturen und die Armut der dortigen

Bevölkerung werden ausgenutzt um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen zu stärken und weiterhin Wirtschaftswachstum zu garantieren. Da die Länder von den hohen Direktinvestitionen abhängig sind und deren eigene Wirtschaft nicht konkurrenzfähig ist, bleibt ihnen vorerst keine andere Wahl. (vgl. Aguilar 2012:44f.) Dass diese Entwicklungspolitik, basierend auf ausländischen Direktinvestitionen kein Erfolgsgarant ist hat man an den Beispielen des lateinamerikanischen Neo-Extraktivismus gesehen. Denn wie man anhand von Ecuador sieht, bedeutet jahrzehntelanger exzessiver Erdölabbau und Export in Kombination mit Direktinvestitionen nicht automatisch Fortschritt und Entwicklung. Wie man in Ecuador sehen konnte, hat man es dort nicht geschafft, die strukturellen Probleme der Ungleichheit oder die Umweltzerstörung einzudämmen. Die Situation hat sich eher verschärft. Gesellschaftliche und ökologische Konflikte sind akuter denn je und die Auslandsschulden wachsen stetig an, trotz der immensen Gewinne aus dem Rohstoffexport. (vgl. Acosta 2004:220ff.) Die Rohstoffinitiative bietet auch hier kein Erfolgsrezept um sich aus diesem Teufelskreis befreien zu können, da es ihr einziges Bestreben ist, den Zugang zu Rohstoffen, den man in diesen Ländern hat, beizubehalten, oder den Markt zu öffnen um Zugang zu bekommen. Auf negative Auswirkungen auf Umwelt oder Gesellschaft wird primär keine Rücksicht genommen. Dass es auch alternative Wege gibt, die man gehen kann, hat das Beispiel der Post-Extraktivismus Bewegung in Lateinamerika gezeigt. Denn in dieser Region haben einige Nationen erkannt, dass es nicht möglich ist, allein mit dem Abbau natürlicher Ressourcen Veränderung zu schaffen. Vor allem hat man aber gesehen, dass es nicht unbedingt erstrebenswert ist, Entwicklung nach einem westlichen Vorbild anzustreben, da es so immer zu einer rücksichtslosen Aneignung der Natur kommen wird. Man hat erkannt, dass es notwendig ist Armut zu beseitigen, Wohlstand zu ermöglichen und zwar im Einklang mit der Natur, deren Vielfalt wichtig und erhaltenswert ist. (vgl. Gudyanas 2012: 144ff.) Die Lösung ist aber nicht die totale Abkehr vom Abbau natürlicher Ressourcen, sondern eine moderate Form, die dazu führt die Bevölkerung in Entscheidungsprozesse verstärkt miteinzubeziehen und auf die Entwicklung moderner Technologien zu setzen, die es ermöglichen ökologische Folgeschäden zu verringern und die Schäden für die Natur so gering wie möglich zu gestalten. Wie schon anhand der angesprochenen Beispiele gezeigt, muss man die

Ökonomie diversifizieren, neue Arbeitsplätze schaffen und schlussendlich versuchen eine gewisse Unabhängigkeit von den eigenen Bodenschätzen zu erlangen.

11. Literatur

Acosta, Alberto (2004): Erdöl in Ecuador. In: Prokla 135. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. 34. Jahrgang, Juni 2004. Verlag Westfälisches Dampfboot.

Aguilar, Carlos (2012): Übergänge zum Post-Extraktivismus in Lateinamerika. Eine Antwort auf die Rohstoffinitiative der EU. In: Der Neue Extraktivismus- Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoff Modells in Lateinamerika. FDCL e.V. & Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2012.

Atlantik-Charta (1941): http://potsdamer-konferenz.de/dokumente/atlantik_charta.php (Letzter Zugriff 23.10.2013)

Beer, Elisabeth (u.a.) (2007): Die neue bilaterale Handelsagenda der europäischen Union: Positionspapier der Bundesarbeiterkammer. Wien, Februar 2007. http://media.arbeiterkammer.at/PDF/Stellungnahme_Bilaterale_Handelsagenda.pdf (Letzter Zugriff 23.10.2013)

Behrens, Maria(2003): Quantitative und qualitative Methoden in der Politikfeldanalyse, in: Schubert,Klaus/Bandelow, Nils C. Hg.: Lehrbuch der Politikfeldanalyse, München et.al., S. 204.

Bonarriva, Joanna; Koscielski, Michelle; Wilson, Edward (2009); Export Controls:An overview of their use, economic effects, and treatment in the global trading system. Office of industries U.S. International trade commission. http://www.usitc.gov/publications/332/working_papers/ID-23.pdf (Letzter Zugriff 23.10.2013)

BusinessEurope (2009): BusinessEurope Priorities for External Competitiveness 2010-2014: Building on Global Europe. <http://www.businesseurope.eu/content/default.asp?PageID=568&DocID=25752> (Letzter Zugriff 23.10.2013)

Curtis, Mark (2010): Developing the Leather Sector in Kenya through Export Taxes: The Benefits of Defying the EU. <http://www.curtisresearch.org/Kenya.ExportTax.pdf> (Letzter Zugriff 23.10.2013)

ECLAC (2010): Foreign Direct Investment in Latin America and the Caribbean. United Nations. http://www.eclac.org/publicaciones/xml/0/43290/2011-138-LIEI_2010-WEB_INGLES.pdf (Letzter Zugriff 23.10.2013)

Eco News Africa (2005): EPAs: Through the Lens of Kenya. Eco News Africa and Traidcraft Exchange. September 2005.

EU-Kommission 10/263 (2010): Report lists 14 critical mineral raw materials. http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-10-263_en.htm?locale=en (Letzter Zugriff 23.10.2013)

EU-Kommission/699 (2008): Die Rohstoffinitiative. Sicherung der Versorgung Europas mit den für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Gütern. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0699:FIN:de:PDF> (Letzter Zugriff 23.10.2013)

EU-Kommission/25 (2011): Grundstoffmärkte und Rohstoffe. Herausforderungen und Lösungsansätze. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0025:FIN:DE:PDF> (Letzter Zugriff 23.10.2013)

EU-Kommission (2006) Global Europe. Competing in the world. A Contribution to the EU's Growth and Jobs Strategy. http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/october/tradoc_130376.pdf (Letzter Zugriff 23.10.2013)

Eurometaux (2010): Eurometaux's Proposals for the Raw Material Initiative. Annexes. Darmstadt/Brussels.2010.

http://www.resourcefever.org/publications/reports/Eurometaux_OEKO_proposals_RM_case%20studies2.pdf (Letzter Zugriff 23.10.2013)

Filzmaier, Peter/Gewessler, Leonore/Höll, Otmar/Mangott, Gerhard. (2006): Internationale Politik –Eine Einführung. Facultas Verlag. Wien.

Follath, Erich/Jung, Alexander (2008): Der neue Kalte Krieg. Kampf um die Rohstoffe. Goldmann Verlag. München.

Franke, Martina (2009): Historische und aktuelle Lösungsansätze zur Rohstoffversorgungssicherheit. In: Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht, Heft 84.

Gärtner, Heinz (1995): Politische Theorie- Ein ständiger Diskurs über Grundsätze. In: Kramer, Helmut (Hg.). Politische Theorie und Ideengeschichte im Gespräch. Wien-WUV Universitätsverlag. S.220-227.

Gärtner, Heinz (2005): Internationale Sicherheit- Definitionen von A - Z. 1. Auflage. Nomos Verlag. Baden-Baden

Gudynas, Eduardo (2012): Post-Extraktivismus und Transition auf dem Weg zu Alternativen zu Entwicklung. In: Der Neue Extraktivismus- Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoff Modells in Lateinamerika. FDCL e.V. & Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2012.

Gu, Xuewu (2000): Theorien der internationalen Beziehungen –Einführung. Oldenburg Verlag. München/Wien.

Herzfeld, Adolf (1906): Über die Wirkung der Brüsseler Zucker-Konvention vom 5.März 1902. Inaugural-Dissertation. Borna-Leipzig. Buchdruckerei Robert Noske.

Jäger, Nicole (2010): Die neue Jagd nach Ressourcen. Wie die EU-Handels- und Rohstoffpolitik Entwicklung bedroht. Oxfam Deutschland

Jeonghoi, Kim; Korinek, Jane (2010): Export Restrictions on Strategic Raw Materials and Their Impact on Trade. OECD Trade Policy Papers No.95. <http://www.oecd-ilibrary.org/docserver/download/5kmh8pk441g8.pdf?expires=1382540713&id=id&accname=guest&checksum=749BA8AAD3874C85F32A85B86AD13C64> (Letzter Zugriff 23.10.2013)

Kabemba, Claude (2012): Transparenz und Alternativen im Ressourcenhandel Afrikas. Eine Reaktion auf die Rohstoffpolitik der EU. In: Alternativen aus dem globalen Süden zur EU-Rohstoff- und Handelspolitik. Oxfam Deutschland

Kay, Cristobal (1989): Latin American Theories of Development and Underdevelopment. London: Routledge.

Keohane, Robert O. (1989): International Institutions and State Power –Essays in International Relations Theory. Westview Press. Boulder

Keohane, Robert O. (1993): The Theory and the Realist Challenge after the Cold War. In: David Baldwin (Hg.): Neorealism and Neoliberalism: The Contemporary Debate. New York. S. 269-300.

Kimunya, Amos (2007): Budget Speech For the Fiscal Year 2007/2008. Republic of Kenya. 14.July 2007. <http://de.scribd.com/doc/103887/KENYA-BUDGET-SPEECH> (Letzter Zugriff 23.10.2013)

Kolland, Franz (2006): Zwischen Fortschrittsoptimismus und kritischer Gesellschaftsanalyse. Die klassischen Entwicklungstheorien. In: Fischer, Karin/ Hödl, Gerald/ Maral-Hanak, Irmi/ Parnreiter, Christoph (Hg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Mandelbaum Verlag Wien

Link, Werner (1997): Zur internationalen Ordnung – Merkmale und Perspektiven. In: Zeitschrift für Politik. 44. Jahrgang 3/1997. S.258-277.

Neumann, Lutz (2012): Die Africa Mining Vision (AMV). Referenzdokument für die strategische, entwicklungsorientierte Politikberatung im Rohstoffsektor. http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/120120_RM_Neumann-Rauscher.pdf (Letzter Zugriff 23.10.2013)

Nohlen, Dieter (1980): Lexikon dritte Welt. Baden-Baden : Signal- Verlag Frevert.

Novy, Andreas (2007): Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderung in der Einen Welt. Brandes & Apsel, Südwind. 4. Auflage.

Nuscheler, Franz (2005): Entwicklungspolitik –Eine grundlegende Einführung in die zentralen entwicklungspolitischen Themenfelder Globalisierung, Staatsversagen, Hunger, Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt. 6. Auflage. Dietz Verlag. Bonn.

OECD (2010): Working Party of the Trade Committee. Summary Report of the Raw Materials Workshop. 30. October 2009. http://www.wto.org/english/res_e/publications_e/wtr10_forum_e/wtr10_oecd_summary_report_e.pdf (Letzter Zugriff 23.10.2013)

Piermartini, Roberta (2004): The Role of Export Taxes in the Field of Primary Commodities. World Trade Organization. Geneva Switzerland. <http://dspace.cigilibrary.org/jspui/bitstream/123456789/21012/1/The%20Role%20of%20Export%20Taxes%20in%20the%20Field%20of%20Primary%20Commodities.pdf?1> (Letzter Zugriff 23.10.2013)

Reitbauer, Magdalena (2011): Die Klimapolitik der Europäischen Union unter besonderer Berücksichtigung energiepolitischer Aspekte. Dipl.-Arb. Univ. Wien.

Rifkin, Jeremy (2010): Die empathische Zivilisation. Wege zu einem globalen Bewusstsein. Campus Verlag. Frankfurt/ New York.

Stowasser; Claudia (2013): Contonou Abkommen und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit AKP.

http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?angid=1&stid=397299&dstid=0&titel=Handelsabkommen%2cEU-Afrika-Karibik-Pazifik%2c%28AKP%29 (Letzter Zugriff 23.10.2013)

Third World Network (2009): Benefits of Export Taxes. Preliminary Paper. twinside.org.sg/title2/par/Export_Taxes.doc (Letzter Zugriff 23.10.2013)

Tiess, Günter (2009): Weltmarkt im Wandel. Die Dringlichkeit einer EU-Rohstoffpolitik. In: Geologie-Die Welt unter uns. Ausgabe 73/2009. http://www.geologie-ist-alles.at/PDFs_Raum/RAUM7309_Thema_Art6.pdf (Letzter Zugriff 23.10.2013)

UNCTAD (2008): Trade and Development report, 2008. Commodity prices, capital flows and the financing of investment. http://unctad.org/en/Docs/tdr2008_en.pdf
United Nations Conference on Trade and Employment(1948): Havanna Charta. http://www.wto.org/english/docs_e/legal_e/havana_e.pdf (Letzter Zugriff 23.10.2013)

United Nations (1974): Charter of Economic Duties and Rights of States. <http://cil.nus.edu.sg/rp/il/pdf/1974%20Charter%20Of%20Economic%20Rights%20And%20Duties%20Of%20States-pdf.pdf> (Letzter Zugriff 23.10.2013)

Vereinte Nationen (1966): Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. <http://www.humanrights.ch/de/Instrumente/UNO-Abkommen/Pakt-I/index.html> (Letzter Zugriff 23.10.2013)

Vereinte Nationen (1966): Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte. <http://www.humanrights.ch/de/Instrumente/UNO-Abkommen/Pakt-II/index.html> (Letzter Zugriff 23.10.2013)

Vereinte Nationen (1974): Erklärung über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung 3201. <http://www.un.org/depts/german/gv-early/ar3201-s-vi.pdf> (Letzter Zugriff 23.10.2013)

Westle, Bettina (2009) : Methoden der Politikwissenschaft: Nomos Verlag.Baden-Baden.

Wildner, Tobias (2011): Die Economic Partnership Agreements (EPA) zwischen der EU und den AKP Staaten. Fokus: Westafrika. März 2011. <http://astm.lu/wp-content/uploads/2011/03/Die-Economic-Partnership-Agreements-Tobias-Wildner.pdf> (Letzter Zugriff 23.10.2013)

World Trade Organization (1947): GATT 1947. The General Agreement on Tariffs and Trade.Article I - Annex I. http://www.wto.org/english/docs_e/legal_e/gatt47_02_e.htm (Letzter Zugriff 23.10.2013)

World Trade Organization (2008): Trade Policy Review. Report by Secretariat Ghana. www.wto.org/english/tratop_e/tpr_e/s194-03_e.doc (Letzter Zugriff 23.10.2013)

World Trade Organization (2009): Trade Policy Review. Report by Secretariat Brazil. www.wto.org/english/tratop_e/tpr_e/s212-03_e.doc (Letzter Zugriff 23.10.2013)

World Trade Organization (2008): Trade Policy Review. Report by Secretariat Dominican Republic. www.wto.org/english/tratop_e/tpr_e/s207-03_e.doc (Letzter Zugriff 23.10.2013)

World Trade Organization (2008): Trade Policy Review. Report by Secretariat Botswana. www.wto.org/english/tratop_e/tpr_e/s222-01_e.doc (Letzter Zugriff 23.10.2013)

World Trade Organization (2009): Trade Policy Review. Report by Secretariat Guyana. www.wto.org/english/tratop_e/tpr_e/s218-03_e.doc (Letzter Zugriff 23.10.2013)

World Trade Organization (2009): Trade Policy Review. Report by Secretariat Mozambique. www.wto.org/english/tratop_e/tpr_e/s209-03_e.doc (Letzter Zugriff 23.10.2013)

World Trade Organization (2009): Trade Policy Review. Report by Secretariat South Africa. www.wto.org/english/tratop_e/tpr_e/s222-04_e.doc (Letzter Zugriff 23.10.2013)

World Trade Organization (2009): Trade Policy Review. Report by Secretariat Solomon Islands. www.wto.org/english/tratop_e/tpr_e/s215-03_e.doc (Letzter Zugriff 23.10.2013)

World Trade Organization (2009): Trade Policy Review. Report by Secretariat Southern African Customs Union. Annex 3, Namibia. www.wto.org/english/tratop_e/tpr_e/s222-03_e.doc (Letzter Zugriff 23.10.2013)

World Trade Organization (2009): Sixth LDC trade ministers' meeting. Dar el salaam declaration.

http://www.google.at/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&ved=0CDYQFjAB&url=http%3A%2F%2Fwww.trademag.org.tw%2FUpload%2Ftam_tam%2F520710%2Fwtmin092.doc&ei=Si4KUveYLOrJ4ASRu4DoCQ&usg=AFQjCNFe5LNWOj4vjg3u2KU02UE5IPkqmg&sig2=SetlV_pj6KqAXzckguhOLg&bvm=bv.50500085,d.bGE (Letzter Zugriff 23.10.2013)

World Trade Organization (2010): World Trade Report 2010. Trade in natural Resources.

http://www.wto.org/english/res_e/booksp_e/anrep_e/world_trade_report10_e.pdf (Letzter Zugriff 23.10.2013)

12. Zusammenfassung

Weltweit sind natürliche Ressourcen ein begehrtes Gut. Jedoch variieren der Zugang und die Verfügbarkeit von Land zu Land. Zudem sind Rohstoffe nicht unerschöpflich. Metalle, Erze und auch Öl werden knapper und damit steigen auch die Preise. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die Nachfrage immer größer wird. Für westliche Nationen ist ein konstanter, günstiger Zugang zu den diversen natürlichen Ressourcen von immenser Bedeutung, weil er Wirtschaftswachstum und Wohlstand begünstigt und fördert. Daher hat die EU-Kommission im Jahr 2008 mit der „Rohstoffinitiative-Raw Material Initiative“ auf diese Entwicklung reagiert und sie im Jahr 2011 noch um das Strategiepapier „Grundstoffmärkte und Rohstoffe“ erweitert. Mit diesen ausgearbeiteten Zielen soll sichergestellt werden, dass die Beziehungen der EU-Mitgliedsländer mit Rohstoffexporteuren so geregelt werden, dass es zu keinen Diskriminierungen gegenüber der weltweiten Konkurrenz kommt und der Zugang zu den notwendigen Ressourcen so einfach und günstig wie möglich gestaltet wird. Das Kernelement der Rohstoffinitiative besteht aus drei Säulen. Erstens, soll die Sicherung eines fairen Zugangs zu Rohstoffen auf den internationalen Märkten ermöglicht werden, zweitens die Verbesserung der Abbaubedingungen innerhalb der EU erzielt werden und es soll zu einer Erhöhung der Recyclingquote und höherer Ressourceneffizienz kommen. Um auf die besondere strategische Bedeutung einiger Stoffe hinzuweisen wurden die 14 kritischen Rohstoffe formuliert, die besonders für die High Tech Produktion wichtig sind.

Mit der vorliegenden Arbeit möchte ich darauf eingehen welche Konsequenzen das Inkrafttreten der EU-Rohstoffinitiative auf rohstoffexportierende Entwicklungsländer hat. Mit der Bearbeitung durch die Theorien des Institutionalismus und der Dependenztheorie möchte ich aufzeigen, dass diese, offiziell auf faire Zusammenarbeit aufbauende, Rohstoffinitiative, schlimme sozioökonomische Auswirkungen auf die Gesellschaften der Länder des Südens haben kann und sie statt entwicklungspolitisch zu fördern, eher in vielen Belangen hemmt und die historisch gewachsenen Unterschiede beibehalten möchte.

13. Abstract

Worldwide natural resources seem to be in great demand. Though not every country has the same access or availability to these riches. Furthermore natural resources are not an inexhaustible good. Precious metal, ore and even oil sources are shrinking, and at the same time their price is rising. Nevertheless there's still a large demand for natural resources. For most of the Western nations it is very important to have constant, cheap and direct access to foreign natural resources to maintain economic growth and wealth in their home countries. As a reaction to this development the EU-Commission came up with the "EU Raw Material Initiative" in the year 2008, which was followed by the strategic paper "Raw material markets and natural resources" in 2011. These, by the EU elaborated goals, should make sure that relations between EU-members and the resource-rich developing countries should stay fair and without any discrimination compared to other rivals on the international market. A preferential cheap and easy access for the EU-member states is very welcome. Besides the demand for fair and easy access the centre of the EU-Initiative consists furthermore of two additional points. On the one hand its goal is to set the right framework conditions within the EU in order to foster sustainable supply of raw materials from European sources, and on the other hand to boost overall resource efficiency and promote recycling to reduce the EU's consumption of primary raw materials and decrease the relative import dependence.

With this thesis I want to show, which consequences the EU Raw materials Initiative may have on raw material exporting developing countries after coming into force. With the theoretical background of the institutionalism and the dependence theory, it is possible to see that the official EU politic and the current EU Raw material initiative, which are supposed to be fair and supporting, actually can have a very huge negative socio-economic influence on the societies of the southern countries. Instead of supporting the international cooperation, the initiative slows down economic development and supports the historical differences between the industrial world and the developing countries.

14. Lebenslauf

Persönliche Daten:

Name:	Adnan Muminovic
Geburtsdatum:	19.07.1986
Geburtsort:	Pozega/Kroatien
Staatsangehörigkeit:	Österreich

Ausbildung:

1992-1993

Vorschule Hallein

1993-1997

Volksschule Grödig

1997-2002

Bundes Real Gymnasium Akademiestraße 19, Salzburg

2002-2006

Oberstufen Real Gymnasium Hegelgasse 14, Wien

Seit 2007

Universität Wien

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung